

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 13. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Entscheidungskämpfe in Ostasien.

Ueber eine Schlacht nördlich von Liaujiang liegen heute eine Reihe von Meldungen vor. Sind diese Mitteilungen richtig, so dürfte es wunderbarerweise seine Wichtigkeit mit der von uns bisher angezweifeltelsten russischen Offensive haben. Die erste Absicht einer solchen Offensive ist übrigens nicht allein von uns bezweifelt worden. Die amerikanische Presse z. B. hat diese Mitteilungen gleich uns nur für einen „Bluff“ gehalten. Auch die französische Presse hat noch gestern die Auffassung vertreten, daß Kuropatkin zurzeit noch nicht an einen ernstgemeinten Vorstoß denken könne, sondern erst Ende Oktober zur offensiven Offensive übergehen werde. Wenn, wie von verschiedenen Seiten nunmehr gemeldet wird, wirklich bei Jantai eine Schlacht im Gange ist, so wäre das Unwahrscheinlichste wirklich einmal Ereignis geworden. Freilich liegen auch heute offizielle Nachrichten über die Kämpfe bei Jantai noch nicht vor, sondern nur Mitteilungen von Zeitungskorrespondenten. Diese Mitteilungen decken sich inhaltlich keineswegs. Während auf der einen Seite behauptet wird, daß der Angriff gegen die Japaner von 3-4 russischen Divisionen aufgenommen worden sei und daß es scheine, als ob dieser Angriff hauptsächlich ein russisches Umgehungsmanöver verheißern solle, wird andererseits über Shanghai nach angeblich japanischen Informationen gemeldet, daß zehn russische Divisionen den Angriff unternommen hätten. Nur darin stimmen die Nachrichten im allgemeinen überein, daß ein bedeutender russischer Erfolg noch nicht errungen sei, sondern daß die Schlacht hin und her wage. Auch die Japaner entsendeten starke Truppenabteilungen nach Norden. Das einzige anscheinend japanisch offizielle Telegramm berichtet nur von einem russischen Angriff am 9. Oktober, an dem sich aber kaum eine Brigade beteiligt habe.

Aus all diesen Nachrichten, die wir nachstehend folgen lassen, läßt sich noch kein Ueberblick über den Stand der Dinge und die wirklichen Absichten der Russen bilden. Erst wenn amtliche Nachrichten vorliegen werden, wird man zu einem klaren Urteil darüber gelangen können, ob wirklich ein ernstlicher Versuch zur Entsetzung von Port Arthur vorgenommen werden sollte, oder ob der Angriff nur dem Zweck dienen sollte, momentan die Stimmung in Rußland und im Ausland für die Russen günstig zu beeinflussen.

Petersburg, 12. Oktober. Der Korrespondent der „Wirshewija Wjedomosti“ meldet aus Wulden von gestern: Montag vormittag entspann sich auf der ganzen Linie ein heftiger Artilleriekampf. Die Japaner zogen sich langsam nach Süden zurück. Gegen Mittag gingen die Russen, nach fünfständigem vorbereitendem Geschützfeuer, in dichten Schützengruppen zum Angriff über. Die Japaner begannen ihre Planken rasch zurückzuziehen, während sie ihre Mittelstellung hartnäckig verteidigten. Bei Jantai leisteten sie den erbittertesten Widerstand. Der Kampf endete erst nachts. Er hatte das Ergebnis, daß die Japaner aus einigen vorgeschobenen Stellungen bis zu den Kohlengruben von Jantai zurückgeworfen wurden. Der rechte Flügel der Japaner ist bis einige Kilometer südlich von Jantai zurückgegangen; ihr äußerster linker Flügel hält sich, wird aber vorläufiglich zurückgehalten. Am 11. Oktober begann abermals Artilleriefeuer. Die Eisenbahn ist fast bis zum Bahnhof Jantai in den Händen der Russen; die Station Jantai ist nahezu völlig zerstört.

London, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Aus dem Hauptquartier General Kuropatkins wird von gestern berichtet: Der Angriff der Russen am 9. Oktober auf den japanischen rechten Flügel erfolgte durch drei bis vier Bataillone, 1500 Mann Kavallerie und acht Geschütze. Weitere russische Verstärkungen rückten östlich und nördlich von Bendtschu heran und verschanzten sich acht Kilometer vor den japanischen Stellungen.

London, 12. Oktober. „Daily Mail“ meldet aus Tokio den 11. d. Mts.: Die Stärke der Russen in der Richtung auf Wintailie wird auf vier Divisionen geschätzt, während drei Divisionen östlich und drei westlich von Jantai lauern sollen. Der rechte Flügel Kuropatkins hat vor der fast zehnfachen russischen Uebermacht keine Stellungen geräumt, sie dann aber wieder bricht. Die Japaner sind in großer Stärke nordwärts vorgezogen.

Ein weiteres Telegramm der „Daily Mail“ aus Tokio von gestern berichtet: Ein aus Port Arthur hier eingetroffener Bluffe erzählt, die Garnison hoffe fest auf den Entsatz durch General Kuropatkin. Die Lebensmittel seien reichlich, aber in mindervertiger Qualität vorhanden. Die Truppen lieferten genügend Wasser, jedoch mache sich ein Mangel an frischen Lebensmitteln bemerkbar. Die Lazarette seien besetzt, aber nicht überfüllt. Die Japaner in Tschifu schlichen aus der Aufforderung des Mikado an die Truppen zu höheren Anstrengungen, daß ein neuer Sturmbruch bevorstehe.

Standard“ meldet aus Tokio von gestern: Der linke russische Flügel ist besonders stark, er befindet sich in beständigem Kampfe mit dem rechten japanischen Flügel. — Die demselben Blatt aus Shanghai von gestern gemeldet wird, haben 10 russische Divisionen die Japaner nördlich von Jantai angegriffen.

London, 10. Oktober. (Fig. Ver.) Kuropatkins Manifest an die Armeelöhner läßt keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß die Russen die Offensive ergriffen haben. Dies ist das dritte Mal, daß sie diese Taktik aufnahmen. Das erste Mal am 17. Juli, als Koller die Japaner unter Kuropatkin am Notienpoh angriff; das zweite Mal am 2. September, als Kuropatkin die japanischen Streitkräfte am rechten Ufer des Taitse abschneiden wollte. „Dem Warschau Dyama“, schreibt Spencer Wilkinson in der heutigen „Morning Post“:

„Kann dieser russische Plan nur willkommen sein. Denn damit wird ihm die Gelegenheit einer Entscheidungsschlacht geboten, nach der er seit Wochen gesucht hat, und überhebt ihn auch der Notwendigkeit, nach Wulden zu diesem zu marschieren. Dyama ist auf diese Weise nur um einen einseitigen Marsch von seiner maritimen Basis entfernt. Er und sein Stab sind nun mit der Umgebung von Liaujiang wohl vertraut. Die japanische Armee hat wahrscheinlich in den letzten Wochen Verstärkungen erhalten und dürfte nunmehr aus 8 bis 10 Divisionen bestehen. Auch Kuropatkin ist ohne Zweifel um ein Armeekorps stärker als vor vier Wochen, jedenfalls nimmt er an, daß er die numerische Ueberlegenheit hat. Aber nach der wunderbaren Tapferkeit und Ausdauer, die die Japaner gezeigt haben, müßten die Russen eine sehr bedeutende numerische Ueberlegenheit haben, um auf Erfolg rechnen zu können. Kuropatkins neuer Schachzug wird wahrscheinlich zu einer verhältnismäßig frühzeitigen Entscheidung führen.“

Dies ist der wichtigste Punkt bei der neuen Situation. Der russische Heerführer muß eine Entscheidungsschlacht liefern, denn ein Rückzug nach seinem Manifest würde seine Arme demoralisieren. Das Resultat des kommenden Kampfes wird überall als ein entscheidender Beweis der Ueberlegenheit betrachtet werden. Wird Kuropatkin jetzt geschlagen, so wird den Russen auch die Abwendung einer zweiten Arme nichts helfen. Es ist unmöglich, sich des Eindrucks zu entziehen, daß Kuropatkins Offensivbewegung nur auf Wunsch von Petersburg erfolgt sei, und zwar um Port Arthur zu entsetzen. Aber es ist ein weiter Weg von Liaujiang nach Port Arthur. Auch das Unwahrscheinliche angenommen, daß Kuropatkin Dyama schlagen könnte, so ist doch klar, daß er bei der Landenge von Kanshan (Kintschou) zum Stillstand gebracht werden wird. Aber kann Port Arthur während dieser Zeit aushalten? Bewegt sich Kuropatkin südwärts auf Befehl von Petersburg, so ist seine Bewegung ein Zeichen der Verzweiflung; bewegt er sich aus eigener Initiative, so ist er ein klügerer Gegner. Auf jeden Fall tritt jetzt der Krieg in ein schnelleres Tempo ein, und es ist notwendig, daß sich die britische Diplomatie über die Lage klar ist.“

London, 12. Oktober. Dem Reuterschen Bureau“ wird ohne Datum von seinem Korrespondenten bei der Armeelöhner über Jantai am 10. d. M. gemeldet: Der Vormarsch auf Wulden hat heute morgen begonnen. Als Dyama erfuhr, daß die Russen ihren linken Flügel, der fünf Meilen nördlich von Jantai stand, verstärkten, gab er Befehl zum Vormarsch auf der ganzen Linie. Die Infanterie des Generals Ota eröffnete den Marsch und rückte zwei bis drei Meilen nordwärts vor; die Artillerie folgte. Die Russen, welche die Bewegung beobachteten, eröffneten mit ihrer Artillerie das Feuer, das von den Japanern erwidert wurde. Das Feuer dauerte den ganzen Tag, ohne jedoch ein eigentliches Ergebnis zu haben. Die Infanterie wird heute abend ihren Vormarsch fortsetzen.

Köln, 12. Oktober. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Budapest von heute gemeldet, drei japanische militärische Delegierte seien in Fiume eingetroffen, um die bei der dortigen Torpedofabrik bestellten Torpedos auszuliefern. Japan habe soviel Torpedos bestellt, daß die Fabrik mit der Herstellung zwei Jahre zu tun haben werde. Die Abwendung solle gruppenweise erfolgen.

London, 12. Oktober. Nach amtlicher japanischer Mitteilung hat das japanische Dampfschiff „Schirataki“ am 1. d. Mts. den Dampfer „Fujin“ beschlagnahmt, der verjagt, eine bedeutende Menge Kriegsgüter nach Port Arthur einzuschmuggeln.

Tokio, 12. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der allgemeine Vormarsch der Japaner in breiter Front auf Wulden wird fortgesetzt, eine Schlacht auf der ganzen Linie steht bevor. Zwei russische Brigaden Infanterie, 2000 Mann Kavallerie mit zwei Geschützen stehen auf Kuropatkins Flanke und überschritten den Taitsefluß am 9. Oktober. Die Japaner versuchten ihnen den Rückzug abzuschneiden, um sie gefangen zu nehmen. Die Russen griffen Sienshuang, 30 Meilen nordöstlich Saimayi, an, jedenfalls in der Absicht, die japanischen Verbindungen mit dem Fluß zu unterbrechen. Der Dampfer „Finging“ mit Kriegsmunition ist heute vor Port Arthur aufgebracht worden. — Marshall Dyama meldet, daß das Geschütz fast auf der ganzen Front im Gange ist; am 10. d. Mts. gewannen die Japaner Terrain und schlugen den russischen Angriff bei Sienshuang zurück.

Tokio, 12. Oktober. (W. L. B.) Die Schlacht bei Jantai hat gestern den ganzen Tag ununterbrochen bis tief in die Nacht gedauert und ging heute weiter. Bis jetzt ist das Ergebnis unentschieden. Die Russen haben gegenüber dem rechten japanischen Flügel nach dem Taitse hin starke Streitkräfte, doch wird angenommen, daß die Japaner die von den Russen geplante Umgehungsbewegung aufgehalten haben.

Tokio, 12. Oktober. (W. L. B.) Heute wurde der Beschluß der Regierung, eine neue innere Anleihe in Höhe von 80 Millionen Yen auszugeben, amtlich bekannt gemacht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

Die südwestafrikanischen Kabel zerrissen!

Gerade in dem Augenblick, wo sich die Loge in unserer verächtlichen Kolonie von neuem kritisch zuspitzte, verbreitete das „Wolffsche Bureau“ die amtliche Meldung, daß Nachrichten aus dem Schutzgebiete vor der Hand nicht mehr zu erwarten seien, weil die Kabelverbindung nach Swakopmund nördlich und südlich von Swakopmund unterbrochen sei! Diese Nachricht ist ebenso unangenehm wie seltsam. Kabelbrüche kommen ja öfter vor; daß aber zu gleicher Zeit zwei verschiedene Kabel rissen, ist einigermassen auffallend. Ueber die Ursache der Kabelbrüche liegt einstweilen keine Meldung vor. Hieltlich ausgeschlossen erscheint es, daß die Eingeborenen dabei ihre Hand im Spiele gehabt hätten. Es bleibt also nur übrig, daß

irgend ein unterseeisches Naturereignis die unangenehme Störung verursacht hat, die freilich der Regierung weniger unangenehm sein dürfte als dem Volke, das mit Recht nähere Aufklärung über die Aufstandsbewegung der Witbois erwartet, zumal die bisherigen Telegramme Lantweins äußerst lakonisch gehalten waren! Öffentlich treffen die Nachrichten nun nicht a l i z u verspätet ein; denn bei einigem guten Willen kann man, wenn auch mit ein paar mal 24 Stunden Verspätung, die Nachrichten über Kapstadt telegraphieren!

Ueber die Aussichten eines Witboiskrieges schreibt der schon gestern erwähnte südwestafrikanische Landeskundige der „Weltkorrespondenz“:

„Ich sehe dem neuen uns aufgezwungenen Kampfe einigermaßen pessimistisch entgegen. Die Zahl der Feinde ist es nicht, die mich besorgt macht: 2000 bis 3000 Bewaffnete mit obendrein geringer Munition niederzuwerfen, scheint nicht schwer. Aber wenn schon im Heroskampfe das Gelände die Niederwerfung des Gegners schwer macht, so sind diese Schwierigkeiten hier noch viel größer. Das Terrain ist so gebirgig, daß die Fortbewegung größerer Truppenmassen und die Verfolgung eines jeden Gebirgspalt kennenden Gegners außerordentlich schwierig ist. Noch schlimmer ist die Schwierigkeit der Wasser- und Nahrungszufuhr. An Weide für die Pferde fehlt es nicht, aber wie das Wasser beschaffen? Da ist eine große Zahl von Mannschaften eher ein Hindernis als ein Vorteil. Im Jahre 1897 hat die Schutztruppe ganze 70 Feinde, die sogenannten Afrikaner monatelang vergeblich verfolgt und konnte dieser winzigen Schar nur dadurch habhaft werden, daß diese auf englisches Gebiet übertrat, dort entwaffnet und an uns ausgeliefert wurde.“

Durchlodert die Kriegesfurie das ganze Schutzgebiet in seiner ungeheuren Ausdehnung, so sehe ich sehr schwere Opfer voraus und kann meine Landsleute nur mahnen, sich sehr in Geduld zu fassen; es wird nötig sein.“

Junfer und Bürger.

Im Wahlkreise Jerichow ist es, wie mitgeteilt wurde, zu einer starken Zerspaltung der bürgerlichen Parteien gekommen. Der Sozialdemokratie stehen nicht weniger als vier bürgerliche Kandidaten gegenüber, ein konservativer, ein nationalliberaler, ein freisinniger und ein antisemitischer. Die konservative Presse beschwert sich, daß die Nationalliberalen in dem Wahlkreise, den Herbert Wiemar vertrat, eine eigene Kandidatur aufstellen und dadurch den Konservativen aus der Stichwahl verdrängen. Gegenüber diesen Klagen veröffentlicht nun die „Nationalliberale Korrespondenz“ eine Darstellung von den Vorgängen, die zu der Aufstellung der nationalliberalen Kandidatur geführt haben, und diese Darstellung ist ein gar interessantes Zeugnis für das politische und gesellschaftliche Verhältnis, das zwischen den konservativen Junkern und den nationalliberalen Bürgerlichen besteht.

Zunächst hatten sich in dem Wahlkreise die Nationalliberalen bereit erklärt, für einen von den Konservativen vorgeschlagenen Rittergutsbesitzer einzutreten. Der Bund der Landwirte jedoch versuchte die Kandidatur eines ihrer im vorigen Jahre durchgefallenen Bundesobersten durchzudrücken, wogegen die Nationalliberalen protestierten. Hierüber kam es zu Weiterungen, und am 4. Oktober sollte unter den eblen Kartellgenossen endgültig abgeschlossen werden. Der Zufall aber sagte es, daß der konservative Kandidat, dem die Nationalliberalen zugestimmt hatten, in der Ferne weilte und auch telegraphisch nicht zu erreichen war. Während die Nationalliberalen jetzt fordberten, daß noch kurze Frist zur Erwartung der Antwort des Kandidaten gegeben werden solle, traten plötzlich die Konservativen mit der Kandidatur des Herrn v. Brauchitsch hervor und verlangten plötzliche Zustimmung der Nationalliberalen. Diesen Vorgang schildert die „Nationalliberale Korrespondenz“ also:

„Sie versuchten den von ihnen aufgestellten Rittergutsbesitzer Klewitz gar nicht mehr zu verteidigen, stimmten für Herrn v. Brauchitsch und schickten ihrem alten Kandidaten nur eine Absagedepesche, daß er sich nun nicht mehr über die Alpen zu bemühen brauchte. Sie hätten sich inzwischen anders besonnen. Eigentlich etwas unerlich — von oben herab. Tatsächlich lag am andern Tage schon eine Depesche von Herrn Klewitz vor, in der er sich zur Uebernahme der Kandidatur gern bereit erklärte. Dann proklamierten die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der Konservativen Herrn von Brauchitsch als ihren Kandidaten.“

Zum Kartell gehörten aber auch die Nationalliberalen. Wenn nun die beiden anderen Parteien, ohne in annehmender Ueberschätzung des dritten Kontrahenten dessen Zustimmung abzuwarten, eine eigene Kandidatur aufstellten, so muß klar und entschieden festgestellt werden, daß dadurch die Konservativen und der Bund der Landwirte das Kartell gebrochen haben. Die Nationalliberalen haben sich durchaus auf den Standpunkt des Kartells gestellt und sind zu Zugeständnissen bereit gewesen, soweit diese mit ihrer Würde im Einklang waren. Die Veräusserung aber, die in der überhasteten Aufstellung eines Bündlerischen und konservativen Kandidaten lag, und der direkt verlebende Ton, der von einem der Herren Wortführer bestiet wurde, lagen außerhalb jeder Verlehrsform, wie sie Parteien eines Kartells beobachten müssen.“

So kam es zu einer selbständigen nationalliberalen Kandidatur. Der Vorgang zeigt höchst spähig, was sich die bürgerliche Kanaille gefallen lassen muß, wenn sie bereit ist, die Kandidaturen des konservativen Junkertums zu unterstützen. Zur Entschuldigendung des Freuels, daß sie eine eigene Kandidatur aufzustellen wagten, müssen die Nationalliberalen vor aller Welt die lächerliche Schmach aufdecken, die ihnen von junkerlicher Seite in jenem Wahlkreise angetan wurde. „In annehmender Ueberschätzung“, in direkt verlebendem Tone“ haben sie sich von den Herren Konservativen behandeln lassen müssen, bis ihnen dann schließlich die Sache doch zu

teil geworden ist. Das kommt davon, wenn die Emporkömmlinge des Bürgerturns es wagen, mit den herrschgewohnten Herrern der Landtage an einem Tische Politik machen zu wollen. Sie erfahren die Behandlung, die auszuteilen der Junker gewohnt ist. Dann laufen sie jammern davon, um — sich das nächste Mal wieder mit dem junkerlichen Hochmut zu verbünden.

Deutsches Reich.

Lippe.

Nach einer Mitteilung der „Nürtinger Zeitung“ finden auf Anordnung des Reichskanzlers unter den beteiligten Reichsressorts Besprechungen statt, die zum Zweck haben, alle Gesichtspunkte zu prüfen und die nötigen Materialien zu sammeln, damit der Bundesrat so rasch als möglich in die Beratung der Lippeischen Angelegenheit eintreten kann.

Man will also nun mit Dampf arbeiten, um die unangenehme Geschichte in Ordnung zu bringen. Vor allem möchte man verhindern, daß die Parlamente sich mit dem Telegramm aus Rominten befassen. Bereits hat Dr. Fischer sich in einer Versammlung in Passau laut Bericht der „Donau-Ztg.“ folgendermaßen geäußert: „Sollte bis zum Wiederzusammentritt der bayrischen Abgeordnetenversammlung die Angelegenheit im Fürstentum Lippe noch nicht endgültig durch den Bundesrat geregelt sein, so wird der bayrische Landtag es sich zweifellos nicht nehmen lassen, die bayrische Regierung an ihre Verpflichtung in dieser Sache zu erinnern.“

An der Verteidigungsfrage, die doch selbst nach dem Bülow-Rückzug, im Widerspruch zu dem dem Grafen Regenten von Lippe zustehenden Rechten ungelöst bleibt, will die soeben noch wild für die heiligsten Rechtsgüter fechtende Presse hurtig vorüber. Obgleich gerade hier der tatsächliche Eingriff des Reichsoberhauptes in die Rechte des bundesstaatlichen Oberhauptes ebenso offenbar ist als es, wie sich schon vor der Bülowischen Auslegung verstand, offenbar ist, daß nicht die Absicht eines solchen Eingriffes vorhanden war, so läßt die bürgerliche Rechtsüberzeugung, vom Bülowhauch angeweht, dieses zweifelloste Unrecht widerspruchslos geschehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beispielweise, welche gestern sich offen zu der Zwecklosigkeit weiterer Betonung des Rechtsstandpunktes bekannt hatte, wiederholt heute das Geständnis der Unfähigkeit, gegen das erkannte Unrecht noch irgend etwas andrücken zu können.

Der „Vorwärts“ ist unzufrieden mit uns, weil wir gestern ausgesprochen haben, daß nunmehr eine weitere Kritik nach Lage der Dinge zwecklos erscheine. Trotz der starken Unzufriedenheit des „Vorwärts“ müssen wir bei unserer Auffassung bleiben. Was über die Angelegenheit und die Wendung, die sie zuletzt genommen hatte, gesagt werden mußte, das ist mit genügender Entschiedenheit und Deutlichkeit gesagt worden. Eine fortgesetzte Wiederholung derselben Gedankengänge würde lediglich die Wirkung der Kritik abschwächen und ganz bedeutungslos sein. Sie würde aber auch ohne jeden Zweck sein, weil damit jetzt nichts mehr erreicht werden kann.

Das Blatt gesteht: Die Verteidigung der Detmolder Garnison müßte von Rechtswegen erfolgen, aber, da sie nicht erfolgt, so ist es zwecklos, darüber weiter zu reden.

Soweit wir sehen, betont von den größeren bürgerlichen Blättern nur die „Märkische Volkszeitung“, das Zentrumsblatt, — im interessanten Gegensatz zu der in demselben Verlage erscheinenden zentrumssozialistischen, völlig schweigsam gewordenen „Germania“ — den von uns herabgehobenen Rechtsstandpunkt:

„Wir können uns durchaus nicht einverstanden erklären mit der Ansicht jener Blätter, welche behaupten, das bekannte Schreiben des Reichskanzlers Grafen v. Bülow an den Vizepräsidenten des lippeischen Landtages lasse das Telegramm des Kaisers aus der Diskussion ausschneiden. Wir können nur wiederholen: Wenn dem Kaiser jeder Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Fürstentums ferngelegen hat, und wenn es insbesondere, außerhalb Allerhöchster Absicht liegt, der derzeitigen Ausübung der Regentenschaft im Fürstentum durch den Herrn Grafen Leopold zur Lippe irgend welches Hindernis zu bereiten: dann dürfte die Verteidigung der Truppen auf den Grafen Regenten nicht gehindert werden. Dadurch, daß dieses geschah, ist eine allerdings unabsichtliche Rechtsverletzung erfolgt, die durch seine diplomatische Wendung im Schreiben des Reichskanzlers und durch seine „wohlwollende“ Zeitungsnote aus der Welt geschafft wird. Das wird jedenfalls auch die Ansicht der Mehrheit des Reichstages sein, der sich voraussichtlich demnächst mit der Angelegenheit, die von hoher prinzipieller Bedeutung ist, zu beschäftigen haben wird.“

Wie der Reichstag zusammentritt, wird auch der letzte Centrumsmann in seinem Rechtspfeifen genügend betätigt sein.

Ebenbürtigkeit.

In einer Zuschrift eines süddeutschen Politikers und „guten Monarchisten“ an die „Münchener Post“ wird das Ebenbürtigkeitsmaß, mit dem Lippe gemessen wird, an andere hohe und höchste Familien gelegt:

„Sehr sonderbar ist das so lebhaft Betonen des Kaisers, daß er auf dem Standpunkt der absoluten Ebenbürtigkeit steht. Seine hohe Gemahlin hat eine Ahnentafel, die gerade nicht eine so glänzende ist, daß man den Eifer des Kaisers versteht. Seine Söhne haben nach ganz strengem Fürstenrecht einen sehr „mäßigen“ Stammbaum: einer der Vorfahren der Kaiserin war nicht nur bürgerlich, er war nicht einmal, wie stets gesagt wird, ein hoher Beamter, nein, er war Älfter, nahm also eine Stellung ein, die gerade nicht zu den höchsten auf der sozialen Stufenleiter gehört.“

Aber auch sonst haben die Hohenzollern nicht nur ebenbürtige Ehen im strengsten Sinne des Wortes geschlossen: die kaiserlichen Hohenzollern und die Schwäbische Markgrafen haben sich des öfteren mit den Radziwills verheiratet, eine Familie, die ausdrücklich, unter Friedrich Wilhelm III., als Wilhelm I. eine Radziwilla heiratete, für nicht ebenbürtig erklärt wurde. Ferner, wie viel Ehen sind nicht mit Anhalt-Dessau von preussischen Prinzen eingegangen worden, und eine Ahnfrau im 18. Jahrhundert der Dessauer ist die Gattin des Hauptmanns Leopold (des „alten“ Dessauer), die, wie mündlich bekannt ist, eine Apothekerstochter war. Die fürstlichen Hohenzollern hingegen und viele andere Familien (Baden, bayrische Herzoge, dadurch auch die Kinder des österreichischen Kaisers) haben durch ihre Ehen mit Damen aus dem Hause Beauharnais einen recht zweifelhaften Stammbaum erhalten.

Die heutige regierende Familie in Baden (Grafen Hochberg) stammt direkt aus dem niederen Adel und alle Familien, die badische Prinzessinnen geheiratet haben, sind dadurch in „Mitleidenhaft“ gezogen worden.

Und wie steht es denn mit all den Häusern, die mit den Napoleons sich liiert haben, sind sie ebenbürtig? Kaum, wenn die Grundzüge gegen sie angewandt werden, die man gegen die Grafen Lippe anspricht.

Wie steht es denn mit der schwedischen Königsfamilie, den Bernadottes, deren Urgroßvater den nürtinger Verus eines Ältesten hatte. Ist der Kaiser ebenbürtiger, als der alte Oberst v. Ulrich? Welche Herabsetzung des ersten Standes der Welt würde das bedeuten!

Wie verhält es sich ferner mit Rußland: Peter I. Gattin, Katharina I., war eine Soldatendirne, eine Leibeigene; die der Zar dem Fürsten Menschikow abkaufte, und deren Nachkommen sind ebenbürtig? Sonderbar auch die Ebenbürtigkeit

scheint eine Nachfrage zu sein; je kleiner das Land, desto strenger muß sie gehandhabt werden, bei großen Reichen ist man stets und immer von der Ebenbürtigkeit von vornherein überzeugt.

Da nun fast alle europäischen Fürstfamilien mit den eben genannten verwandt sind, so bliebe eigentlich nach strenger Auffassung, wie sie gegen Westfalen und Weihenfeld beliebt wird, nichts anderes übrig, als daß sämtliche regierenden Herren, in Erkenntnis ihrer „Unebenbürtigkeit“, vom Throne herabstiegen oder daß die Völker gegen sie Prozesse auf Aberleumdung der Krone anstrengten, da sie doch nicht „unstandesgemäß“ regiert werden wollen!

Der alte Feix unter Dach.

Am 19. November soll die Statue Friedrichs des Großen, welche vor einigen Jahren Kaiser Wilhelm der nordamerikanischen Republik verehrt, wirklich zur Aufstellung gelangen. Vor der neuen Kriegsschule in Washington wird die Statue feierlich enthüllt werden.

Das Werk des Siegesallee-Künstlers Upmies hat seine Geschichte. Die Amerikaner, die weder politisch noch künstlerisch zum Verständnis monarchischer Ahnengalerien sich erhoben haben, mußten zunächst nicht, wie sie das Gesicht aufnehmen sollten. Das monarchische Bewußtsein, ohne das ein preussischer Staatsbürger unentbehrlich ist ihnen nicht geläufig, und nicht in guter Erinnerung ist ihnen die auswärtige Politik des Preußenkönigs. So kam es im Senat der Vereinigten Staaten zu gar unhöflichen Äußerungen über das höflich angebotene Marmorwerk, und es hat lange gedauert, bis die Staatslenker der Vereinigten Staaten ein Obdach für den alten Feix ausfindig zu machen wußten. Schließlich wird er nun im Park der Militärakademie aufgestellt, zwischen vielen anderen Soldatenbildnissen. Da man mit dem preussischen Monarchen nichts beginnen konnte, so entdeckte man, daß er immerhin in der Krieges- und Militärgeschichte seinen Platz hat.

Landtags-Vorlagen. Wenn das preussische Abgeordnetenhaus demnächst wieder zusammentritt, findet es wichtigen Beratungsstoff vor. Zunächst harren noch, wie die „V. P. R.“ zusammenstellen, abgesehen von der in Aussicht genommenen freijährigen Interpellation wegen der Berliner Schulfrage, zwei weitere Interpellationen auf Erledigung, und zwar diejenige des Zentrums betreffend Wahlbeeinträchtigungen im Saarrevier und diejenige der Freisinnigen, betreffend die Sammlungen des Reichers v. Mirbach. Siderisch wird auch die Hibernia-Frage auf die eine oder andere Art zur Sprache kommen, und zweifellos auch gleichfalls zu eingehenden Erörterungen führen. Sodann aber sind spruchreif für die zweite Lesung im Plenum die Vorlage betreffend das Oberlandesgericht in Düsseldorf und die Beaufsichtigung elektrischer Anlagen, ebenso die Rechnungsübersicht für 1902 und die Denkschrift über Kornhäuser. Der ersten Lesung harren noch mehrere kleinere Vorlagen. Von den in der Kommission noch befindlichen Regierungsvorlagen dürfte voraussichtlich der Entwurf des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Seuchengesetz gleichfalls spruchreif werden, da die 14. Kommission, ebenso wie die Kanal-Kommission, bereits am 19. d. M. zu dessen Beratung zusammentritt. Außerdem harren noch auf Beratung in Kommissionen die Regierungsvorlagen betreffend Veränderung des Jagd-Gesetzes und endlich betreffend Verhütung des Kontraktbruches landwirtschaftlicher Arbeiter. Ungleich reicher ist aber noch das Beratungsmaterial anderer Art. Nicht weniger als 24 Initiativanträge sind noch zu erledigen, und ebenso auch nicht weniger als 219 Kommissionsberichte über Petitionen. An Material für eine ganze Reihe von Schwebestagen fehlt es daher nicht, und unterliegt es keinem Zweifel, daß, auch wenn das Abgeordnetenhaus nicht etwa seine Verhandlungen im Interesse der Förderung der Verhandlungen der Kanal-Kommission beschneiden sollte, mehr als ausreichendes Material für die Plenarverhandlungen bis zur Weihnachtspause vorliegt.

Militärjustiz.

Mißhandlungen werden von den Kriegsgerichten noch immer recht milde beurteilt; wenn die Untaten nicht gar zu larmalich waren, sieht man von Degradation ab und läßt es oft bei sehr geringen Strafen — bei Offizieren vielfach nur Stubenarrest von einigen Tagen — bewenden. Unvergleichlich hart sind dagegen die Bestrafungen der Untergebenen, wenn sie sich irgendwie gegen die Disziplin vergangen haben. Dafür werden aus Wilhelmshaven wiederum diese Beispiele gemeldet:

Einen deutlichen Beweis von dem Unterschied, der zwischen der Urteilsoptik unserer Militärgerichtsbarkeit und dem Rechtsempfinden des Volkes besteht, lieferten zwei Fälle, die in der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts der Nordseeaktion als Berufungssache verhandelt wurden. Zuerst hatte sich der Sanitätsarzt Brandt wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten zu verantworten. Der Sanitätsarzt hatte sich in einer Aneipe mit Damenbedienung stark beacht und war zur Verlobung für seine Freigeblichkeit von der Stellarin eingeladen worden, sie nach Schluß des Geschäftes nach Hause zu begleiten. Ritterweise kam aber noch ein Feldwebel in die Aneipe, und nun nahm die Holde an Stelle des begehnten Soldaten den Feldwebel mit in ihre Wohnung. Der Soldat, darüber wütend, ließ nun in seiner Trunkenheit dem Färden nach und hörte durch Steinwürfe und andere Missetaten das Schäferstündchen des Feldwebels. Als schließlich der Feldwebel herunterkam, jagte sich der Betrunkene mit ihm durch die Straßen, bis er festgenommen und zur Wache gebracht wurde. Das Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion hatte den Sanitätsarzt deshalb zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Berufung, die sich gegen die Höhe der Strafe richtete und auf eine völlige Trunkenheit bei Begehung der Vergehen hinwies, wurde verworfen.

Nicht weniger auffällig ist der zweite Fall. Der Torpedobehrer Reifele hatte nach Ansicht eines Maaten abfällige die Hände nicht ordentlich an die Hose geputzt und bei der Zurückweisung wegen dieses Vergehens obendrein noch ein „unverschämtes Gesicht“ gemacht. Deswegen verurteilte ihn jenes genannte Kriegsgericht zu vier Monaten Gefängnis, und das Oberkriegsgericht bestätigte dieses Urteil.

Ein Militärroman vor Gericht.

Vor dem Oberkriegsgericht der 22. Division, das in Kassel seinen Sitz hat, begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Leutnant im 22. Infanterie-Regiment in Meiningen, Hermann, welcher der Verlesung von Vorgesetzten und Kameraden, begangen durch die Veröffentlichung des Militärromans „Corries Briefe an ihren Freund“, angeklagt ist und vom Kriegsgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Wie noch zu erinnern ist, hat der Angeklagte mit seinem Roman die von Wölfe begangenen Entstellungen aus einer kleinen Garnison fortgesetzt, indem er die Verhältnisse in der thüringischen Residenzstadt Meiningen einer sehr abfälligen Kritik unterzog. In der Form von Privatbriefen seiner Gattin an einen amerikanischen Freund schilderte er seine Beobachtungen bei Privatgesellschaften der Offiziere, den „Kommiss-Bekkos“, wie er diese nennt, bei denen der Klatsch über den lieben Nächsten das Hauptthema der Unterhaltung abgibt. Weiter kam der Verfasser auf die auch in Meiningen bestehende Kluft zwischen Adel und Bürgertum in der Armee zu sprechen; für den Herrn Oberst sahene die Welt erst mit dem Baron anzufangen. Ferner kritisierte er die Moral mehrerer seiner Kameraden. Einer, ein großer Kinderfreund, lade häufig Kinder aus seinem Bekanntenkreise ein, um sie mit Schokolade und Kuchen zu bewirten. Die Aeltern würden dann meistens von dem „Kinderfräulein“ begleitet, mit dem der Gastgeber dann gewöhnlich auf einige Zeit zu verschwinden pflege. Ähnliches ereignete sich auch bei anderen Kameraden, aber so lange aus solchen Sünden nicht ein öffentlicher Skandal gemacht werde, drücke man beide Augen zu. Schließlich kritisierte der Verfasser noch die gänzliche Meinungslosigkeit Untergebener gegenüber ihren Vorgesetzten, indem er sagte: Der Offizier ist abhängig von seinen Vorgesetzten, deren Ansichten sind maßgebend, und es ist daher natürlich, sich bei den Vorgesetzten

so viel wie möglich in ein gutes Licht zu setzen, zu „schäufeln“. Hierzu sind alle Mittel recht. Ein Untergebener, der vorwärts kommen will, hat niemals seine eigene Meinung, ich habe es mit angesehen, wie ein Offizier seine Ansicht, die er vorher als die allein richtige bezeichnet hatte, nach der des Herrn Majors änderte und wie beide die letztere aufgaben, als der Oberst eine dritte als die seine bezeichnete. Insbesondere tabelte der Verfasser es auch, daß die Frauen der höheren Offiziere sich denen der subordinierten Kameraden gegenüber ebenfalls als „Vorgesetzte“ betraachtet wissen wollen. Daneben schildert der Roman noch die mangelhafte Reife der Offiziere, die absolut uneheliche Kleidung der Offiziersdamen, den Klatsch über den lieben Nächsten, Demers, bei denen man gern mehr möchte, als man kann, halb in Uniform und halb in Zivree gekleidete Burchen, insolge der Erfüllung ihrer Hausfrauenpflichten und Pflichten nicht à tout prix an jedem Tage empfangsfähige Damen und anderes mehr.

Die ganze Art des Buches ließ den Schluß zu, daß eine Frau hinter ihm stecke und tatsächlich meldete sich auch, als der Verdacht auf Leutnant Hermann gelenkt wurde, eine thüringische Schriftstellerin als seine Urheberin. Allein die Militärbehörde zog Leutnant Hermann zur Verantwortung, da eine Hausfuchung unüberlegliche Beweise dafür erbrachte, daß der Roman in seinem Hause geschrieben worden war. Später ergab sich dann, daß der Roman zum größten Teil aus einem anderen abgeschriebenen und das Milieu erst nach Meinungen verlegt worden war. Es schwebt deshalb zur Zeit auch noch ein Nachdruckprozeß gegen Leutnant Hermann. Dieser ist im Jahre 1872 als Sohn eines reichen Brauntweinbrenners in Nordhausen geboren und wurde nach dreijähriger Dienstzeit als Leutnant der deutschen Woiwacht in Rom zugeteilt. Im September 1903 lernte er dann nach Meinungen zurück, wo er seine Gattin, die Nichte des früheren Reichstags-Abgeordneten, Kommerzienrats Feix kennen lernte, die ihm die Mittel zu einer äußerst splendiden Lebensweise stellte. In dem kleinen Meinungen hat sich das Ehepaar offenbar nicht recht an die Verhältnisse gewöhnen können, denn schon bald nach seiner Ueberiedelung stellte Leutnant Hermann dem Antrag, zu dem 5. Rheinischen Dragoner-Regiment versetzt zu werden. Allein bevor seine Ueberiedelung nach dort erfolgte, wurde er in Haft genommen und nach einmonatigen strengen Stubenarrest am 7. September dieses Jahres in einer außerordentlichen Sitzung des Kriegsgerichts während des im der Schwabingergegend stattgehabten Divisionsmanövers in einem zum Gerichtsaal improvisierten Gefaße in Reutstadt an der Main-Wege-Bahn zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ferner wurde auf Dienstentlassung des Angeklagten erkannt und er in die sämtlichen Kosten des Verfahrens verurteilt. Diese Strafen hatte der Vertreter der öffentlichen Anklage auch beantragt. Mit Rücksicht auf die Höhe der erkannten Strafe wurde der Verurteilte wegen Nichtverdachts in Haft genommen und sofort nach Kassel in das Militärgefängnis an der Fuldastraße abgeführt. Bevor die sieben-tägige Frist abließ, legte Leutnant Hermann Berufung gegen das Urteil ein, so daß nunmehr der ganze Prozeß noch einmal vor dem Oberkriegsgericht des 11. Kammerkorps zur Verhandlung und Aburteilung gelangt. Die Verteidigung des Angeklagten hat wiederum Justizrat Dr. Fels-Kassel übernommen. Auch die gegenwärtige, auf zwei Tage berechnete Verhandlung wird unter freierlichem Anschluß der Öffentlichkeit, auch der Vertreter der Presse, gemäß der bekannten kaiserlichen Kabinettsorder, vor sich gehen.

Potenkinische Dörfer in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben: Der bayerische Verkehrsminister, der schon wiederholt versprochen hat, er wolle in seinem Ressort vorhandene Mißstände beseitigen, wird nun allmählich doch zu der Einsicht kommen müssen, daß er das größte Hindernis bei der Erfüllung dieser Absicht in seiner eigenen Bureaucratie findet. Erst in den letzten Tagen hat sich da wieder ein Vorgang abgespielt, der an russische Verhältnisse erinnert. Schon seit längerer Zeit wird in der Presse über die Verhältnisse in der Güterstation München-S. Klage geführt, und zwar beklammert sich das dort beschäftigte Personal namentlich darüber, daß es fortgesetzt 1—2 Stunden täglich über die vorgeschriebene Dienstzeit hinaus arbeiten muß, wofür es keinerlei Vergütung erhält. Diese Beschwerden wurden auch im Landtage von sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten, und der Verkehrsminister antwortete darauf, man solle doch nicht alles glauben, was dem Personal behauptet werde. Nun scheint man es aber nachträglich doch für notwendig befunden zu haben, die Sache etwas eingehender zu untersuchen, denn am 7. Oktober erschien „pöylisch“ früh um 6 Uhr in der Güterstation eine Kommission der Generaldirektion, um sich zu überzeugen, ob denn das Nachdienstpersonal wirklich stundenlang über die festgesetzte Zeit in Anspruch genommen wird. Die Herren konnten zu ihrer Ernüchterung feststellen, daß alle jene Behauptungen unrichtig waren; das Personal war schon eine Viertelstunde vor ihrem Erscheinen fortgegangen und dabei war nicht der geringste Arbeitsrückstand mehr zu entdecken. Und wenn sich die Kommission erkundigt hat, wie es denn am Abend vorher war, so hat ihr ganz wahrheitsgemäß berichtet werden müssen, daß das Personal vom Tagesdienst ebenfalls pünktlich um 6 Uhr Feierabend gemacht hatte. Die Kommission hat über das Resultat ihrer „unermuteten“ Inspektion sichtlich einen Bericht an das Verkehrsministerium gesandt und dazu werden sie zur Freude des Ministers wohl recht nachdrücklich betont haben, welche Lügen von der sozialdemokratischen Presse und den sozialdemokratischen Abgeordneten in die Welt gesetzt wurden.

Aber die Geschichte hat doch noch einen kleinen Haken. Am 6. Oktober mittags wurden nämlich plötzlich sowohl die Tages- als auch die Nachdienstpartien durch von der Streckenarbeit herein-geholte Leute bedeutend verstärkt. Darob allgemeine Freude bei dem Personal, das schon glaubte, es sei endlich die schon wiederholt und dringend erbetene Personalermehrung genehmigt worden. An diesem Tage war es denn auch möglich, innerhalb der festgesetzten Arbeitszeit alles glatt aufzuräumen. Aber die Freude war nur von kurzer Dauer; denn sofort, nachdem die Kommission der Generaldirektion wieder von der Mißstände vernehmlich war, wurden auch die Verhältnisse in den anderen Stationen wieder fortgesetzt und die alte Schinderei begann von neuem. Es liegt klar auf der Hand, daß die Verwallung der Güterstation von der bevorstehenden unermittelten Revision rechtzeitig Wind bekommen hat und sich infolge dessen entsprechend einrichten konnte. Was ist nun in den Kreisen des beteiligten Personals sehr neugierig, was der Verkehrsminister zu diesen Freiberceien sagen wird und ob er wirklich, wie er im Landtage versichert hat, den schuldigen Beamten seine „schwere Hand“ wird fühlen lassen.

Der beleidigte Geisteskrante.

Wegen Beleidigung des Königs Otto von Bayern und des Prinzregenten Luitpold wurde der Maurer Leonhard Seebacher vom Landgericht Augsburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mann hatte im Mensch unheimliches Zeug geschwätzt und war von einem Lehrer denunziert worden!

Ausland.

Cesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung in Böhmen und Mähren. In Brünn fand am vergangenen Sonntag wiederum eine große Wahlrechtsdemonstration statt. Gegen 11 Uhr vormittags war der Zug der Demonstranten auf ca. 15.000 angeschwollen. An der Spitze des Zuges wurde eine rote Fahne getragen; fortwährend erscholl der Ruf: „Rieder mit den Wahlrechtskräuern.“ Den Höhepunkt erreichte die Demonstration, als ein Wagen angefahren kam, und sich in die Mitte des Zuges bewegte. Auf ihm standen mehrere Genossen, die eine angepöylte, lebensgroße Figur mit sich trugen. Sie war vollständig bekleidet, hatte einen Zylinder auf dem Kopfe und trug schwarzen Frack. Die Mäule zeigte die kühnsten nachgehakten Gesichtszüge des Vorons Glimmedy, dieses größten Volksfeindes im mährischen Landtage. Es dauerte

nicht lange und die Figur hing auf einem Gasandelafer. Alles strömte hinzu, um die moralische Hinrichtung dieses Ex-Reaktionärs zu sehen. Erst als der größte Teil der Demonstranten abgezogen war, erschienen 14 Polizisten, die den gehängten Glumedy vom Galgen herabholten. Auch die Prager Arbeiterschaft hat den Kampf um Wahrheit begonnen. Mehr als 10 000 Arbeiter durchzogen am Sonntagmorgen die Hauptstraßen der Stadt. Der Umzug währte etwa zwei Stunden. Vor dem Café Wien staute sich die Menge; hier hielt der Genosse Dr. Soukup aus einem Fenster des ersten Stockwerkes eine Ansprache an die Massen. Die Kampflust der Arbeiter von Prag und Brünn ist die beste Widerlegung aller pessimistischen Betrachtungen über die Unlust der Menge am politischen Kampfe wie sie auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten zutage traten. —

Schweiz.

Der Kampf gegen die Militäraufgebote bei Streiks.

Jürich, 11. Oktober. (Fig. Ver.) Der Kampf gegen die frivolen und brutalen Militäraufgebote zur Niederschlagung von Streiks durch die auf den Regierungsratsbeschlüssen stehenden Handlanger des Kapitals wird erfreulicherweise fortgesetzt. Jetzt hat sich der Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Kantons Neuchâtel, dessen Regierung eine radikal-loyalistische in vollkommener Reinlichkeit ist und die seitlich in offener Parteinarbeit für die Baumunternehmer in Chang-de-fonds Infanterie und Kavallerie — es hat nur noch die Artillerie zur allgemeinen Mobilisierung und Kriegsführung gegen wehrlose Arbeiter gestellt — zur Vergewaltigung der streikenden Bauarbeiter aufbot, ebenfalls damit beschäftigt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

„1. Die Delegierten der sozialistischen Sektionen des Kantons Neuchâtel, in Anbetracht der Rolle, welche das Militär im letzten Streik in Chang-de-fonds und in den Streiks überhaupt gespielt hat, protestieren gegen die Truppenaufgebote bei solchen Anlässen und fordern die Arbeiter auf, sich bei ähnlichen Verhältnissen aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu bedienen, um die Tätigkeit der Regierung lahm zu legen. 2. Die Versammlung lobt den Zentralvorstand und die Sektionsvorstände ein, alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen zu treffen, um die Soldaten, besonders während eines Streiks, durch die antimilitaristische Propaganda zu erreichen.“

So treibt das kapitalistische Massenregiment in der Schweiz die so loyale und mit strengem Sinn für Gesetz und Recht erfüllte schweizerische Arbeiterschaft zur offenen Aufsehung gegen den bestehenden Zustand. So schlechte und unfähige Regenten sind die Kapitalisten. —

Dänemark.

In dem Budgetvoranschlag für das Finanzjahr 1904—1905, den Finanzminister Dage dem Reichstag vorgelegt hat, werden die Einnahmen des Staates auf 79 558 000 Kr. vorausgerechnet, die Ausgaben auf 79 486 000 Kr. Danach wäre also ein kleiner Ueberschuss von 70 000 Kr. zu erwarten, was namentlich auf die Steigerung der Einnahmen aus den Zöllen, sowie auf die neuen Steuern zurückzuführen ist. Der Ueberschuss der Staatsbahnen ist auf 4 Millionen berechnet, die direkten Steuern sollen 13 800 000 Kr. bringen, die indirekten Steuern 56 240 000 Kr., wovon 47 Millionen auf die eigentlichen Zölle kommen. Von den Ausgaben kommen auf das Kriegs- und das Marineministerium zusammen 16 724 000 Kr. — Unter dem konservativen Ministerium betrug das letzte Militärbudget 15 984 000 Kr.; das Ministerium der ursprünglich antimilitaristischen Linkenpartei braucht also immer noch mehr für Militäraufgebote als sein Vorgänger von der Rechtenpartei, abgesehen davon, daß der jetzige Kriegsminister erfahrungsgemäß sein Budget um ungefähr 500 000 Kr. zu überschreiten pflegt. —

Norwegen.

Christiania, 12. Oktober. Die heute bei Eröffnung des Storting's verlesene Thronrede kündigt an, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit Schweden über die Trennung der norwegischen Konföderation von den schwedischen dem Storting in dieser Session werde mitgeteilt werden. Ferner wird in der Thronrede mitgeteilt, die Regierung werde einen neuen Zolltarif einbringen, der die nationale Arbeit mehr, als es bisher gesehen, schütze und eine Vermehrung der Einkünfte um 1 300 000 Kronen ergeben solle. —

Amerika.

Sozialistisches Votum. Die offizielle Bekanntmachung des Resultats der Staatswahlen in Maine und Vermont läßt endlich auch einen Blick auf das sozialistische Votum zu, das sich in Vermont um 32, in Maine um 80 Proz. erhöht hat. Der Sozialismus hat in den beiden Staaten nur wenig Anhänger. Die Staatsämter liegen in den Händen der Republikaner, und bei der Lokalregierung sind Demokraten und auch die Prohibitionisten von Bedeutung. Der Sozialismus ist noch etwas Fremdes; in vielen Distrikten ist es nur die Agitation von einzelnen, die dem Sozialismus neue Anhänger zuführt. In Vermont wurden zum Beispiel im Jahre 1900 im Windham-Distrikt 19 sozialistische Stimmen abgegeben, die bei der letzten Wahl sich auf 152 vermehrt hatten, in Putney waren 1900 nur zwei Stimmen gefallen, 1904 dagegen waren 88 daraus geworden. In ganz Vermont erhielten die Sozialisten 757 Stimmen, im Staate Maine 1676 gegen 878 im Jahre 1900. Das Gesamtstimmverhältnis in Maine belief sich auf 130 732 und die Prohibitionisten übertrafen das sozialistische Votum um mehr als 1000 Stimmen.

Eine starke Erhöhung des sozialistischen Votums gegen das Jahr 1900 wird in allen Staaten erwartet. In den großen Städten, wie z. B. in New York, Chicago, Philadelphia, St. Louis wird die eifrige Agitation reiche Früchte tragen. Mit Vermont und Maine rechnet die Partei kaum und doch waren auch dort Fortschritte zu verzeichnen. —

Soziales.

Landarbeiterlos.

Von der Standesherrschaft Lieberose im Kreise Lübben, der gräflichen Familie v. d. Schulenburg gehörig, erhielt die „Märkische Volkstimme“ einen Landarbeiter-Bertrag, der die Dürftigkeit der Lebenshaltung der Landarbeiter und die Gebundenheit ihrer Lage deutlich widerspiegelt. Der Arbeitstag währt normal 10 und 11 Stunden, nach Ferienabend und Sonntag ist noch das Dienstland zu bearbeiten. Tagelohn für Männer 1,25 bis 1,50 M. Mann, Frau und erwachsene Kinder müssen stets zur Arbeit bereit sein, dagegen übernimmt die Gutsherrschaft keine Garantie für ausreichende Beschäftigung. Das Dienstland kann jederzeit dem Arbeiter entzogen werden, wenn er seinen Pflichten nicht nachkommt. Ob dieser Fall vorliegt, darüber entscheidet die Herrschaft. Danach hat die Herrschaft den Landarbeiter stets völlig in der Hand: Er kann nicht vor völlig beendeter Ernte den Dienst verlassen, weil er sonst die Früchte seiner Arbeit auf dem Dienstlande verlieren würde! Und nicht das allein: der Landarbeiter muß angestrichelt werden, daß die Herrschaft sein Verhalten ja nicht „pflichtwidrig“ findet, denn sonst riskiert er ja Entlassung und damit gleichfalls Verlust seiner Ernte!

Es wird aber noch schöner. Die Kündigungsfrist ist vierteljährlich, vom Tage der Kündigung an gehen die Stroh- und Heuvorräte des Arbeiters in den Besitz und in die Verwaltung der Herrschaft über, der Arbeiter ist nicht mehr Herr über den länglichen Betrag seiner Mähen und seines sauren, meist nach Ferienabend und am Sonntag vergessenen Schweines! Damit dem Arbeiter nicht etwa einfallen könnte, schnell im Kündigungsquartal eine Kuh zu mästen, erhält ein Gutsherr Beamter Vollmacht, von den eigenen Futtervorräten des Arbeiters diesem abzutheilen; nimmt der Arbeiter mehr, so kann er dafür gerichtlich bestraft werden. Zu allem Ueberschuss erhält der Gutsherr das Recht, in der Kündigungsfrist jederzeit die Wohnung betreten zu können!

Noch mehr an die Zeiten der Dürigkeit gemacht eine Strafbestimmung: Wer nicht pünktlich zur Arbeit kommt, kann bestraft werden mit 3 M. oder mit 3 Tagen unentgeltlicher Forstarbeit oder mit der gleichen Zeit — Einsperrens.

Unter besonderen Umständen kann der Landarbeiter mit nur dreitägiger Kündigung entlassen werden; Dung und Holz, letzteres auch, wenn es zerleinert ist, bleibt zurück.

Der Vertrag währt einseitig die Rechte der Herrschaft, aber er ist nicht schlechter wie die meisten Verträge der Landarbeiter.

Wenn dergleichen Landarbeitern in der Nähe von Berlin noch geboten wird, so ist das wohl genügende Erklärung der Landflucht.

Die Reichsfleuerfrau.

Der „Märkischen Volkstimme“ liegt ein Arbeitsvertrag der Oberpostdirektion Frankfurt (Oder) mit einer Fleuerfrau vor. Danach hat die Fleuerfrau zu besorgen:

- a) Täglich einmal
 1. Das Ausfegen und feuchte Aufnehmen von 9 Dienstzimmern und Fluren im Erdgeschoß sowie von 7 Dienstzimmern und 2 Fluren im 2. Geschloß.
 2. Das Reinigen der Spudnäpfe und deren Füllung mit Wasser.
 3. Die Säuberung der Waschküchen.
 4. Das Abstauben der Türen und Fensterbretter.
 5. Das Abwischen der Abortbrillen.
- b) wöchentlich zweimal
 1. Das Scheuern der Steinfliesen und Stiebtreppe.
 2. Das Abwischen des Linoleumbelags mit nassem Tuche.
 3. Das Hof- und Straßenscheuern.
- c) wöchentlich einmal (Sonntagsabend) das Scheuern der Vorräume und Abortbecken.
- d) monatlich zweimal das Reinigen und Putzen der Fenster, Fenstereinfäge und Schalteranlagen.

Nur während der Wintermonate und zwar täglich: Reinigen der 12 Öfen von Asche.

Für diese Arbeit, die allein in ihrer täglich wiederkehrenden Folge sehr reichlich für eine Frau ist, die sie aber laun wird allein ausführen können, wenn Fensterputzen (monatlich zweimal) hinzukommt, zahlt die Reichspost monatlich 43 M. Lohn. Davon gehen jedoch ab die Kosten für die Gerätschaften, die die Frau selbst beschaffen muß. Der Vertrag nimmt selber an, daß dies 10 Prozent des Lohnes beträgt, also 4,30 M. monatlich. Da die Frau mindestens zweimal des Monats eine Hilfe braucht, die sie selbst bezahlen muß, so gehen noch 4 bis 5 M. ab. Der eigne Lohn der Frau für die sehr reichliche Arbeit dürfte also nur etwas mehr als eine Mark pro Tag betragen.

Gewerkschaftliches.

Ein skandalöser Unfug

wird in der Zentrums- und verwandten Blätter mit einer Verächtlichkeit gegen streikende Arbeiter betrieben, einer Verächtlichkeit, die den Stempel der Wache an der Stirn trägt und mit einer nur aus eingewurzelter Gefässigkeit erklärlichen Frivolität in die Öffentlichkeit geschleudert worden ist. Bei der Firma Suhrmann in Dortmund waren infolge Differenzen eine Anzahl Arbeiter, Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Christlich-Sozialistischen Organisation in den Ausstand getreten. Herr Suhrmann, im Nebenamt Stadtverordneter, fand bei der Polizei im Kampfe gegen die Streikenden und die Streikposten eine Hilfe, wie sie eben nur im Lande der „besten Rechtsgarantien“ möglich ist. Herr Suhrmann maßte sich sogar an, einem Beamten zu befehlen, die Streikposten zu verhaften! Auch ging der Herr in einem Lokalblatte provokatorisch gegen die Arbeiter vor. Das erregte allgemeinen Unwillen.

Auf einmal berichteten mehrere Dortmunder Blätter, bei Herrn Suhrmann sei nachts eingebrochen worden, Ventile, Hähne und elektrische Leitungen wären von den Einbrechern ruiniert, Treibriemen seien zerschnitten, ja sogar wertvolle Formen habe man zerstört. Der Schaden sei enorm. Dann hieß es weiter, polizeilich (!) sei bereits festgestellt, daß streikende Arbeiter das Vandalesbild ausgeführt hätten. — Man konnte gleich die Absicht dieser Notiz merken. Jede vorurteilslose Redaktion mußte dem Gemein: polizeiliche Feststellung das allgrößte Mißtrauen entgegenbringen. Auf solche vage Phrasen hin eine Schar Arbeiter zu verächtigen, ist eine Frivolität sondergleichen. Die ganze Geschichte ist Schwindel.

Kaschade ist, daß — angeblich durch Einbruch Fremder — der Treibriemen der Sandmühle durchgeschnitten worden ist; Reparaturkosten und Betriebsausfall ca. 10 M.; ferner sind einige Formkosten ausgehoben worden, wodurch im Höchstfalle das halbe Tagewerk von drei Formern zerstört worden ist, schließlich fanden sich auch noch einige durchgeschnittene elektrische Leitungen. Wenn man aber sehr hoch greifen will, kommt vielleicht ein Gesamtschaden von 20 M. heraus.

Und die polizeiliche Feststellung über die Täterschaft? Man hat die Streikenden vernommen, sogar deren Stiefel wurden mit den Fußspuren am Tatort verglichen und nicht der Schatten eines Beweises gegen irgend einen Streikenden oder Streikposten wurde gefunden — sämtliche Leute konnten ihr Alibi nachweisen! —

Die gewählte Zeit des Einbruches, die Art der „Zerstörung“ in dem Betriebe, gibt der stärksten Vermutung Raum, daß vielleicht ein guter Freund des Herrn Suhrmann den Einbruch improvisiert hat, um Stimmung gegen die Streikenden zu erregen. Um dem Gemeinlichen event. auf den Grund zu kommen und um die Nichtnützlichkeit der gegen sie ausgestreuten Verächtlichkeit und Verächtlichkeit der Öffentlichkeit zu zeigen, haben sämtliche am Streit Beteiligten gegen die Blätter, welche die geschäffte Notiz veröffentlichten, Verleumdungssagen angekreut. Trotzdem wird die Verleumdungsnotiz, aufgemunt zu einer wahren Schauerstudie, immer noch durch die Presse gezeit; besonders die Zentrums- und sozialistische Presse stürzt sich mit Behagen auf den Vederbissen. Die angebliche polizeiliche Feststellung genügt, gegen Gewerkschafter die frechsten Schwindeleien zu verbreiten. Dafür nennt man sich christlich — und staatsbehaltend. Wie bisher wird man auch jetzt noch die bereits vor einer Woche gegebene Aufklärung ignorieren — aus Christlichkeit und Staatsinteresse.

Berlin und Amgegend.

Die Aussperrung der Rübentischler hat immer noch keinen erheblichen Umfang angenommen. Bis gestern hatten sich auf neue fünf Werkstätten an der Aussperrung beteiligt, und zwar im ganzen mit 8 Arbeitern. Ingesamt hat sich die Zahl der dem Holzarbeiter-Verbande gemeldeten Aussperrten gestern um 39 vermehrt, so daß der Holzarbeiter-Verband jetzt mit 405 Mitgliedern an der Aussperrung beteiligt ist. Rechnet man dazu noch die ausgesperrten Mitglieder des Fachvereins der Tischler, des Christlich-Sozialistischen Gewerkschafts und etwaige Unorganisierte, so kann man höchstens mit 450 Aussperrten rechnen. Daß es den Tischlermeistern gar nicht besonders ernst mit der Aussperrung ist, zeigt der Umstand, daß sie ungelernete Arbeiter, und von den gelerneten die schwächsten Kräfte, also in jedem Falle leicht entbehrliche Arbeiter entlassen, durch deren Aussperrung der Betrieb keine erhebliche Störung erleidet. Die allgemeine Lage ist dezent, daß die Arbeiter die weitere Entwicklung des Kampfes ruhig abwarten können, ohne vorläufig zu einschneidenden Gegenmaßnahmen zu greifen.

Der Streit der Klavierarbeiter hat keine Aenderung erfahren. Die Unternehmer sehen ihre Vermählungen, Arbeitswillinge heranzuziehen, fort, sie haben damit jedoch so gut wie keinen Erfolg, dank der Wachsamkeit der Streikenden.

Der Streit der Glasarbeiter, Polierer und Beleger dauert jetzt bereits fünf Wochen, die Streikenden aber halten noch immer unverzagt im Kampfe aus und denken nicht daran, ohne annehmbare Zugeständnisse wieder in die Betriebe hineinzugehen. Das bewies gestern vormittag wiederum die stark besuchte Streikerversammlung und die geheime Abstimmung, die dort vorgenommen wurde und ergab, daß die Streikenden es mit großer Mehrheit ablehnen, die Unternehmer wieder zu Unterhandlungen aufzufordern, nachdem diese es vor drei Wochen abgelehnt haben, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen. Die Streikenden sind der Meinung, daß die Herren nun selbst kommen sollen, wenn sie zu verhandeln wünschen.

Zunächst berichtete in der gestrigen Versammlung Weiskopf über die Eindrücke und Ergebnisse seines Besuchs der Glasarbeiter in Jürich und in Leipzig. Er erklärte, daß die Kollegen in beiden Städten mit großer Sympathie und Begeisterung für den Kampf in Berlin erfüllt sind und mit Spannung seinem weiteren Verlauf entgegensehen. Sie sind auch bereit, die Streikenden nach besten Kräften zu unterstützen, und in Leipzig ist beschlossen worden, für diesen Zweck Extrabeiträge von 1 M. bis 3 M. wöchentlich zu zahlen. Ferner verpflichtete man sich in beiden Städten, durch scharfe Kontrolle dafür zu sorgen, daß keine Streikarbeit gemacht wird und daß es auch den Unternehmern nichts nützen soll, wenn sie diese Arbeiten unter Bedeckung verdingen. — Ferner verlas der Redner einen Brief, durch den sich die Firma Opitz darüber beschwert, daß bei ihr, obgleich sie den Tarif anerkannt hat, die Arbeit niedergelegt worden ist. Der Redner bemerkte dazu, daß diese Firma Streikarbeit für eine andere vertragsbrüchige Firma anzufertigen suchte und somit die Arbeitsniederlegung unternehmlich war. Schließlich erwähnte der Redner noch zwei neue Strafmandate, die sich sonderbarerweise ebenso wie alle bisher eingelaufenen auf Vorgänge vor der Fabrik von Königsberger in der Großen Frankfurter Straße 119 beziehen. In beiden ist davon die Rede, daß die Betreffenden „verkehrshindernd“ oder in „verkehrshindernderweise gehandelt“ haben, und in dem einen Strafmandat heißt es weiter: „Sie sind der Aufforderung des Beamten nicht unbedingt nachgekommen, sondern bewegten sich immer nur 5 bis 10 Schritte weiter, so daß Sie stets den Eingang des Hauses Große Frankfurter Straße 119, woselbst in der Glasarbeiter-Fabrik von Königsberger ein Streik ausgebrochen ist, beobachten konnten.“ — Es ist also offenbar, daß dieses Anschauen des Hauses einen wesentlichen Teil der Strafbarkeit ausmachen soll. Wie nun die dorthin gerichteten Blicke der Streikposten verkehrshindernd gewirkt haben, oder wie sonst diese Begründung zu rechtfertigen ist, das wird wohl noch vor Gericht festgestellt werden müssen.

In der Diskussion nahm unter anderen der Verbandsvorsitzende Girbig das Wort und teilte mit, daß er von autoritativer Seite erfahren habe, daß mehrere Unternehmer zu unterhandeln bereit seien, sich aber auf Grund ihres bekannten Herrenstandpunktes nicht entschließen könnten, der Streikleitung die Verhandlungen anzubieten. Der Redner wies ferner auf die persönlichen Opfer hin, die die Streikenden im Laufe des Kampfes gebracht haben, auf die Kosten des Streiks, die zwar die vorhandenen Mittel bei weitem nicht erschöpfen, aber gleichwohl im Verhältnis zur Zahl der Streikenden recht bedeutend sind, und kam zu dem Schluß, daß es durchaus als kein Zeichen der Schwäche angesehen werden könnte, wenn die Streikenden jetzt die Unternehmer wieder einmal darauf aufmerksam machen würden, daß sie noch immer, wenn's gewünscht wird, zu verhandeln bereit seien. Der Redner brachte eine dieser Auffassung entsprechende Resolution in Vorschlag. Die folgenden Redner sprachen sich jedoch sämtlich ganz entschieden dagegen aus, und dann wurde die Resolution in geheimer Abstimmung mit 125 gegen 86 Stimmen abgelehnt. Girbig bemerkte hierauf, das Ergebnis der Abstimmung sei ein Zeichen für die große Stärke der Streikenden und ein Beweis dafür, daß sie nicht kampfsüchtig sind. Der Kampf werde nun mit ungeschwächter Energie weitergeführt werden.

Die Lohnbewegung der Goldschmittmacher. Am Dienstag fand im „Dresdener Garten“ eine gutbesuchte Goldschmittmacher-Versammlung statt, in der der Vertrauensmann Schifft über den Stand der Lohnbewegung berichtete. Er teilte mit, daß die Lohnbewegung bei 26 Firmen als erledigt angesehen ist, da bei diesen die Forderungen teils unbekannt anerkannt worden sind, teils eine den Forderungen entsprechende Einigung erzielt wurde. An den Verbleibenden schloß sich eine sehr lebhafte und lange Debatte, die bis 1/2 Uhr dauerte und ergab, daß ganz entschieden darauf gedrungen werden soll, daß der Tarif auch von den übrigen Firmen anerkannt wird. Es wurde dann beschlossen, daß eine neue Versammlung sich mit weiteren Maßnahmen befassen soll.

Genosse Wiesenthal erucht um Aufnahme folgender Erklärung!

Da ich nicht in der Lage bin, die an mich gerichteten Fragen einzeln zu beantworten, so möchte ich auf diesem Wege erklären: Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich als Körper höchst bisher in keiner Sitzung mit dem von mir in der Streikerversammlung von Westphal u. Reinhold (siehe Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 237) angeregten Gedanken beschäftigt. Carl Wiesenthal.

Deutsches Reich.

Eine Gewerkschaftskonferenz für das ober-schlesische Industriegebiet tagte am letzten Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Rattow. Aus 16 Orten des Bezirkes waren 58 Delegierte als Vertreter von 17 verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen erschienen. Als Vertreter der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften nahm Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt-Berlin, als Vertreter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Gauleiter Schlegel-Dreslau, als Vertreter des deutschen Holzarbeiter-Verbandes Gauleiter Dietrich-Dreslau an den Verhandlungen teil. Das polnische Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ war durch seinen Redakteur Szemski-Polen vertreten. Nach dem vom Vordrucker Kwasiński-Rattowig erstatteten Bericht der Agitationskommission ist seit der vorjährigen noch in Oswiecim (Galizien) tagenden Gewerkschaftskonferenz ein weiterer erfreulicher Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in Industriebezirk zu verzeichnen. Allein im Bereiche des Stettower Gewerkschaftsartells konnten 1254 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gezählt werden. Gewerkschaftsartelle sind außerdem noch in Königshütte, Beuthen und Gleiwitz vorhanden. Besonders starken Aufschwung haben die Organisationen der Bergarbeiter und der Maurer genommen. Mit den Behörden gibt es noch überaus große Schwierigkeiten, doch zeigt sich hier und da eine Besserung, da man die Entwicklung der Arbeiterbewegung auch im Industriegebiet nun doch wohl als etwas Unabänderliches hinhinnehmen muß. Eine Agitation durch Flugblätter hat sich nicht als sehr wirkungsvoll erwiesen, da das „Eindringen“ in die „herrschastlichen“ (den Grubenbaronen gehörenden) Arbeiterwohnungen zu Hausfriedensprozessen führte, außerdem auch vielfach nicht die Arbeiter, sondern ihre von den Pfaffen fanatisierten Frauen die Agitatoren tätlich angriffen, teilweise mit lebensgefährlichen Werkzeugen. Das Hauptgewicht muß auf die Agitation durch Versammlungen gelegt werden. Hier hat das nach langem Kampfe mit den Behörden endlich zur Vernehmung freigelegene Stettower Lokal viel genützt. Auch in Gleiwitz, Königshütte und Zabrze gelang es, gelegentlich einmal eine Versammlung abzuhalten, erforderlich ist aber eine ständige Versammlungsagitation. In dem industriell ganz ungeahnt schnell ausblühenden Rybnik gelang es, ein Versammlungslokal auf fünf Jahre zu pachten. Die erste Versammlung war glänzend besucht, durch den dann einlegenden Druck von Behörden, Bergverwaltungen und Geistlichen wurde eine derartige Beeinflussung der Arbeiter erzielt, daß sich gegenwärtig fast niemand in die Versammlung wagt. Der Vermieter des Saales, der von den Grubenherren materiell abhängig ist, weigert sich, die Miete entgegenzunehmen und hat den Eingang zum Saal verriegelt. Ein Antrag auf Erlaß einer einsei-

weiligen Verfügung auf zwangsweise Öffnung des gemieteten Lokals ist vom Amtsgericht Kohnke abgewiesen worden, da ein Grund für die Regelung auf diesem Wege nicht geltend gemacht sei, obwohl nachgewiesen wurde, daß am 16. Oktober in dem lediglich für Versammlungen gemieteten Räume wieder eine Versammlung stattfinden solle. Die Beschaffung weiterer Versammlungslökalen im Industriebezirk bezeichnet der Bericht als das vorläufige Wichtigste.

Auch der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, glaubt, daß es zunächst notwendig sei, mehr Versammlungslökalen zu errichten. Doch geht ihm der von den organisierten Maurern gestellte Antrag, die Generalkommission solle für die Errichtung von Versammlungslökalen in Beuthen, Gleiwitz, Königshütte und Jährze jährlich weitere 6000 M. aufwenden, über die Grenze des Möglichen weit hinaus. Er könne in der Generalkommission gegenwärtig nur für die Bewilligungen von Mitteln für ein Lokal in einem weiteren wichtigen Ort des Industriebezirks eintreten. Gegen ebenfalls beantragte Anstellung eines besonderen Gewerkschaftssekretärs für den Bezirk der Kosten der Generalkommission wendet sich Schmidt ebenfalls entschieden. Wenn diese Anstellung notwendig sein sollte, müsse sie durch die zunächst beteiligten Gewerkschaftsorganisationen selbst erfolgen. Man dürfe aber auch nicht alles von der Anstellung eines solchen Beamten erhoffen. Die dahingehenden Anträge werden abgelehnt.

Beim Bericht des Arbeiterssekretariats über dessen Tätigkeit im verfloßenen Jahre kam es zu einer lebhaften Debatte über den Antrag der obersten Vertrauensmänner des Bergarbeiter-Verbandes, dahingehend, in der Person des Genossen Georg Haase einen zweiten Arbeiterssekretär anzustellen und die Kosten zur Hälfte der Generalkommission und zur Hälfte dem Bergarbeiter-Verbande aufzuerlegen. Auch hier mußte Schmidt erklären, daß die Generalkommission diese Kosten unter keinen Umständen tragen kann. Es müsse dem Bergarbeiter-Verbande überlassen bleiben, die Kosten für den zweiten Sekretär allein zu tragen. Der Antrag wurde demnach abgelehnt, ebenso der Antrag, das Sekretariat von Kattowitz nach Beuthen oder Königshütte zu verlegen.

Angenommen wurden u. a. Anträge auf gesteigerte Agitation unter den Frauen, Herausgabe eines Flugblattes, das die Lokalfrage und das Verhalten der Behörden z. d. dazu behandelt. Die Generalkommission und die beteiligten Zentralvorstände werden ersucht, für das Industriegebiet bestimmte gewerkschaftliche Drucksachen durchweg auch in polnischer Sprache herzustellen, in den Versammlungen der in Betracht kommenden Berufe auch in polnischer Sprache verhandeln und referieren zu lassen.

Die Agitationskommission wurde per Affirmation in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Die anregend und würdig verlaufenen Verhandlungen fanden erst nach neunstündiger Dauer ein Ende.

Der Holzarbeiterstreik in der Albu-Chrensfelder Waggonfabrik ist zuunqunsten der Arbeiter beendet. Der Streik wurde geführt zur Erringung des Reinstundenlohnes, der gemäß einem mit dem Unternehmer geschlossenen Tarifvertrage seit dem 1. September im ganzen Kölner Tischlergewerbe besteht. Die „Christlichen“ und die Strich-Dunderschen gingen aber hinter dem Rücken des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes mit der Firma Abmachungen ein, wonach die Arbeit unter Bewahrung von ein paar Nebenbedingungen, unter Verzicht auf die Hauptforderung, wieder aufgenommen wurde. Angesichts dieses schmachvollen Verrates blieb dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande nichts anderes übrig, als ebenfalls die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen. Die Abrechnung mit den Streikbrecherorganisationen wird, wie der Holzarbeiter-Verband öffentlich erklärt, mit aller Gründlichkeit vorgenommen werden.

Der Streik der Leipziger Bauhofsloster ist vertagt. Es traten, nachdem die Leipziger Schlosser-Jungung sowie auch die einzelnen Arbeitgeber es abgelehnt hatten, mit dem Vertreter der Organisation zu unterhandeln, 790 Arbeiter in den Ausstand. Die Zahl der Ausständigen stieg im Laufe der ersten Woche auf 750. Von diesen arbeiten jetzt in 45 Betrieben 245 Mann zu den neuen Bedingungen, 150 sind anderwärts in Arbeit getreten, abgereist 100, 61 von den Streikenden selbst sind im Laufe der acht Wochen, die der Streik dauert, abtrünnig geworden, so daß insgesamt noch 194 Streikende verbleiben. Von den gegenwärtig noch im Streik befindlichen werden eine Anzahl in den nächsten Tagen zum Militär eingezogen, so daß sich die Zahl der Ausständigen noch um ein Bedeutendes verringern wird. Es wird also unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein, die Forderungen alle so zu besetzen, wie es im Interesse des Kampfes notwendig ist, um den Zug zu auswärts, der gerade in der letzten Woche ziemlich hart gewesen ist, abzuhalten. Weiter kommt noch in Frage, daß die Saison im Baugewerbe ziemlich weit vorgeschritten ist, so daß an eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes in diesem Jahre nicht mehr zu denken ist. Aus diesen Gründen machte die Streikleitung einer Versammlung der Streikenden den Vorschlag, den Streik zu vertagen, um in nächsten Jahre mit erneuten Kräften an die Verwirklichung der Forderungen zu gehen. In geheimer Abstimmung wurde der Antrag der Streikleitung mit 163 gegen 14 Stimmen angenommen.

Wegen Erpressung stand der Gauleiter des Wärderverbandes, Genosse Gchner, dieser Tage vor Gericht. Die Wärdereisen in Bad Reichenhall fanden diesen Sommer in einer Lohnbewegung, bei deren Abschluß es sich um die Wiedereinstellung einiger mißliebiger Gehilfen handelte. Gchner kündigte den Herren Unternehmern an, wenn die Arbeiter nicht wieder eingestellt würden, werde die Organisation wieder, wie in der Bewegung, Flugblätter über gewisse Wärdereimstände erscheinen lassen. Diese Ankündigung sollte nun einen Erpressungsversuch darstellen und Gchner hatte sich deshalb vor dem Landgericht Traunstein zu verantworten. Er wurde jedoch unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Versammlungen.

Zur Lohnbewegung der Gips- und Zementarbeiter.

Noch vor einigen Tagen waren die besten Aussichten zu einer friedlichen Verständigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern in der Tariffrage vorhanden. Seit gestern hat sich die Situation aber bedenklich zugekehrt. Während die Unternehmer noch bei der vorletzten Verhandlung der Zwischerkommission die bindende Auflage gemacht hatten, daß der Abschluß des neuen Vertrages an der Lohnfrage nicht scheitern werde, wollten sie in der Kommissions-Sitzung am Dienstag die geforderte Lohnzulage von 47½ auf 50 Pfennig pro Stunde für einen großen Teil der Hilfsarbeiter nicht nur nicht bewilligen, sondern den bisherigen Lohnfuß sogar auf 45 Pf. reduzieren. Infolgedessen brachen die Arbeitervertreter die Verhandlungen ab. — Ueber das Gesamtergebnis der bisherigen Verhandlungen erstattete Freitag gestern Abend in einer stark besuchten außerordentlichen Generalsammlung der Sektion eingehend Bericht. Er führte dabei aus, daß der Sektionsvorstand, um auch nur den geringsten Anschein zu vermeiden, als wolle er die Sache auf die Spitze treiben, den Tarifentwurf noch einmal revidiert habe. Demnach empfahle er der Versammlung, für die Hilfsarbeiter der Zementarbeiter an der Lohnforderung von 50 Pf. festzuhalten, dagegen es für die Erd- und Plasterarbeiter an dem Lohnfuß von 47½ Pf. beharren zu lassen. Im Anschluß hieran wurden der Versammlung folgende Vorschläge unterbreitet:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und beauftragt, daß dieselben durch die Haltung der Unternehmer auf dem toten Punkt angekommen sind. Die Versammlung stimmt dem vom Sektionsvorstand revidierten Tarifentwurf zu und beauftragt den Vorstand, diesen Entwurf den Unternehmern, die am Donnerstag, den 13. d. M., Versammlung haben, zu übermitteln in der bestimmten Erwartung, daß die Unternehmer dem Sektionsvorstand bis zum Freitag den 14. d. M., Antwort geben, ob sie dem Entwurf zustimmen oder ihn ablehnen. Falls keine oder eine ablehnende Antwort erfolgt, so

haben die Gips- und Zementarbeiter am Sonnabend, den 15. d. M., sämtlichen Arbeitgebern den nach Ablauf des alten Tarifs ausgearbeiteten Vertragentwurf zur unterchristlichen Anerkennung vorzulegen. Am Montagvormittag, den 17. d. M., wird alsdann eine neue Generalversammlung einberufen über den eventuellen Streik beschließen.

Gegen diese Vorschläge des Sektionsvorstandes erhob sich eine heftige Opposition. Viele Redner befürworteten den sofortigen Eintritt in den Streik. Schließlich aber gelangten die Vorschläge zur Annahme.

Die Einigungsverhandlungen im Fliesenleger-Beruf beschäftigten am Dienstag im Englischen Garten eine gut besuchte öffentliche Fliesenleger-Versammlung. Püttlich erstattete eingehend Bericht über die Tätigkeit der im Frühjahr von den drei Berufsorganisationen gewählten Einigungskommission. Dieselbe hat eine Anzahl Sitzungen abgehalten und dort die verschiedenartigsten Vorschläge zur Verschmelzung der drei Gruppen beraten. So z. B. habe die Fliesenleger-Sektion des Maurer-Verbandes den Uebertritt des Fachvereins und der freien Vereinigung in den Zentralverband der Maurer gefordert; der Fachverein war demgegenüber der Meinung gewesen, daß die Verbands-Sektion nebst der freien Vereinigung sich ihm als dem größten Verein anzuschließen hätten. Schließlich fand ein Vorschlag der freien Vereinigung Annahme, alle drei Organisationen aufzulösen und einen einheitlichen Verband zu gründen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Angliederung dieses neu zu gründenden Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachzugehen. Es hat auch dieserhalb eine Sitzung stattgefunden, die aber damit endete, daß die Generalkommission den Antrag auf Anschließung des neuen Verbandes ablehnte und zwar mit der Motivierung, der neue Fliesenleger-Verband müsse als eine Konkurrenzorganisation gegenüber dem Maurer-Verband angesehen werden. Auch hier wurde den Fliesenlegern der Rat erteilt, sich insgesamt der Sektion des Maurer-Verbandes anzuschließen. Die Einigungskommission hat dann auch diesen Vorschlag nochmals gründlich erwogen, ihn aber schließlich fallen lassen, weil ihr nicht genügend Garantien gegeben erschienen, daß die von den Sektionsvertretern in Aussicht gestellten Uebertritts-Vergünstigungen von dem Hauptvorstande des Maurer-Verbandes auch wirklich gewährt würden. Die Sektionsvertretung hatte den beiden anderen Organisationen nämlich empfohlen, wegen der Genehmigung der von ihr in Aussicht gestellten Vergünstigungen betreffs der Selbstverwaltung, Teilnahme am Vorstand usw. bei dem Hauptvorstande vorstellig zu werden. Diese Zumutung lehnte der Fachverein und die freie Vereinigung jedoch ab im Hinblick auf die Erfahrungen, die sie bei den Verhandlungen mit der Generalkommission gemacht hatten. Daraus zog sich die Vertreter der Verbands-Sektion von den weiteren Einigungsbestrebungen zurück. Die Vertreter der beiden anderen Organisationen aber wurden sich schließl., ihren Mitgliedern die Verschmelzung des Fachvereins und der freien Vereinigung zu empfehlen und arbeiteten zu diesem Zweck ein neues Statut für den neu zu gründenden Verband der Fliesenleger Deutschlands aus; gleichzeitig empfahlen sie, da sie von der Generalkommission abgewiesen worden sind, den Anschluß des Verbandes an die Geschäfts-Kommission der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Dies der summarische Sachverhalt auf Grund des vom Genossen Püttlich erstatteten Berichtes. In der ausgiebigen Diskussion wurde von den Rednern des bisherigen Fachvereins und der freien Vereinigung nicht nur der ablehnende Standpunkt der Generalkommission, sondern auch der Rücktritt der Sektionsvertreter von den weiteren Einigungsverhandlungen einer scharfen aber scharfen Kritik unterzogen. Es müsse, so wurde ausgeführt, den denkbar unangenehmsten Eindruck machen, daß dieselben Sektionsvertreter, die seinerzeit die allseitig sympathisch begrüßte Anregung zur Einigung der gesamten Fliesenleger gaben, jetzt die Stimme ins Korn werfen, nachdem die Einigung nicht nach ihrem speziellen Wunsch und Willen ausgefallen sei. Hier habe es sich zur Evidenz gezeigt, wie es nur aus einer „Scheineinigung“ angekommen sei. Die Mitglieder des Fachvereins und der freien Vereinigung hätten den ehrlichen, ersten Willen zu einer Einigung durch die Tat bekundet; dagegen sei es der Verbands-Sektion lediglich darum zu tun gewesen, unter dem Schein der Einigungsbefürwortung jene beiden Gruppen erst durch Ueberredung, dann durch verkaufte sanfte PreSSION in den Maurer-Verband „hineinzueinigen“. Man habe das Mandat aber durchschaut und könne das von jener Seite betriebene Einigungsspiel nur behauern. — Von den Rednern der Verbands-Sektion wurde jede, den übrigen Gruppen unangenehm erscheinende Nebenabsicht in Abrede gestellt, jedoch betont, daß sie ihre Berufsinteressen erheblich besser als Sektion eines großen Zentralverbandes, denn als kleine Einzelorganisation wahren und vertreten könnten, weshalb ihnen die vorgeschlagene Form der Einigung als nicht empfehlenswert erscheine. — Von einer Einzelberatung des Statut-Entwurfs wurde der vorgerückten Zeit halber Abstand genommen; ebenfalls wurde die definitive Gründung des neuen Verbandes bis zur nächsten öffentlichen Versammlung verschoben. Zur Annahme gelangte alsdann gegen die Stimmen der anwesenden Sektionsmitglieder folgende Resolution:

Die Versammlung stimmt dem von der Einigungskommission vorgelegten Statutenentwurf zu. Sie erkennt die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses durch die Zentralisierung der Berufsorganisation an und hofft, daß auf der nächsten Konferenz der Fliesenleger Deutschlands der Entwurf ebenfalls die Zustimmung der Delegierten finden wird. Die Versammlung beurteilt das Zurücktreten der Delegierten der Fliesenleger-Sektion des Maurer-Verbandes von den Einigungsverhandlungen auf das schärfste, weil durch dies Verhalten die vollständige Einigung der gesamten Kollegen verhindert worden ist. Die Versammlung hofft aber trotzdem, daß sich die Mitglieder der Verbands-Sektion der neu zu gründenden Organisation der Fliesenleger anschließen werden, sobald die Neugründung definitiv erfolgt ist.

Fachverein der Tischler. In der am Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung hielt Hinrichsen einen Vortrag über die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. Er erläuterte das Wahlsystem und besprach die Gegenläge, welche aus Anlaß der Kandidatenaufstellung zwischen dem Gewerkschafts-Kartell und der Gewerkschaftskommission entstanden sind. Unter anderem führte der Redner aus: Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission habe an die Redaktion des „Vorwärts“ das Verlangen gestellt, den dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften die Spalten des „Vorwärts“ zu sperren und nur die Zentralverbände als allein berechtigt anzuerkennen. Als die Redaktion das ablehnte, habe der Gewerkschafts-Ausschluß verlangt, daß der „Vorwärts“ von seiner Seite etwas über die Gewerkschaftswahlen bringe. Die hierauf befragte Preßkommission habe in Uebereinstimmung mit dem Kartellvorstand entschieden, daß der „Vorwärts“ das Verlangen des Gewerkschafts-Ausschusses nicht erfüllen könne, daß jedoch Votum von seiner Seite im „Vorwärts“ geführt werden, und über die Versammlungen, die sich mit den Wahlen beschäftigten streng lautiße Berichte gebracht werden sollen. Schließlich habe das Gewerkschafts-Kartell dem „Vorwärts“ ein auf die Wahl bezügliches Flugblatt heilegen wollen. Die Expedition habe sich dazu bereit erklärt, als ihr aber der Text des Flugblattes vorlag, habe sie die Beilegung abgelehnt und auch dann noch auf der Ablehnung bestanden, als man den Text des Flugblattes geändert hatte. In dem Flugblatt habe nichts gestanden, was nicht der Wahrheit entspreche. — Für das Verhalten der Gewerkschaftskommission gebe es keine sachlichen Gründe, sie vertrete einfach das Recht des Stärkeren. — Der Referent empfahl die auch von den übrigen dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften angenommene Resolution, die auch einstimmig angenommen wurde.

Hierauf referierte Härtler über die Aussperrung der Tischler. Nachdem er die Ursachen derselben dargestellt hatte, besprach er die Taktik, welche der Holzarbeiter-

Verband in diesem Konflikt einschlägt. Der Redner hält es für eine verfehlte Taktik, daß der Holzarbeiter-Verband seine Mitglieder anweist, in Werkstätten, wo ausgesperrt wird, nicht freiwillig die Arbeit niederzulegen. Der Redner ist der Ansicht, daß jede Aussperrung mit dem Streik in der betreffenden Werkstatt beantwortet und die Arbeit nicht eher aufgenommen werden müßte, ehe nicht die Aussperrten wieder eingestellt sind. Bei Pfaff sowie bei Hilsenbeck u. Kroll seien die Arbeiter willens gewesen zu streiken, als einige ihrer Kollegen ausgesperrt wurden, und nur widerstrebend wären die Arbeiter der Meinung der Ortsverwaltung gefolgt und in der Werkstatt geblieben. Das Verlangen der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes habe selbst unter den Verbandsmitgliedern großen Unwillen hervorgerufen. Der Redner verlas eine Mitteilung in der Dienstadt-Rummer der „Vollz-Zeitung“. Darin heißt es, der Verbandsvorsitzende Klotz habe eine Unterredung mit dem Obermeister Kahardt gehabt. Voraussetzungen werde der Konflikt beigelegt und eine Einigung auf der Grundlage der im Kummelschen Betriebe bestehenden Vereinbarung abgeschlossen werden. Diese Vereinbarung besagt, daß neue Arbeiten, wenn über den Allortpreis keine Einigung erzielt werden kann, in Lohn ausgedrückt werden sollen. Dieser Kasus sei, wie der Redner weiter ausführte, ganz wertlos, denn er wisse, daß im Kummelschen Betriebe für neue Muster bestimmte Arbeiter herausgeholt werden, und wer nach Meinung der Betriebsleitung an solchen Arbeiten zu lange zu tun hat, der werde einfach entlassen. Die Arbeiter hätten also gar kein Interesse daran, daß dieser Modus allgemein eingeführt werde. — Ferner teilte der Redner mit, daß von den Mitgliedern des Fachvereins bis jetzt 15 ausgesperrt sind, aber nicht 30, wie die „Vollz-Zeitung“ wahrheitswidrig berichtet habe.

In der Diskussion wurde fast ausschließlich die Taktik des Holzarbeiter-Verbandes abfällig beurteilt. Auch die vom Verbande angegebene Zahlen über den Umfang der Aussperrung wurden als zu gering bezeichnet. Bei Pfaff allein seien 50-60 Arbeiter ausgesperrt. Wenn auch die Aussperrung jetzt noch nicht sehr umfangreich sei, so werde sie schon nach eine größere Ausdehnung annehmen. Man dürfe nicht warten, bis etwa zu Weihnachten der größte Teil der Kollegen auf der Strafe liege. Gegen das Vorgehen der Unternehmer müsse eine energische Abwehr, für die auch die Verbandsmitglieder zu gewinnen seien, ins Werk gesetzt werden. Zu diesem Zwecke soll, wie beschlossen wurde, am Montag eine Versammlung des Fachvereins einberufen werden, zu der sämtliche Tischler Berlins eingeladen werden sollen.

Zu der am 30. Oktober stattfindenden Konferenz der freien Vereinigung der Tischler Deutschlands wurde Kunisch als Delegierter gewählt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Detmold, 12. Oktober. (W. Z. V.) Auf das Begrüßungs-telegramm, das von der Volksversammlung in Lippe am Sonntag an den Graf-Regenten Leopold gerichtet worden ist, hat dieser mit folgender Depesche geantwortet: Tief bewegt durch den mit von so vielen treuen Völkern begeistert zugerufenen Gruß danke ich aus vollem Herzen. Das Bewußtsein, auf die Treue und Unterstützung des Lippeischen Volkes rechnen zu können, wenn es gilt, unsern geliebten lippeischen Lande seinen Weg zu bahnen, auf dem es in geordnetem und friedlichen Verhältnissen zur endlichen, langersehnten Ruhe gelangen wird, erleichtert mir meine verantwortungsvolle und schwere Aufgabe. Leopold.

Detmold, 12. Oktober. (W. Z. V.) Die Kommission des Landtages hat heute nachmittags getagt, ohne daß das Rezultat bekannt geworden ist. Die Plenarsitzung des Landtages zur Verabschiedung der Regierungsvorlage, die Regenshaft des Grafen Leopold betreffend, findet morgen vormittag um 10 Uhr statt.

Uden, 12. Oktober. (W. Z. V.) Der in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober herrschende heftige Sturm überraschte die auf den Fischgründen in der Nähe der Doggerbank befindliche Flotte der deutschen und holländischen Heringsschiffe, soweit sie sich auf der Station befand, vollständig. Alle Logger hatten ihre Kessels in See schießen und teils diese erst abends spät ausgelegt. Fast die ganze Flotte ist verloren gegangen. Ein großer Teil der Netze war morgens verschwunden, der Rest befand sich in unbrauchbarem Zustand. Infolgedessen waren fast alle vom Sturm betroffenen Logger gezwungen, die Fischerei zu unterbrechen und nach Hause zu segeln. Von der hiesigen Flotte wurden 31 Logger, von der holländischen mehr als 200 Logger mit schwerem Netzerlust zur Heimkehr gezwungen. Der Schaden ist sehr groß und um so empfindlicher, als die Fischerei in der betreffenden Nacht sehr ergiebig gewesen war, so daß mit den Netzen eine große kostbare Beute in die Reerestiefe verfunken ist. Leider hat die hiesige Flotte den Verlust eines Menschenlebens zu beklagen.

Russische Piraten im Meerbusen von Sidcaba.

Glasgow, 12. Oktober. (W. Z. V.) Der hiesige Dampfer „Carisbrod“ wurde auf der Fahrt von Cardiff nach Algier im Meerbusen von Sidcaba durch den russischen Hilfskreuzer „Teret“ angehalten. Nachdem der „Teret“ einen Schuß abgegeben hatte, begab sich ein russischer Offizier an Bord der „Carisbrod“ und untersuchte die Papiere. Nach anderthalbstündigem Aufenthalt dürfte der Dampfer weiterfahren, zuvor hatte jedoch der Kapitän eine Erklärung unterzeichnen müssen, welche besagte, daß er seine Ladung in Algier lösen werde.

Vom skandinavischen Kriegsschauplatz.

London, 12. Oktober. (W. Z. V.) Nach amtlicher japanischer Mitteilung hat das japanische Wachtschiff „Schrutala“ am 1. d. M. den Dampfer „Rupin“ beschlagnahmt, der verachtete, eine bedeutende Menge Kriegsgüter an Bord nach Port Arthur einzuschmuggeln.

Tokio, 12. Oktober. (W. Z. V.) (W. Z. V.) (W. Z. V.) Wie nunmehr richtiggestellt wird, beträgt die Zahl der auf dem Küstenpanzer „Heijen“ umgekommenen 197.

Kewal, 12. Oktober. (W. Z. V.) Das baltische Geschwader ist heute nach Liban in See gegangen.

Tokio, 12. Oktober. (W. Z. V.) Ein Bericht des Marschalls Oyama besagt: Die unserm rechten Flügel gegenüberstehenden feindlichen Streitkräfte zeigen seit dem 9. Oktober lebhaftere Tätigkeit. Eine feindliche Abteilung, die aus einer Infanteriebrigade und 2000 Mann Kavallerie mit 2 Geschützen bestand, überschritt am 9. Oktober den Taiicho an einem 40 Meilen östlich von Liaujang gelegenen Punkte und schritt unsere Verbindung zwischen Hsichojen und Penschu ab, diese Verbindung wurde jedoch später wieder hergestellt, und unsere Abteilung in Penschu behauptete nach 12stündigem Kampfe gegen die überlegenen Streitkräfte des Feindes all ihre Stellungen. Mehrere feindliche Brigaden beobachteten das rechte Ufer des Taiicho. Die feindlichen Truppen, die am 9. Oktober unserer Mittelstellung gegenüber standen, bestanden aus einer Division, die nahe der Bahn auf halbem Wege zwischen Liaujang und Mukden Stellung genommen hatte; einige Abteilungen derselben begannen am Nachmittag eine Bewegung nach Süden zu. Der unserm linken Flügel gegenüber stehende Feind zeigt geringere Tätigkeit. Kämpfe sind an der ganzen Front im Gange.

Tokio, 12. Oktober. (W. Z. V.) (W. Z. V.) (W. Z. V.) Wie nunmehr richtiggestellt wird, beträgt die Zahl der auf dem Küstenpanzer „Heijen“ umgekommenen 197.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbilatt

Der Prozeß Murri-Bonmartini.

Rom, den 10. Oktober.

Am 11. Oktober wird vor dem Geschworenengericht von Turin ein Sensationsprozeß beginnen, der durch die soziale Stellung der Angeklagten sowie durch die romanhafte Ungeheuerlichkeit in der Vorbereitung der Tat und die ganze stiftliche Atmosphäre, die sie umgibt, weit über Italiens Grenze hinaus Interesse erregt.

Der vom Gericht an Ort und Stelle ausgenommene Tatbestand unterscheidet das Verbrechen nicht von den zahlreichen Großstadtsverbrechen, die sich an das Treiben der Prostitution und des Zuhälterturns anreihen. Graf Bonmartini, ein reicher Mann, Mitte der Dreißiger, seinem Rufe nach ein Lebemann, wird am 2. September 1902 in seiner Wohnung in Bologna ermordet aufgefunden. Die Auffindung erfolgt mehrere Tage nach der Tat, da Gattin und Kinder des Toten auf dem Lande sind und sich die am 28. August begonnenen Nachforschungen der Familie überallhin gerichtet haben, nur nicht in die Wohnung in Bologna. Die Leiche ist beraubt, die Wohnung selbst geplündert. Bei dem Toten findet man ein Briefchen, das ihm ein Stellbilden für den 28. August gibt; unter dem verwässelten Bett eine rosa Damenhose. Es schien also plausibel, daß der Graf einer Dirne in die Falle gegangen und von deren Zuhälter ermordet worden war.

Dem Untersuchungsrichter schien es nun aber, als hätte man diese Annahme allzu plausibel gemacht. Man suchte in anderer Richtung, als der Schwiegervater des Ermordeten, Professor Augusto Murri, den Staatsanwalt zu sich bat, um ihm die erschütternde Entschlüsselung zu machen, daß sein eigener Sohn, Tullio Murri, der Täter sei. Er wäre mit dem Grafen, seinem Schwager, in ein Wortgefecht geraten, Bonmartini hätte dabei die Familie Murri beschimpft und wäre Tullios Tätigkeiten mit einem Messer entgegengetreten. Darauf hätte ihm der junge Murri das Messer entwendet und ihn in der Wut des Ringens zu Tode getroffen. Nachher, um seine Tat zu maskieren, hätte er das Messer zerstückelt. Professor Murri ist einer der ersten Minister Italiens und genießt in seinem Fach einen großen Ruf; seine Enthüllungen machten daher einen kolossalen Eindruck, besonders in Bologna, wo die Familie hohe Achtung und großen Anhang genoss.

Trotzdem fand die Version des Totenstreiches oder gar der Notwehr keinen Glauben. Die Leiche trug Wunden, die nur bei einem Angriff im Rücken entstanden sein konnten. Das Opfer war entweder unvermutet überfallen oder von einem Dritten gehalten worden. Auch waren Murri und Bonmartini einander an Körperkraft etwa gleich und wenn Bonmartini der Bewaffnete gewesen wäre, so hätte er sicher nicht solch jämmerliches Ende genommen.

Der Untersuchungsrichter schloß also auf eine mit Ueberlegung und Vorbereitung ausgeführte Tat, deren Veranlassung in der unglücklichen Ehe des Grafen mit Linda Murri zu suchen wäre und ließ diese und andere Personen aus Tullios Umgebung verhaften. Daraufhin stellte sich Tullio, der im Ausland flüchtig war, den Gerichten, hielt aber weiter seine Darstellung aufrecht, obwohl sie durch die Aussagen der Mitverhafteten bereits jeder Glaubwürdigkeit entbehrte.

Diese Aussagen stellten fest, daß Tullio seinen Schwager in seiner Wohnung erwartet hatte, und zwar nicht allein, sondern in Gesellschaft eines befreundeten Arztes, Pio Raldi, eines verkommenen Spielers, dem er für die Weisheit eines Geldsumme, wie es scheint 3000 Lire gegeben hatte. Um in die Wohnung zu bringen, hatte Tullio von seiner in Venedig weilenden Schwester, eben der Gräfin Bonmartini, den Schlüssel kommen lassen. Ueberbringerin des Schlüssels war eine gewisse Rosina Bonetti, die Geliebte Murris, die beide Männer in die Wohnung geleitete und dort einschloß. Das Geld, um Raldi zu kaufen, hatte ein Professor Secchi, der Liebhaber der Gräfin Bonmartini, gegeben. Raldi, die Gräfin, die Bonetti und zuletzt Secchi wurden verhaftet.

Das also war die hochgeachtete Familie Murri. Je mehr die Schleier abfielen, um so boddellmäßiger gestaltete sich diese Hochachtung. Da ist zunächst Linda Bonmartini, die Heldin des Dramas. Sie liebt als junges Mädchen den Prof. Secchi und soll auch schon damals die letzten Konsequenzen dieser Liebe gezogen haben. Die Eltern widersetzten sich der Ehe, verheiratete sie im Jahre 1892 an den sozialkonservativen, liberalen Grafen — sie, die Freidenker, die ihre Kinder ganz als Freidenker erziehen haben — und als dann die Ehe schlecht ausschlug, lassen sie als Liebhaber gelten, wer ihnen als Gatte zu gering war. Im Jahre 1898 nimmt Linda ihr Verhältnis zu Secchi wieder auf. Es handelt sich um eine große und gewaltige Leidenschaft, die Abel und Rechtfertigung in sich selbst hätte, wenn sie nicht von einer feigen Verlogenheit und psychopathischen Sinnlichkeit umgeben wäre, die einfach elendhaft sind. Vor ihrem Mann, vor ihren Bekannten, vor der ganzen Stadt ist Linda die Heilige, das Opferlamm, die keusche Dürnde und dabei tauscht sie mit Secchi Briefe aus, die eine geschlechtliche Ueberhebung aus Verwerflichkeit zeigen, wie sie überhaupt nur in der Empfindungsphäre eines Kranken liegen und nur von ganz schamlosen Naturen zu Papier gebracht werden können.

Neben ihr, als zweiter Sprößling der Hochachtbaren, steht Tullio Murri: ein Egoist aus Grundlag, der den sinnlichen Genuß als Lebenszweck, alles andere als Trug und Fessel ansieht. Er war zeitweilig Parteigenosse, als solcher sogar Parteilandidat bei den Stadtverordnetenwahlen, aber es war ihm hier so wenig ernst wie in allem anderen. Nur in seiner Liebe zur Schwester hat er eine menschlich sympathische Seite — dem geistig sehr hochstehenden Vater ist er wegen seiner Platten und zynischen Lebensauffassung entfremdet. In seinen Briefen und Gesprächen mit der Schwester ist die pornographische Note vorherrschend; es herrscht ein Ton zwischen beiden, der den Verdacht eines blutschänderischen Verhältnisses aufkommen läßt.

Secchi, der Liebhaber der Schwester, gehört nicht recht in die Umgebung, es sei denn wegen seiner Tendenz zur Schweinegelei. Sonst ist er der Vorsichtige, der nicht den Mut zum Guten und nicht zum Bösen hat, der die Tat nicht will, aber das Gift beforzt, der den Mord nicht will, aber den Mörder bezahlt, ein Feigling, der, um sich herauszureihen, die Geliebte und ihre Familie in seinen Aussagen preisgibt, rücksichtslos, schamlos, nur auf seine Sicherheit bedacht.

Sein Gegenstück ist die Näherin Rosina Bonetti. Sie betet Murri an und folgt ihm blind. Sie hat keinen Gedanken für sich selbst und sorgt nur für den geliebten Mann. Es liegt ein derartiges Ausblenden ihrer Persönlichkeit vor, daß ihre Verteidiger auf Willenslosigkeit plaidieren werden und dafür ein ärztliches Gutachten beibringen.

Was Raldi betrifft, so ist er ein Schiffbesitzer des Lebens, ein verlampeter Arzt ohne Praxis, der um Geld zum Verbrecher wird. Die Vorbereitung der Tat giebt Raldi zu, seine Teilnahme leugnet er. Im letzten Moment hätte ihm der Mut gefehlt. Er fährt auch ein Stück an. Bonmartini ist am 28. August (1902) abends mit dem Juge, der um 5⁰⁰ einreisen soll, in Bologna angefangen. Der Juge hatte einige Minuten Verspätung. Raldi ist an demselben Abend mit dem 6⁰⁰ Juge nach Florenz abgereist. Das Gericht wird entscheiden müssen, ob die materielle Möglichkeit bestand, den etwa um 6⁰⁰ in seiner Wohnung einbrechenden Grafen zu ermorden und den Florentiner Juge zu erreichen.

Für die Kinder des Ermordeten wurde von ihrem Vormund Pflanzung erhoben.

Im ganzen sind 21 Rechtsanwälte bei den Verhandlungen beteiligt, 17 ärztliche Sachverständige und 308 Zeugen. Der Prozeß dürfte bis zum nächsten Frühjahr dauern.

Rom, 13. Oktober. (Privatbesprech.) Enrico Ferri hat in dem Prozeß Bonmartini die Verteidigung Tullio Murris übernommen.

Partei-Nachrichten.

Im Anschluß an Vorkommnisse auf dem Parteitage und in Leipzig werden wiederum zum Teil heftige Auseinandersetzungen unter einigen Parteimitgliedern geführt. Da diese Auseinandersetzungen bisher vorwiegend persönlichen Charakter haben, so hat der „Vorwärts“, im Einverständnis mit dem Parteivorstand, davon Abstand genommen, zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen.

Wir werden auch ferner in gleicher Weise verfahren, so lange nicht die Partei-Interessen uns zu einer anderen Haltung nötigen.

Eine Tatarennachricht hat ein Zeilenreißer aus Eisenberg in Sachsen-Altenburg in die Welt gesetzt. Danach sollten unsere Vertreter im dortigen Stadtverordneten-Kollegium Mittel für den Abbruch des Bismard-Denkmal bewilligt und Vorschläge für die Ausföhrung gemacht haben. In Wirklichkeit haben sie nichts weiter getan, als für die vom Stadtverordneten-Kollegium gewünschte Art der Ausföhrung einer Einverständigung für das Denkmal zu stimmen. Die Mittel dazu fließen aus einer einzig zu diesem Zwecke bestimmten Stiftung.

Aus der schweizerischen Sozialdemokratie.

Das Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hielt am Sonntag in Zürich eine Sitzung ab, in der zunächst der Entwurf des Parteiprogramms behandelt wurde. Genosse Lang, der eigentliche Verfasser des Entwurfs, hielt darüber ein erläuterndes Referat. In der anschließenden Diskussion wurde ihm der lebhafteste Dank für seine ausgezeichnete Arbeit ausgesprochen. Von mehreren Seiten wurden in der Partei über die Agrarfrage Widersprüche entdekt; es soll daher die Programmkommission eine bessere Form für diesen Teil des Entwurfs suchen. Ebenso soll das Verbot der Verwendung von Truppen bei Streiks in das Programm Aufnahme finden. Der erste Entwurf enthielt dieses Verbot, für seine Aufnahme erklärten sich auch die letzten beiden Parteitage und wenn es nicht in den Programmentwurf aufgenommen würde, so würde der nächste Parteitag die Aufnahme zweifellos beschließen. Indem sich dafür nun aber bereits das Parteikomitee erklärt, hat es sowohl den „Grätlianer“ als den Genossen Regierungsrat Wullschlegler in Basel, die für die Zulässigkeit von Militäraufgeboten bei Streiks schwärmen, desabonniert, was sie umomehr verdient haben, als sie sich mit wunderbarer Leichtgläubigkeit über die bezüglichen Beschlüsse der Parteitage hinwegsetzten.

Das Parteikomitee behandelte ferner die feineren in diesem Platte besprochenen Militärreorganisation, die, wie der Referent Genosse Albrecht-Biel konstatierte, eine ausgesprochen anti-demokratische Tendenz hat und in keiner Weise den sozialdemokratischen Forderungen entspricht. Von deren Erfüllung hängt es jedoch ab, ob die sozialdemokratische Partei dem neuen Militärgesetz zustimmt oder ob sie es verwirft. In der Diskussion hierüber wurde von allen Rednern betont, daß jede Militärorganisation, die nicht das strikte Verbot der Militäraufgebote bei Streiks enthält, für unsere Partei unannehmbar ist. Für diesen Standpunkt traten mit aller Entschiedenheit auch die Genossen vom Lande ein. Dabei wurde auch die schwächliche Haltung und Unentschlossenheit der Geschäftsleitung in Sachen der jüngsten Protestbewegung, die sie ungenügsamerweise ablehnte, getadelt. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die sozialdemokratische Partei lehnt jedes Gesetz über die Militärorganisation ab, in welchem nicht das Verbot von Truppenaufgeboten aus Anlaß einer Streikbewegung ausgesprochen ist.

Der vorliegende Entwurf des schweizerischen Militärdepartements ist ihr unter anderem aber auch aus folgenden Gründen unannehmbar:

1. weil er zu der von uns angestrebten Demokratisierung des Heerwesens nichts beiträgt, vielmehr eine Stärkung des Militarismus anstrebt;
 2. weil er eine Ausdehnung der Dienstpflicht verlangt;
 3. weil er den militärischen Vorkursus obligatorisch, erklären will;
 4. weil er dem Bundesrat das Recht gibt, nach seinem Gutdünken über den Kriegsbetrieb der Eisenbahnen zu verfügen und auf diese Weise das Streikrecht der Eisenbahner illusorisch zu machen.
- Von Genf wurde Unterstützung für einen Fall verlangt, in dem militärische Dienstverweigerung aus persönlichen Gründen, also nicht in Zusammenhang mit einem Streik, erfolgte. Das Parteikomitee qualifizierte diese Art Dienstverweigerung als eine anarchistische und lehnte die Unterstützung ab. Dabei wurde auch ausgesprochen, daß die Partei verpflichtet ist, in Fällen berechtigter militärischer Dienstverweigerung die Opfer der Militärjustiz nach Möglichkeit zu unterstützen. Auch darin ist man einig, daß Arbeiter, welche zum Militärdienst einrücken, die Pflicht haben, Befehlen, gegen Streikende mit Gewalt vorzugehen, den Gehorsam zu verweigern.

Das Parteisekretariat, das seit dem Rücktritt des Genossen Wullschlegler verwaist ist, soll nicht wieder besetzt, dagegen den kantonalen und lokalen Arbeitersekretariaten Unterstützung gewährt werden.

In Rückst auf die anfangs November imanton Genf stattfindenden Großratswahlen wurde der Parteitag auf den 20. November verschoben.

Aus Industrie und Handel.

Die günstige Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes im September wird auch durch die Absatzfiguren des Kohlenfabrikats bestätigt. Im September betrug die vertragsmäßige Anteilziffer laut „Köln. Ztg.“ 6 928 083 Tonnen, der Absatz 4 997 475 Tonnen, demnach ist der Absatz um 1 690 558 Tonnen oder 25,77 Proz. hinter der Beteiligung zurückgeblieben. Im August war der Absatz um 28,52 Proz. hinter der Beteiligung zurückgeblieben.

Selbstmord eines Wiener Großspekulanten. In der Wiener finanziellen und kaufmännischen Welt erregt ein Selbstmord, der gestern begangen wurde, ungeheures Aufsehen. In seiner Wohnung im Postkastenviertel Wiens hat sich der Großindustrielle Viktor Taussig erschossen. Der Selbstmörder war Gesellschafter der Antunfabriken S. Taussig, deren Zentrale sich in Wien befand. Die Firma ist eine der bedeutendsten in der Textilbranche und wurde von S. Taussig vor mehreren Jahrzehnten begründet. Nach dem Tode S. Taussigs, der ein nach Millionen zählendes Vermögen hinterließ, übernahmen seine drei Söhne die Firma. Der älteste von ihnen, Viktor Taussig, ließ sich in gewagte Börsenoperationen ein, die anfangs glücken, später aber so unglücklich verlaufen, daß er zunächst sein bedeutendes Vermögen einbüßte und dann mit dem Geld der Firma zu operieren begann. Bereits im Vorjahre waren seine Börsenverluste so groß, daß er nur mit Schwierigkeiten ein Arrangement treffen konnte, und dadurch den Kredit der Firma aufs Spiel setzte. Der Bankrott wurde ihm bereits damals reduziert und auch der Warenkredit entzogen. In der letzten Zeit hatte Viktor Taussig wieder Glück an der Börse, und während die eine Verlusten dahin geht, Taussig hätte in den längsten Tagen im Börsenspiel zwei Millionen Kronen verloren, heißt es andererseits, sein Bruder Otto, ein zweiter Teilhaber der Firma, habe ihn mitgeriffen. Wie sich nämlich heute herausstellt, ist Otto Taussig nach Verübung von unerbittlichen Manipulationen mit einer Million Kronen gefährdet. Da dies den Zusammenbruch der Firma bedeuete, soll Viktor Taussig zum Revolver gegriffen haben. Tatsache ist, daß die Firma fast drei Millionen Kronen Passiva hat. In Mitteleidenschaft gezogen sind, soweit im Laufe des Vormittags festgestellt werden konnte, der Wiener Bankverein, einige kleinere Banken und Kauf-

leute der Garnbranche. In gesellschaftlichen Kreisen erregt der Selbstmord Viktor Taussigs und die Flucht seines Bruders deshalb bedeutendes Aufsehen, weil die Brüder in der industriellen Welt eine bedeutende Rolle spielten und durch verwandtschaftliche Beziehungen zu hohen Finanziers die besten Verbindungen besaßen. Wohin Otto Taussig geflüchtet ist, ist bisher nicht festgestellt worden.

Frankreichs Getreide-Ernte. Das französische Landwirtschafts-Ministerium veröffentlicht im „Journal Officiel“ die amtliche Schätzung der Weizen- und Roggen-Ernte Frankreichs im laufenden Jahr. Nach dieser Schätzung bleibt der diesjährige Weizenantrag weit unter dem Durchschnittsertrag der letzten zehn Jahre zurück. Seit 1894 hat mit Ausnahme des Erntejahres 1897/98, das eine Mähernte hatte, kein Jahr Frankreich eine so geringe Weizenmenge geliefert, wie das laufende. Bei einer bestellten Fläche von 8 587 895 Hektar wird die diesjährige Weizenerte auf insgesamt 104 523 453 Hektoliter oder 80 975 095 Doppelzentner geschätzt. Der Ertrag eines Hektars stellt sich demnach auf 15,98 Hektoliter. Im Jahre 1903 betrug nach der definitiven Schätzung der Gesamtertrag an Weizen 128 385 530 Hektoliter oder 98 784 618 Doppelzentner bei einer Anbaufläche von 6 478 728 Hektar. Die Durchschnittsernte der Jahre 1895 bis 1904 berechnet sich auf 115 584 993 Hektoliter.

Interessant ist es, zu verfolgen, was Frankreich im letzten Jahrzehnt an Weizen verbraucht, und was es davon selbst erzeugt hat:

Erntejahr	Inländische Weizenproduktion	Nettoeinfuhr an Weizen	Verbrauch an Weizen
1894/95	122 480 207	7 288 829	129 769 036
1895/96	119 967 745	8 808 011	128 775 756
1896/97	119 742 416	1 409 924	121 152 340
1897/98	86 900 088	29 813 708	116 713 796
1898/99	123 096 149	8 619 301	131 715 450
1899/1900	128 418 920	932 420	129 351 340
1900/01	114 710 880	2 143 704	116 854 584
1901/02	109 573 810	2 705 462	112 279 272
1902/03	115 590 892	5 856 537	121 447 429
1903/04	128 385 530	4 217 341	132 602 871
Jehnjähriger Durchschnitt	117 879 548	6 174 504	123 554 047

Frankreich deckt also einen weit größeren Teil seines Brotgetreide-Bedarfs selbst (Roggen wird zum Brotbacken nicht gebraucht), als Deutschland. Und von der Weizeneinfuhr kommen durchschnittlich über vier Fünftel aus den französischen Kolonien, die für ihr in Frankreich eingeführtes Getreide keinen Zoll entrichten, so daß trotz eines Weizenzolls von 7 Frank (5,60 Mark) die Weizenpreise sich während der letzten Jahre auf einem niedrigeren Niveau gehalten haben, als in den südwestlichen Teilen Deutschlands.

Die Roggenerte gibt das französische Ministerium auf 18 798 085 Hektoliter oder 13 573 132 Doppelzentner und den Umfang der Roggenfelder auf 1 297 800 Hektar an. Im Jahre 1903 war die bestellte Fläche 1 297 227 Hektar groß und lieferte einen Ertrag von 20 421 790 Hektoliter oder 14 765 163 Doppelzentner. In den letzten zehn Jahren wurden durchschnittlich 21 089 661 Hektoliter Roggen geerntet. Der Ertrag von Mengform (Weizen und Roggen) stellt sich nach der amtlichen Schätzung auf 2 531 135 Hektoliter gegen 2 768 035 Hektoliter im Jahre 1903 (1 867 749 Doppelzentner gegen 2 088 424 Doppelzentner). Die Saattiefe wird für dieses Jahr auf 158 997 Hektar angegeben, während sie im vorhergehenden Jahre auf 160 688 Hektar festgestellt wurde.

Die Aussichten des amerikanischen Baumwollmarktes haben sich wesentlich gebessert, da nach allen Berichten aus den Baumwoll-districten die Ernte sich höher stellen dürfte, als man bisher berechnet. Der Bericht des Washingtoner Vorkaufsbureaus schätzt den Erntestand auf 75,80 Proz. gegen 65,10 Proz. in 1903 (und Durchschnitt von 64,80 Proz. der letzten zehn Jahre) geschätzt; die angebaute Fläche wird auf 31 790 000 Acres gegen 28 907 000 in 1903 angegeben; da für letztes Jahr die Ernte mit 10 123 000 B. beziffert wurde, so würde sich auf Basis obiger Zahlen diesmal ein Ergebnis von 12¹/₂ Millionen herausrechnen. Infolgedessen sind in den letzten Tagen die Preise für Rohbaumwolle gesunken und werden voraussichtlich noch weiter fallen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, abends 8¹/₂ Uhr feiert der Wahlbereich in den Gesamträumen der Kriemhellen sein diesjähriges Herbstfest. Da die Veranstaltungen einen genussreichen Abend versprechen, so ist zahlreicher Besuch erwünscht. Billets sind bei allen bekannten Genossen noch zu haben.

Zweiter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag ein Herbstfest in Tempelhoof („Tivolli“) Berlinerstraße 50 stattfindet. Zahlreichen Besuch erwartet.

Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt). Am Sonntag, abends 5 Uhr, findet in den Verckna-Sälen, Schönhauser Allee 28, die erste diesjährige Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen E. Dittmer: „Der Darwinismus und die Arbeiterkraft“. 2. Diskussion. — Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Friedrichshagen. Sonnabend, abends 9 Uhr, hält der Arbeiter-Verein bei Wagnitz, Friedrichstr. 114, seine Versammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Genossen Sonnenburg vom Parteitage, Wahlen sowie Ausstellung eines Kandidaten zur Gemeindevorstellung.

Alt-Ostende. Sonntag, nachmittags 3¹/₂ Uhr, hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Bericht und Wahl des Vorstandes.

Berlin-Waldmannslust. Sonntag, nachmittags 4 Uhr, erstattet Genosse Freiwaldt im „Schweizerhaus“, Dianastraße, Bericht vom Parteitage. Donnerstag ist bei Schmidt, Chausseestraße, Disputierabend.

Lokales.

Mit dem städtischen Schulkonflikt hat der Magistrat sich gestern beschäftigt. Das „Berliner Tageblatt“ erhält von seinem Magistrats-Berichterstatter eine Mitteilung über die Verhandlungen, der wir entnehmen, daß die Abwendung einer Weisurde an die Regierung beschlossen wurde; der Teufel soll also bei seiner Grobmutter verlagert werden. Oberbürgermeister Rischner bestreitet keineswegs das Ausschlußrecht des Ministeriums, dagegen hält er es für ausgeschlossen, daß sich diese Behörde das Recht vindiziert, generell vorher die Genehmigung zur Abgabe von städtischen Schulräumen für die Zeit, in der sie nicht durch den Unterricht in Anspruch genommen sind, zu erteilen. Die Tatsache der Vindizierung dieses Rechtes steht belanulich aber beizend klar vor uns. Zudem ist, wie weiter gemeldet wird, bisher noch nie ein Fall zu verzeichnen gewesen, in dem Ministerium und Provinzial-Schulkollegium lediglich im Interesse der Schule derartige Verfügungen erlassen hätten, die jetzt den Gegenstand des Konflikts bilden. Immer sind allgemein politische Gründe ins Treffen geführt worden, die mit dem Unterrichtsrecht an sich absolut nichts zu tun haben. Die Ueberbesserung dieser diktorischen Verordnung sollen kann im Provinzial-Schul-

Kollegium zu finden sein; die Geheimräte im Ministerium, deren Verständnis für kommunale Verwaltungsinteressen in ungeschultem Verhältnis steht zu ihren Bestrebungen, reaktionäre Gelüste zu fördern, haben das ganze Unheil angerichtet. Daß die städtischen Körperschaften gewillt sind, ihre Rechte nicht schmälern zu lassen, erhellt auch aus folgendem: Der Magistrat soll sich mit der Absicht tragen, die Berliner Raktoren von der Aufsicht über die Schulräume während der Schulferien Zeit zu entbinden und dafür Bürgerdeputierte aus der Grundbesitzersdeputation zu bestellen, die in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis mit staatlichen Organen stehen. Auf diese Weise glaubt man nicht nur die Raktoren aus der peinlichen Lage, in die sie durch die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums untergeschuldetweise geraten sind, und die sie selbst sehr unangenehm empfinden, zu befreien, sondern dem unberechtigten Eingriff staatlicher Behörden in die Verwaltung städtischen Eigentums am wirksamsten zu begegnen.

Dieser Vorschlag kommt der Anregung entgegen, die wir bereits im Leitartikel unserer Sonnabend-Kummer gegeben haben. Der Magistrat würde sich vor der Öffentlichkeit in Respekt setzen und den Streich der Regierung energig durchkreuzen, wenn er so bald wie möglich der Stadtverordneten-Versammlung einen dem Vorschläge entsprechenden Antrag vorlegen würde.

Der Rektor der 21. Gemeindefaule hat im Auftrage des Provinzial-Schulkollegiums an den Vorstand des polnischen Turnvereins „Falke“ zu Händen des Herrn Julian Lange in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Im Auftrage des königlichen Provinzial-Schulkollegiums teile ich Ihnen hierdurch folgendes mit: Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten hat dahin entschieden, daß die Ueberlassung von Turnhallen an den polnischen Turnverein „Falke“ in Anbetracht der von diesem Verein betätigten politischen Haltung dem Schulinteresse und dem allgemeinen staatlichen Interesse widerspricht und deshalb von Schulaufsicht wegen nicht länger zugelassen werden kann. Demgemäß ist mir die Anweisung geworden, die Turnhalle von Beginn des Wintersemesters für den Turnverein „Falke“ geschlossen zu halten und den Mitgliedern den Zutritt zu verweigern.“

Die Berliner Polen, deren Turnverein durch dies Vorgehen obdunkelt wurde, werden in der nächsten Woche eine allgemeine Protestversammlung dagegen abhalten, und sie beabsichtigen, den Berliner Magistrat in einer Eingabe zu ersuchen, auch den polnischen Einwohnern der Reichshauptstadt als gleichberechtigten, steuerzahlenden Bürgern seinen Schutz gegen die neueste Maßgabe der Regierung angedeihen zu lassen.

Das „Amtliche Publikationsorgan“ der „Großen Berliner Straßenbahn“ hat sich in seiner letzten Nummer mit dem „Vorwärts“ beschäftigt. Wir haben eine zeitlang geschwankt, ob wir von den etwas kuriosen Ausführungen, deren Sinn und Zweck nicht recht klar geworden ist, Notiz nehmen sollten. Aber es ist vielleicht doch gut, wenn auch weiteren Kreisen bekannt wird, was das „Amtliche Publikationsorgan“ der „Großen“ am „Vorwärts“ auszuweisen hat, und in welcher Form es das tut. Ende September hatten wir eine Mitteilung über das Ergebnis der diesjährigen, von den Angestellten der „Großen“ vorgenommenen Vertrauensmänner-Wahlen gebracht. Das „Amtliche Publikationsorgan“ erwidert hierauf, der „Vorwärts“ habe „das Amtsstück fertig gebracht, bereits 30 Vertrauensmänner zu gruppieren.“ Dabei seien „nur 34 Vertrauensmänner gewählt“ worden; es seien „bellamäßig zwei Wahlen infolge Fälschungen nicht zustande gekommen“. Aus einem anderen Artikel derselben Nummer ist zu entnehmen, daß auch diese beiden Wahlen zwar zustande gekommen, aber für ungültig erklärt worden sind. Es versteht sich von selbst, daß uns und unsere Gewährsmännern in dem Augenblick, wo wir unsere Informationen von ihnen erhielten, der Beschluß der Ungültigkeitserklärung noch nicht bekannt war. Für jeden christlichen Beurteiler lag das auf der Hand. Aber das „Amtliche Publikationsorgan“ erzählt den Straßenbahnern, der „Vorwärts“ habe seinen Lesern „eine Mär aufgeschwatzt“, habe „Fälschungen die Wege gebnet“ usw. Und zum Schluß wird dann in demselben Artikel des „Amtlichen Publikationsorgans“ — „journalistischer Anstand“ gepredigt. In dem anderen Artikel derselben Nummer wird gesagt, der direktionsfrömmen „Verein“ habe nicht 11 Kandidaten (wie der „Vorwärts“ gemeldet hatte), sondern 13 durchgeführt. Offenbar sind hier ein paar Leute mitgezählt, die zwar vom „Verein“ betrachtet waren, sich aber keineswegs als Kandidaten des „Vereins“ betrachteten und auch jetzt nach ihrer Wahl weiter zum Verband halten wollen. Wenn das „Amtliche Publikationsorgan“ eine solche Rechnung aufmacht, so ist das natürlich kein „Amtsstück“, keine „Mär“ usw., sondern lauterste Wahrheit. Im Vertrauen gesagt: in Straßenbahnkreisen hat man lange nicht so gelacht, wie über diese beiden Artikel des „Amtlichen Publikationsorgans“ der „Großen Berliner Straßenbahn“. Daran können wir uns genügen lassen.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die Straßenreinigung erfolgte die Festsetzung des Etats der Verwaltung. Der Etat schließt ab mit einer Einnahme von 141 757 M. und einer Ausgabe von 5 054 832 M. Die Ausgaben sind gegen das laufende Geschäftsjahr um 173 176 M. gestiegen. Um den Etatsanfang nicht noch höher zu belasten, wurde von Beschaffung neuer Sprengwagen abgesehen und sich auf die Anschaffung von neun Rehrmaschinen beschränkt. Die Versuche der Behandlung der Straßen mit Bestommit zum Zweck der Verminderung der Staubentwicklung haben seither ein positives Resultat nicht ergeben. Die Versuche sollen während der Wintermonate wieder aufgenommen werden. Dem Ersuchen der Verwaltung, sie von dem Bezug des Arbeitspersonals durch den Zentral-Arbeitsnachweis zu entbinden, wurde zugestimmt. Da die seitherige geübte Praxis auf einer Direktive des Magistrats beruht, soll dem letzteren in der Sache Bericht erstattet werden.

Der gesamte Bedarf der Verwaltung an Pfahlabsetzen — über 50 000 Stück — wurde zur Anfertigung für das nächste Jahr der städtischen Pfahlabsetzwerkstatt übertragen.

Das Gesuch der Arbeiter um Lohnerhöhung soll folgendermaßen geregelt werden:

67 Vorarbeiter mit fest 4,25 auf 4,50
66 „ „ „ 4,00 „ 4,25
324 Arbeiter „ „ 3,75 „ 4,00
648 „ „ „ 3,75 „ 3,75

Dabon hatten 324 bisher den Lohn von 3,75, zu dieser Lohnklasse sollen 324 Arbeiter aufrücken, die bisher 3,50 erhalten. Es sollen somit von der Lohnerhöhung ausgeschlossen bleiben je die Hälfte der beiden Lohnklassen, die derzeit 3,50 beziehungsweise 3,75 erhalten.

Der Lohn der sogenannten „Eintrittsklasse“ und der Arbeiterburschen soll eine Erhöhung nicht erfahren.

Ein Antrag: außer den Arbeiterburschen und den Arbeitern der Eintrittsklasse ohne Ausnahme allen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 25 Pf. zu bewilligen, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein weiterer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß wenn nicht alle Arbeiter ohne Ausnahme auf Lohnerhöhung rechnen könnten, dann die Lohnklassen der Vorarbeiter bei der Lohnerhöhung ausfallen und die beiden mit 3,50 bzw. 3,75 M. bezahlten Arbeiter mit der Lohnerhöhung bedacht werden sollten.

Eine Lohnerhöhung aller Arbeiter würde eine weitere Belastung des Etats um 136 783 M. erfordern, während die von der Deputation beschlossene Erhöhung eine Steigerung der Lohnsumme um 72 178 M. bewirkt.

Der Arbeiter-Turnverein „Fichte“ wird mit seinen aus den städtischen Schul-Turnhallen ausgewiesenen Schülern die Erlaubnis zu erhalten suchen, die eine Wiederaufnahme des Turnens

möglich wird. Wir hatten schon mitgeteilt, daß die Spiele im Freien und die Ausläufe in die Umgebung ihren ungestörten Fortgang nehmen. Die zweite Schülerabteilung, die in voriger Woche als erste dem Ausweisungsbefehl weichen und ihre Turnhalle am Mariannen-Ufer räumen mußte, macht am Sonntag (16. Oktober) eine Turnfahrt nach Bernau. Abmarsch erfolgt morgens 6^{1/2} Uhr vom Platz vor der Turnhalle. Rückkehr am Freitag 7^{1/2} Uhr abends bei Dohnitz, Lauffyer Platz 8.

Lehrer-Vorwundung. In den hiesigen Gemeindefaule haben die Rektoren dem Lehrpersonal gestern einen Erlaß des Provinzial-Schulkollegiums vorgelesen, wonach den Lehrern streng untersagt wird, statistisches Material über Schulverhältnisse der Öffentlichkeit oder auch Stadtverordneten usw. zu übergeben. Jedem einen praktischen Wert hat dieser Erlaß nicht, da die Wahrheit über preussische Schulzustände wie bisher, so auch in Zukunft prompt ans Licht kommen wird. Höchstens, daß die Lehrer den bedrückenden Geist, der sich in Preußen spreizt, noch um einen Grad mangelhafter empfinden.

Die moralische Qualität der Schulleute. Ueber beabsichtigte Kenderungen in der Berliner Schulumannschaft wird anscheinend offiziös geschrieben:

Nur zu oft hört man in Berlin, wörtlich wie biblisch genommen, den vergeblichen Ruf nach einem Schuyman. Dieser ist „natürlich da, wo er nicht gebraucht wird“, heißt es dann, aber mit Unrecht, denn er ist tatsächlich nicht da, er ist überhaupt nicht vorhanden. Nach dem Sollstande fehlen zurzeit 400 Mann, das ist 10 Proz. der Strafenbeamten, denn nur diese werden von dem Fehlen der Berufs-genossen betroffen. Alle Arten von Sonderdienststellen — Kriminalbeamte, Telegraphisten, Schreiber, berittene Mannschaften und anderes mehr — sind stets vollständig besetzt. Nun läßt sich wohl eine Schreibertätigkeit von drei auf zwei Mann verteilen, aber nicht die Tätigkeit der Außenbeamten, denn hier müßte die Teilung eben räumlich erfolgen. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, diesen Mangelstand zu beseitigen. Der Wille hierzu ist vorhanden, und es gibt auch einen Weg. Dieser soll demnächst beschritten werden. Der Erlaß der Schulleute aus dem Unteroffizierkorps des Heeres steht fällig. Das kann nicht wunder nehmen. Der gute Unteroffizier bleibt zwölf Jahre bei der Truppe, er dient sich den Zivilverordnungen und geht mit der Tausendmark-Prämie ausgerüstet, in einen anderen Beruf über. Die Schulumannschaft bekommt im besten Falle Leute, die wegen kleiner Vergehen bestraft, von weiterer Beförderung ausgeschlossen sind und sich nun nach fünfzehnjähriger Gesamtdienstzeit den Zivilverordnungen bei der Schulumannschaft verdienen wollen. Die Mehrzahl der sich hierzu meldenden Unteroffiziere ist aber für die Truppe wegen mangelnder Zuverlässigkeit unbrauchbar; ohgleich unbestraft, erhalten sie doch den Wink, sich eine andere Tätigkeit zu suchen, und schnell, ehe sie noch mit „Vater Philipp“ nähere Bekanntschaft machen, melden sie sich zur Schulumannschaft. Da sie keine Strafen erhalten haben, ist's nicht schwer, sie „fortzuloben“. Ohne weiteres aber „lobt“ kein Kompaniechef seine Unteroffiziere fort, denn er hat keinen Ueberfluß an diesen notwendigen Lehrpersonal. Die betrübende Schlussfolgerung dieser Betrachtung ist: „So geht es nicht weiter“. Sehr hohen Ortes ist man jetzt zu dieser Erkenntnis gekommen und hat den Plan gefaßt, den Erlaß für die Schulumannschaft aus jungen Kräften heranzubilden, die noch in keinen Beruf hineingewachsen sind. Dieser Plan ist kein neuer Gedanke; hat man in London doch schon seit langem diese Art des Beamtenersatzes, und die Londoner Polizei ist gut. Der Widerstand einiger älterer Beamten, die Begründung des Widerstandes damit, daß es bisher noch niemals so gemacht worden ist, daß dieser Plan nicht zum Scheitern bringen. Der Weiberern für den Schuyman-Beruf sollen folgende Bedingungen gestellt werden: 1. Ausbildung in einem Handwerk, 2. Vollendung der Dienstzeit im stehenden Heere, 3. tadellose Führung in dieser Zeit, 4. ausreichende Schulbildung, 5. genügende Größe, kräftiger Körperbau, 6. unmittelbarer Uebertritt von der Truppe zur Schulumannschaft, 7. Verpflichtung zu einjähriger Probezeit (selbstverständlich befristet). Der freiwillig zur „ausführenden“ Polizei gehende junge Mensch erhält eine seinem Lebensalter (23—24 Jahre) angemessene Bezahlung. Nach der Anstellung beträgt das Gehalt jetzt 1200 M., zu denen 240 M. Wohnungsgeldzuschuß kommen.

Wenn man wirklich an maßgebender Stelle zu der hier zum Vorschein gekommenen Erkenntnis gelangt ist, dann sollte man einen Schritt weiter gehen und durch Gesetz die Auswahl der Schulleute denen überlassen, die am meisten an ordentlichen Polizeibeamten interessiert sind, nämlich den Bürgern. Eine von der Bevölkerung in allgemeinen Wahlen gewählte Schulumannschaft ist auch des Vertrauens und in kritischen Fällen der Hilfe der Bevölkerung sicher und wird schon deshalb für die öffentliche Ordnung eine ganz bedeutend bessere Wächterschaft bieten als die heutige Schulumannschaft. Eine derart zustande gekommene Polizei verfaßte 2. B. auch der gerichtlichen Autorität Gehör und hätte sich zahlreiche Verbrechen ersparen zum Trost anständiger Arbeiter, die als Streifenposten ihre schwere und verantwortungsvolle Pflicht erfüllen, in der Ausübung dieser ihrer Pflicht müßig zu behindern.

Das hygienische Museum bleibt während des Umzuges des hygienischen Instituts von der Klosterstraße nach dem Neubau in der Dessauer-Straße geschlossen. Das bisherige Heim des Instituts, Klosterstraße 89, ist eins der ältesten Gebäude Berlins, es stammt aus dem Jahre 1508. Im Jahre 1731 wurde es Pagenhaus. Als die Pagen später mit den Kadetten vereinigt wurden, gab der Fürst das Gebäude an die geistlich-hofische Familie zurück. Bis 1821 wechselte es dann einigemal den Privatbesitzer und wurde in jenem Jahre wieder vom Fürsten angekauft, der verschiedene Abteilungen seiner Verwaltung darin unterbrachte. Im Jahre 1850 wurde in dem im Anfang des Jahrhunderts umgebauten Räume die Technische Hochschule eingerichtet, 1877 das hygienische Institut. Der Umzug nach dem neuen Heim, Dessauer-Straße 34, hat schon begonnen, die Bibliothek und kleinen Sachen sind schon nach dem Neubau überführt, in dem Geheimrat Rubner am 3. November seine Vorlesung über Hygiene eröffnen wird. Der Umzug wird wohl bis April nächsten Jahres dauern. Dann zieht in das alte Gebäude, das u. a. einen lehrreichen Paradiesaal enthält, die Finanzverwaltung ein, wahrscheinlich die Verwaltung der direkten Steuern.

Versuche mit einem neuen Aufreinigungs-Apparat für Straßenbahnwagen werden zurzeit von der „Großen Berliner“ angestellt. Der Apparat besitzt einen Elektromotor, der durch den Betriebsstrom angetrieben wird und seinerseits eine Pumpe in Bewegung setzt, welche die Luft in zwei Meßerweits wehrt. Sobald in diesen ein Luftdruck von sechs Atmosphären erreicht ist, wird der Hahn geöffnet, so daß die zusammengedrückte Luft durch einen Schlauch, ähnlich wie bei einer Gartenspritze einströmen und feine Luft eindringen kann. Die bisher mit dieser Aufreinigungsart angestellten Versuche sollen zufriedenstellend sein. Hoffentlich wird der Apparat dann allgemein eingeführt, denn die Luft in den Straßenbahnwagen ist oft ungesund.

In Sachen der Maß- und Gewichtsordnung richtete der Verein Berliner Kolonialwarenhandlender an den Handelsminister eine Eingabe, in welcher er im allgemeinen seine Zustimmung zu der obligatorischen Nachprüfung der Gewichte beifolgt, jedoch darauf hinweist, daß für die gleichartigen Waagen diese jährlich vorgegebene Nachprüfung sich als überflüssig oder schädlich erweisen würde. Der Geschäftsinhaber behandelte diese diffizile Frage an und für sich mit besonderer Sorgfalt; es sei daher zu bejammern, daß bei einer jährlich sich wiederholenden Ueberführung solcher Waagen nach dem Richtungsamt behufs Nachprüfung diese Schaden erlitten und der dadurch beabsichtigte Zweck nicht erfüllt würde. Ferner plädiert der Verein nochmals für Zulassung der Halb- und Viertelpfundgewichte und Viertelmarken. Er weist in seiner Eingabe darauf hin, daß es schwer, fast unmöglich sei, das Publikum von der Gewohnheit, Viertel- und Halbe-Pfunde zu fordern, abzubringen, und da der Geschäftsmann genötigt ist, sich den Gewohnheiten des Publikums anzupassen, so bedeutet dies eine unnütze Verschwendung

des Verkehrs, wenn der Verkäufer genötigt ist, bei einem Halbpfund zwei oder bei einem Viertelpfund gar drei Gewichtskübel zu benutzen.

Nach den Berichten der Wasserbau-Inspektionen hat sich der Wasserstand der Oder nunmehr soweit gehoben, daß der Schiffsverkehr für kleinere Jollen im vollen Umfang aufrecht erhalten werden kann. Größere Fahrzeuge können allerdings noch nicht volle Ladung nehmen. Der Wasserstand scheint jedoch beständig zu sein und ist ein abermaliger Niedrigstand um so weniger zu befürchten, als Niedrigstände in den Gebirgsgebieten fast täglich stattfinden und die Nebenflüsse genügend Wasser führen. Auch die Flußverhältnisse der Elbe haben sich etwas günstiger gestaltet, doch können die talwärts fahrenden Schiffe nur Halb- bis Dreiviertelladung nehmen. Der Tiefgang für Fahrzeuge ist nicht unter 0,80 Meter. Die Winter-schiffahrt soll in Rücksicht auf die bisherigen traurigen Wasser-verhältnisse in diesem Jahre nach Möglichkeit aufrecht erhalten bleiben. Die beabsichtigten Schleusenarbeiten im Friedrich-Wilhelm- und Finow-Kanal werden nicht zur Ausführung kommen, so daß die Eis-Oder-Schiffahrt während der eisfreien Zeit aufrecht erhalten werden kann.

Eine Versammlung von Druckrhythmen-Händlern und Händlerinnen im Kochischen Restaurant in der Neuen Friedrichstraße hat die Gründung eines Vereins beschlossen, der unter dem Namen „Verein der Druckrhythmen-Händler und Händlerinnen Berlins und der Umgegend“ ins Leben treten soll. Gleichzeitig beschloß die Versammlung, an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung folgende Eingabe zu senden: Wir protestieren gegen die neue Polizeiverordnung, durch welche sämtliche Händler mit einem Schläge von der Straße verschwinden und um ihre Erlöse gebracht werden sollen, und bitten den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, diese Polizeiverordnung zu belämpfen.

Das alte „Kosakenhaus“, Palisadenstr. 2, ein an die Zeit der Befreiungskriege erinnerndes Gebäude, wird abgerissen. Wie bekannt, rüdten die Russen am 20. Februar 1813 unter dem Befehle des Generals v. Tschernisheff von Norden her auf das von den Franzosen besetzte Berlin an, mußten aber, nachdem sie bis zum Alexander-Platz vorgedrungen waren, sich wieder zurückziehen. Eine Abteilung Kosaken, die durch das Landsberger Tor eingedrungen war, ritt durch das Haus Palisadenstr. 2, das auch einen Ausgang nach der Webersstraße hat, und machte in der noch heute auf dem Hofe befindlichen alten Schmiede kurze Rast. Zum Andenken daran wurde später über der Haustür auf einer Bronzetafel das Reliefbild eines Kosaken zu Pferde angebracht. Die durch Wind und Wetter stark beschädigte Tafel wird herabgenommen und aufbewahrt werden. Auch das Haus Königsstr. 31, Ecke der Neuen Friedrichstraße, das in der Höhe des zweiten Stodwerks eine Kanonenkugel mit der Unterschrift: „20. Februar 1813“ zeigt, wird bald verschwinden. An das Ereignis werden dann nur noch das Haus Prenzlauerstr. 45, in dessen Mauerwerk ebenfalls eine Kanonenkugel mit derselben Unterschrift steckt, und die Gedenktafel an der Mauer der Bartholomäuskirche erinnern. Diese Tafel meldet, daß hier am 20. Februar 1813 Febr. v. Blomberg als erstes Opfer der Befreiungskriege gefallen ist.

Im Hause Stromstraße 48 ist eine weitere Zweigstelle des Krankentransportgeschäfts von Kopp eröffnet worden. Darauf sich beziehende Anfragen sind jedoch wie bisher an das Zentraldepot, Chlosterstr. 95, zu richten.

Eine neue Bade-Anstalt im Norden. Dem zunehmenden Badebedürfnis entsprechend, plant die städtische Verwaltung die Errichtung eines neuen großen Volksbades im Norden der Stadt, welches, abweichend von den bisherigen Anstalten, mit zwei Schwimmbassins — je eines für Männer und für Frauen — ausgestattet werden soll. Daneben nimmt der Bau von Bannbädern und 70 Brausebädern auf; auch soll er mit einer umfangreichen Waschanstalt für die Badewäsche verbunden werden.

Der spezielle Entwurf wird, wie wir hören, noch im Spätherbst dieses Jahres den städtischen Behörden vorgelegt werden.

Opfer des Eisenbahnbetriebes. Ein Opfer seines Berufes wurde der Streckenwärter Gengler. Als er auf der Station Großbeeren an der Berlin-Anhalter Bahn seiner Pflicht gemäß die Strecke abging, geriet er auf noch unangelegte Weise unter die Räder des von Halle nach Berlin fahrenden Schnellzuges. Dem Unglücklichen wurde durch die Räder der Kopf vom Nacken getrennt. Da er ein alter, erfahrener Beamter war, der die Strecke genau kannte, wird vermutet, daß er von einem plötzlichen Schwindelanfall erfaßt, unmittelbar vor Eintreffen des Zuges, auf die Schienen gestürzt und sich nicht mehr erheben konnte. Er hinterläßt eine Frau und vier Kinder.

Nach Meldung des Polizeipräsidiums werden durch die in Washington (Amerika) ansässige Firma M. A. Winter Co. in Deutschland Agenten gesucht für den Betrieb einer Patentmedicin „Katholischer Gesundheits-Herstler“. Nach den eingezogenen Erundigungen stellt diese Universal-Arznei im günstigsten Falle nur ein unwahrscheinliches Abföhrmittel für hohen Preis dar, das keineswegs das leisten kann, was die Firma berichtet. Das ganze Unternehmen läuft auf eine Ausbeutung des deutschen Publikums durch einen amerikanischen Unternehmer hinaus.

Abermals eines Liebesopfer. Ein Maler Otto Puls aus der Viehmannstr. 21 und eine Schneiderin Emma Bahr aus der Palisadenstr. 58 unterhielten seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis, obgleich sie beide schon anderweitig verlobt sind. Das Mädchen hatte sich schon mit dem 15. Lebensjahre verprochen und wollte jetzt zugunsten des zweiten auf den ersten Liebhaber verzichten. Dieser vertrug ihr dann auch die Ehe, scheint aber das Versprechen nicht recht ernst genommen zu haben, obwohl er wiederholt beteuerte, daß er keine andere als seine zweite Braut heiraten werde. Die jungen Leute trafen sich nach Freitabend in der Regel bei Wöhringer am Alexanderplatz und gingen dann gemeinsam nach Hause. Nachdem sie gestern zu Abend gegessen hatten, verweilten sie noch länger. Erst gegen Mitternacht wanderten sie zusammen die Landsbergerstraße hinauf. Zunächst gingen sie noch Arm in Arm, bald aber kam es zu einem heftigen Zwist. Emma Bahr erklärte ihrem Bräutigam, daß sie ihre erste Verlobung aufgehoben habe, und verlangte nun von ihm, daß er dasselbe tue und sie bald heirate. Als er mit einer bestimmten Erklärung zögerte, nahm sie einen Revolver und schloß auf ihn, während er nach einer Bedürfnisanstalt zu davonlief. Eine Kugel traf ihn am Genick, eine zweite an der Wade. Jetzt wurde das Mädchen festgenommen und der Verurteilte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Seine Verletzungen sind nicht gefährlich, Puls wird schon in der nächsten Zeit vernommen werden können. Die Verhaftete, die jetzt sehr zerklüftet ist, leugnete anfangs, überhaupt geschossen zu haben. Nachdem sie überführt war, gab sie zu, die Schüsse abgefeuert zu haben; sie habe jedoch nicht Puls treffen, sondern sich selbst vor seinen Augen erschießen wollen. Die Kriminalpolizei brachte sie gestern mittag nach Moabit und führte sie wegen verdächtigen Mordes dem Untersuchungsrichter vor.

Die Kadaverlehrerin Hermine Schaub aus der Friedrichstraße, die vor einigen Wochen unter der Beschuldigung in eigens dazu gemieteten Räumen in der Zimmerstraße Kinder von 13 bis 14 Jahren alten Lebendmännern zugeführt zu haben, verhaftet wurde, ist im Untersuchungsgefängnis erkrankt und in eine Heilanstalt gebracht. Die noch nicht 18 Jahre alte Supplerin sieht auch einem Ereignis entgegen. In dem Verfahren gegen sie haben als Zeugen namentlich ältere Berliner aus Berlin, Charlottenburg und Schöneberg aufzutreten.

Der wegen Sittlichkeitsvergehens in Haft genommene Ernst Stangelberg ist, wie bereits bemerkt sei, nicht der Sohn des Tischlermeisters gleichen Namens, sondern der Sohn des Haus-eigeners Stangelberg. Der verhaftete Stangelberg zählt 20 Jahre, der Hausdiener Viktor erst 16 Jahre.

Strassenperrungen. Die Widmannstraße von Schill- bis Moosenerstraße und die Raabenstraße von der Widmann- bis Lügenstraße wird behufs Herstellung einer Brücke für den Jahr-

werksverkehr von heute ab bis zum 20. d. M. für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso die Straße „am Aufsegraben“ von Georgenstraße bis Prinz-Friedrich-Karl-Straße behufs Umpflasterung etc. von 11. bis 18. d. M.

Feuerbericht. Mittwoch mittag wurde die Wehr nach der Allgemeinen pöpstlichen und Rangofuranstalt in der Krausenstr. 1 gerufen, weil dort im zweiten Stock in einer Badestube Feuer ausgebrochen war. Der 19. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Vorher mußte in der Stopenhagenstr. 75 ein Brand abgelöscht werden, der Holz, Spähne etc. ergriffen hatte. — In dem Urania-Theater in der Taubenstraße entstand abends während der Vorstellung Kurzschluss in einem elektrischen Kabel. Die anwesende Theater-Feuerwache bemerkte das Feuer sofort und konnte es noch im Keime ersticken. Das Publikum merkte wenig von dem Vorfall. — Allelei Verpackungsmaterial stand vorher in der Dragonerstr. 45 in Klammern, während in Alt Moabit 25 Bretter und andere Baumaterialien auf einem Bauplatz brannten. — Am Witternachts erfolgte ein Alarm nach der Birkenstr. 5a, wo ein Ladentisch Feuer gefangen hatte, das aber in kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. — Die übrigen Feuermeldungen, die noch vom Alstriner Platz und von einigen anderen Orten einliefen, waren auf „blinden Rärm“ zurückzuführen.

Der Berliner Zoologische Garten erhielt vor einiger Zeit von Herrn Leutnant Achenbach von der kaiserlichen Schutztruppe in Kamerun einen jungen Kronadler, der sich jetzt prächtig entwickelt hat und nach vollendeter Mauser im neuen Federkleide prangt. Der sehr stattliche Vogel teilt eine Abtheilung in der Raubvogelgalerie mit einem anderen weiblichen Stück, das der Garten jetzt zehn Jahre besitzt, und das die dunkle, fast schwarze Färbung des alten Vogels gegenüber dem hellen Grau des jüngeren Tieres dem Beschauer sehr typisch vor Augen führt. Die Kronadler, deren breiter, namentlich in der Erregung gehäubter Kopf etwas an die Eulen erinnert, gehören wegen ihrer furchtbaren bewehrten Hänge zu den imponierendsten und schönsten gefiederten Räubern.

In Sanssouci. Schon der Inzeratenteil der Mütter überzeugt die Bevölkerung davon, daß neben den sozusagen offiziellen von der Kritik als solche anerkannten Theatern noch eine ganze Reihe Bühnen in Berlin bestehen, von denen im redaktionellen Teil der Presse fast nie Notiz genommen wird. Welterfährtere Novitäten bringen diese Bühnen nicht, aber bedeutungslos sind sie auch keineswegs. Wer sie besucht, wird in ihnen andächtige Zuhörer finden, und selten, daß der Saal nicht gut besetzt ist. Wie das kommt? Der Theaterzettel gibt die gewöhnliche Auskunft: „Eintrittspreis 30 Pf., Sperrplatz 50 Pf., numerierter Platz 75 Pf.“ Von den teuren Theatern, die einen zehnfachen so hohen Eintrittspreis fordern, nicht zu reden, sind auch die billigeren Theater für eine Familie, die sich an der Schauspielkunst ergötzen möchte, noch zu teuer. So nimmt man denn mit Bühnen vorlieb wie die in Sanssouci, wo an drei Tagen der Woche Hoffmanns Norddeutsche Sängler auftraten, an zwei anderen Tagen unter Leitung des Direktors Adolf Hoffmann Dramen aufgeführt werden. Keine neuen, wie gesagt. Was unsere Väter und Großväter ergötzt hat, lehrt hier wieder. Gestern gab es ein ganz altes Stück „Kaiser Franz Joseph und die Kaiserstochter“, historisches Volksschauspiel in vier Akten von Heinrich Janitsch. Der Theater-Literatur wäre nichts verloren gegangen, wenn das Stück nicht geschrieben worden wäre, und die Aufführung von gestern bereicherte die Schauspielkunst um neue Talente. Es wurde erträglich, auch gut gespielt, zuweilen aber auch recht mittelmäßig. Die Herren Hoffmann und Kirich sowie Frau Wittstein möchten wir zu den guten Kräften rechnen. Aber weit mehr als das Spiel interessierten die Zuhörer, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllten. Seltener wird sich in einem besseren Theater ein andächtigeres Publikum zusammenfinden. In dem Stück drehte es sich natürlich um den Hochmut des Adels und die Niedertracht der Jesuiten unter dem menschlichen Monarchen, der ein im trauten Dämmerlicht eingelassenes Volk mit Gewalt erlöschten wollte. Jede noch so naive Kraftstelle wurde besaßt, auf jede Nuance hingehört. Wie dankbar würde dieses Publikum erst sein, wenn ihm gehaltvollere Kost geboten würde!

Russische Sprachunterricht veranstaltet die Korporation der Kaufmannschaft vom 14. Oktober ab Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr im Friedrich-Werderschen-Gymnasium, Dorotheenstraße 13/14. Der Besuch ist auch Damen und Nichtkaufleuten gestattet. Nähere Auskunft wird erteilt in der Schule sowie im Direktorialbüro der kaufmännischen Fortbildungsschulen (Dörferngebäude).

Ein Vortragskursus über Elektrotechnik, der bestimmt ist, zur ersten Einführung für die Gebildeten aller Stände zu dienen, beginnt in der Urania, Taubenstr. 48/49, am Sonnabend dieser Woche abends 8 Uhr. Dr. Donath wird nacheinander immer an den Sonnabenden folgende Thematika behandeln: Der elektrische Spannungszustand, das Ohm'sche Gesetz, die chemischen Stromwirkungen, Stromwärme, elektrisches Licht, Dynamomotoren und Motoren, Fernschreiber und Fernsprecher, Funkentelegraphie. Karten an der Kasse der Urania, Taubenstraße. Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird abends von 7—9 Uhr ein Vortrag über die Naturgeschichte der Pflanzen gegeben. Im Parktheater der Urania findet am Sonnabend die letzte Nachmittagsvorstellung zu kleinen Preisen des Vortrags „St. Louis“ und im Anschluß hieran „Der Garbafest“ statt.

Der neue Botanische Garten in Dahlem wird am nächsten Sonnabend seine Pforten für dieses Jahr dem Publikum schließen. Am Sonntag, 16. April d. J., wurde er eröffnet. Seitdem hat ihn schon eine ganz ansehnliche Besucherzahl aufgesucht; an einzelnen Sonntagen wurde der Garten von 8—10.000 Personen besucht. An den Wochentagen ließ der Besuch allerdings viel zu wünschen.

Eine Gartenbau-Ausstellung hat die Kunstgärtnerei Koshel in den Räumen der Berliner Sezession veranstaltet. Der Besuch der Ausstellung lohnt sich. In geschmackvoller Gruppierung finden wir die Erzeugnisse der Gartenbaukunst geordnet, und ein nicht besonders auf sezessionistische Manier verzierter Besucher kann in Zweifel kommen, ob die Räume in der Kunststraße sich jetzt oder zu der Zeit, wo sie ihrem eigentlichen Zweck dienlich gemacht sind, hübscher annehmen. Inblumen, Orchideen, Palmen, Begonien sind für sich in besonderen Sälen aufgestellt; Flieder, Alpenveilchen, Lilien, Chrysanthemum und Primeln blühen in prächtiger Pracht auf besonderen Beeten. Auch sind hervorragende Produkte der Kunstbühnen zu sehen, und besonders hübsch ist ein Wintergarten mit Wasserfall. Der Eintritt kostet bis drei Uhr 1 M., von da ab 50 Pf. Geheilt wäre es, wenn die Ausstellung durch Ermäßigung des Eintrittspreises einem größeren Publikum zugänglich gemacht würde.

Theater. Im Velle-Alliance-Theater findet Donnerstag das letzte Gastspiel von August Junkermann statt; der Künstler spielt zum letztenmal während dieses erfolgreichen Gastspiels seinen berühmten „Duke Dräsig“. Am Freitag bleibt das Theater wegen der Vorbereitungen zu der Novität „Die Tugendglocke“ geschlossen; Sonnabend geht alsdann die neue Raubdillglocke zum erstenmal in Szene. — Deutsche Volksbühne. Am Sonntagnachmittag geht zum erstenmal: „Die Waife aus Lwowod“; Schauspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer, in Szene und zwar bei halben Preisen. Abends wird „Maria Stuart“ wiederholt.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. In der Frage des Krankenhausbauens haben die bürgerlichen Gemeindevorsteher den gewollten Erfolg zu verzeichnen. Nimmelsburg und Friedrichsfelde wollen einen Zweckverband nicht Beitritt, der den maßgebenden Herren von Wilburg und Besch keinen Vorteil bringt. Durch den in Lichtenberg gefassten Beschluß, solchen Zweckverband zu erstreben, ist nun wenigstens eine neue Vertheilung erreicht worden. Die Ortssache hat sich wegen einer Erbauung eines Krankenhauses mit einer Petition an die Gemeinde-

behörde gewandt und begründet ihr Verlangen mit einem allerdings in seiner Weise vollständigen Verzeichnis der Fälle, in denen Mitglieder aus anderen Krankenhäusern wegen Raummangels abgewiesen wurden. Unter den 37 mit Namen aufgeführten Personen sind 17, die an schweren Geschlechtskrankheiten litten. Wo es derart jammervoll um die Krankenhäuser-Behandlung bestellt ist, macht sich das Wort des Regierungspräsidenten tunderhüßlich, wonach der Kreis Niederbarnim den Vorort Lichtenberg mit solchem Wohlwollen behandelt, daß dieser getrost im Kreise bleiben und seine 100.000 R. Kreissteuern gern weiter betrapfen könne.

Milchische Wahlpraktiken! Es wird uns geschrieben: In dem Dörfchen Schönwalde bei Spandau fanden im verflohenen Frühjahr die Gemeindevorsteherwahlen statt, die zu einem lebhaften Kampfe zwischen der Bauern- und der „Wädner“-Partei und schließlich in der dritten Abtheilung zu dem Siege des Wädnerkandidaten, Maurers Weber, führten. Die ob ihrer Niederlage ergrimmten Bauern suchten die Giltigkeit der Wahl an, weil angeblich die behördliche Besanftigung des Wahltermins unzureichend war, und zwar mit Erfolg, denn die Wahl wurde vom Kreisaustrich in Rauen kassiert. Am 24. September fand nun die Nachwahl statt, und diesmal versuchten es einige Bauern mit direkten Wahlbeeinflussungen, um die Wiederwahl des erneut kandidierenden Maurers Weber zu verhindern. Einer der Bauern forderte am Tage vor der Wahl den Milchhändler Wölle sen. auf, samt seinen Söhnen, welche sämtlich in der dritten Abtheilung wählen, von der Wahl fern zu bleiben, andernfalls solle er von ihm und den übrigen Schönwalder Bauern keine Milch mehr geliefert erhalten. Wölle senior sowie dessen Söhne ließen sich jedoch von der Erfüllung ihrer Wahlpflicht nicht abhalten, sondern stimmten für Weber, der dann auch glänzend wiedergewählt wurde. Die bäuerliche Drohung wurde jedoch bereits anderen Tages zu hundert gemacht, denn sowohl der bisherige Milchlieferant des Wölle senior lieferte ihm keine Milch mehr, sondern auch alle übrigen Bauern, bei denen er anfragt, lehnten es rindweg ab, an ihn irgend eine Quantität Milch abzugeben, so daß Herr Wölle senior genötigt worden ist, sein Milchgeschäft gänzlich aufzugeben. Wie verlautet, sollen diese Art Wahlbeeinflussungen nicht ohne gerichtliches Nachspiel bleiben. Am Montag fanden nun auch noch die Neuwahlen des Gemeindevorstandes statt, und auch hierbei hatte die Partei der „Wädner“ und kleinen Leute Erfolg, denn auf die beiderseitigen Kandidaten vereinigte sich die gleiche Anzahl Stimmen, so daß das Los entscheiden mußte, und dieses war den Wädnern günstig, denn ihnen fiel der Posten des Gemeindevorsteheres und des ersten Schöffen zu, während die Bauernpartei nur den Sitz des zweiten Schöffen behielt. Die Empörung der Schönwalder Bauern über ihr Wahlrecht trotz der Verjagung, das Glück zu forrgieren, ist unbeschreiblich.

Gerichts-Zeitung.

Der Andrang zu dem Falschmünzer-Prozess Welhaus und Genossen ist so groß, daß jetzt der Zutritt nur gegen Karten gestattet ist. Gestern wurde auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Cretschmar fast während der ganzen Sitzung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es wurde der technische Leiter der Firma Julius Linhardt in Leipzig, Zeuge Heinrich Schwarz, und der Inhaber der lithographischen Anstalt Emil Singer in Leipzig vernommen. Von diesen beiden Firmen sind fast sämtliche zur Verfertigung der falschen Coupons erforderlichen Materialien geliefert worden und zwar auf Grund von Bestellungen des Steger, die ganz harmlose Forderungen enthielten. Es wurden umfangreiche Korrespondenzen, die auf diese Bestellungen Bezug hatten, vorgelesen. Daran knüpften sich eingehende Erörterungen über technische Einzelheiten, die den Ausschlag der Öffentlichkeit nötig machten. Im Verlaufe derselben redete der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Kanzow nochmals eindringlich dem Angeklagten Steger zu, doch der Wahrheit die Ehre zu geben und sein Gewissen zu erleichtern. Auf Antrag des Rechtsanwalts Hahn wurde beschloffen, während der nochmaligen vorgeschriebenen Vernehmung des Steger den Angeklagten Lache abtreten zu lassen, da zu befürchten sei, daß Steger in dessen Gegenwart doch nicht die Wahrheit sagen werde. Nachdem Lache hinausgeführt worden war und Steger eine kurze Zeit sich mit seinem Verteidiger beraten hatte, legt Steger ein Geständnis ab. Er giebt zu, daß er zunächst den Angekl. Lache nach dessen Entweichen aus der Zellenanstalt Krieg in seiner Wähe beobachtet und mit Speise und Trank versorgt habe. Lache habe hinter einem großen Mehlfaß geschlafen. Lache habe ihm dann den Plan zur Couponfälschung entwickelt und unter dem Einfluß des Lache habe er sich zur Mithilfe zur Ausführung des Planes verstanden. Das Geld zur Anschaffung der zum Druck notwendigen Materialien habe er aus seinen Ersparnissen herbeigeschafft. Er giebt auch zu, daß er mit Lache zusammen auf die Reise gegangen und auch dabei gewesen sei, wenn Lache falsche Coupons ausgab, er bleibt aber dabei, daß er selbst nie solche Coupons in Verkehr gebracht habe. Nichts sei es, daß beabsichtigt worden war, später außer den Falschmünzern der preussischen Konfols auch Coupons der Reichsanleihen und der Schlesischen Pfandbriefe nachzuahmen. Er will außer dem Erfah der von ihm für Anschaffung der Materialien vorgekauften Gelder bis jetzt noch keine Gelder von Lache erhalten haben. Dieser sei dann eine Zeitlang verschwunden gewesen und als er wiedergekommen, habe er gesagt, er sei in Heilbronn wegen Landstreichens verhaftet gewesen, aber ausgerückt. Dann seien die Couponfälschungen wieder aufgenommen worden, doch habe Lache das Drucken allein besorgt. — Nachdem der Angeklagte Lache wieder hereingeführt und ihm der Inhalt der Stegerschen Anklage vorgelesen worden war, erklärt er: Das ist alles richtig! Die Gründe, weshalb er von Dirsdorf nach Heilbronn gereist, gibt er trotz wiederholter Fragen des Vorsitzenden nicht an, sondern schwört wieder allerlei zusammen, mit dem Schlußsatz: „Ich verlange von Ihnen nur Gerechtigkeit! Ich bin der Mann, daß ich nicht mehr spreche, wenn es von mir verlangt wird, sondern wenn ich den richtigen Zeitpunkt für gekommen erachte!“ — Somit bot die Sitzung bemerkenswerte Momente nicht dar. Die Verhandlung wird Donnerstag fortgesetzt werden.

Der fünfte Präsesent des Reichsgerichts hat das Erkenntnis des Kammergerichts bestätigt, daß die Anmündungsklage gegen die Elektrische Hoch- und Untergrundbahn in Berlin nur vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden kann. Ein Hausbesitzer am Halleschen Ufer in Berlin hatte gegen die Bahn wegen Verletzung geklagt und Abhilfe verlangt. Das Landgericht und das Kammergericht bezeichnen den Klageweg für unzulässig; bei solchen Kleinbahnen sei das Verwaltungsgericht maßgebend.

Zu dem Krankenhausprozess in Hamburg, worüber wir gestern berichtet, liegt folgende Meldung vom Dienstag vor: Nach Eintritt in die Verhandlung stellte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. v. Vergen fest, daß wie schon in anderen Verhandlungen, so auch diesmal wieder ein Antrag der Angeklagten auf Aufhebung des gesamten Gerichtshofes wegen Befangenheit und auf Ueberweisung der Sache an ein Berliner Gericht vorliege. Dieser Antrag ist jedoch bisher stets abgelehnt worden. Ferner sei von dem Angeklagten Fabrikant Dr. Sandow ein Schreiben aus Lugano eingelaufen, daß er wegen schwerer Erkrankung nicht reisefähig sei. Das Gericht habe ihm jedoch mit einem Haftbefehl gedroht und damit erreicht, daß Dr. Sandow heute zur Stelle sein werde. Ebenso ist der Angeklagte Schriftsteller Kemble nicht erschienen. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, gegen ihn einen Haftbefehl zu erlassen und ihn zu der heutigen Sitzung vorführen zu lassen. Darauf wurde die weitere Verhandlung auf Mittwoch vormittag vertagt.

Zentralverband der Kreditoren. Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, Mitgliederversammlung im Hotel „Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Baage über: Bibel und Dabel. 2. Gewerbegerichtsverfahren. 3. Verwaltungsberichte und Bescheidenes. Erscheinen aller Pflicht. Die Lokalverwaltung.

Vermischtes.

Der Sturm in der Nordsee hat doch größeren Unheil angerichtet, als zuerst angenommen wurde. Zwei Finkenwerder Fischerkutter sind seit dem Sturm verschollen, von einem dritten ist ein Mann über Bord gespült worden und ertrunken; andere haben schwere Beschädigungen erlitten und mancherlei Fanggerät verloren. Dem Unwetter sind vier holländische Geringsfahrzeuge mit der ganzen Besatzung zum Opfer gefallen; ferner wurden fünf gefensterte Schiffe gesehen. Große Verwüstungen hat der Sturm auch an dem zur Befestigung der Halligen erbauten großen Damm Fahrloos-Dland angerichtet. Es ist eine Arbeit vernichtet worden, an der 40 Mann den ganzen Sommer über gearbeitet haben. Die schweren Granitsteine sind von der Gewalt der Wogen abgerissen und liegen jetzt im Schlamm, ebenso das Buschweid und die Fische, von denen ein großer Teil bei Alsholn an der Deffüste angetrieben ist. Außerdem hat die Erdablagerung bei der Hallig Dland stark gelitten, so daß der Verkehr eingestellt ist.

Rassenvergiftungen durch Branntwein. Ein Privat-Kabeltelegramm aus New York meldet, daß zahlreiche Personen nach dem Genuß von Branntwein starben, andre schwer erkrankten und mit dem Tode ringen. Es stellte sich heraus, daß der Branntwein vergiftet war. 40 Todesfälle nach dem Genuß des Branntweins sind bereits ermittelt. Man befürchtet, daß bei Weiterführung der Untersuchung sich an 100 Todesfälle ergeben werden. Bis jetzt wurde in der Sache eine Verhaftung vorgenommen, weitere Verhaftungen werden erwartet. Die Untersuchung des Branntweins ergab das Vorhandensein mehrerer erregender Stoffe, von denen eines bestimmt schmerzvollen Tod verursacht. Die Gesundheitsinspektoren stellen fest, daß ein ganzer Stadtbezirk diesen vergifteten Branntwein erhalten hat. In der Destillation, die diesen Branntwein verkaufte, war niemals eine Flasche reiner Whisky vorhanden.

Wer hat die größten Kartoffeln? Einen enormen Ertrag lieferte ein Grundstück in Brandenburg, Rogowitzerstr. 4, das mit Kartoffeln besetzt war. Eine Kartoffelstaude lieferte allein 78 Knollen, und zwar 66 größere und 12 kleinere, die insgesamt 11^{1/2} Pfund wiegen und zu drei Reigen füllten.

Furchtbare Gasexplosion in Birmingham. In einer der Gasanstalten der Stadt Birmingham ereignete sich Montag früh eine Explosion, die in einem weiten Umkreise verheerende Wirkungen ausübte und mehreren Menschen das Leben kostete. Der Nachtwachmann bemerkte, daß das Retortenhaus voller Gas war, das einer Hauptleitung entströmte. Er rief sofort Hilfe herbei, die Feuerwehre wurde alarmiert, und er selbst machte inzwischen einen Versuch, das Gas abzustellen. Im selben Augenblicke aber erfolgte schon die Explosion mit solcher Gewalt, daß in einem Umkreise von einem halben Kilometer alle Fenster in den Häusern zertrümmert und viele Gebäude in der unmittelbaren Nachbarschaft der Gasanstalt ganz in Trümmer gelegt wurden. Der Nachtwachmann selbst wurde sofort getötet, mehrere andere Arbeiter so schwer verletzt, daß einer inzwischen gestorben ist und an dem Auskommen von mehreren anderen gezweifelt wird. Die Bewohner der Umgegend hatten erst den Eindruck eines Erdbebens. Viele glaubten den Weltuntergang im Anzuge zu sehen, als die Erde unter der Explosion erzitterte und mächtige Flammen mit einem Male gen Himmel schlugen. Von einigen Häusern wurden die Dächer abgeworfen, und viele Einwohner wurden aus ihren Betten geschleudert. Die Erschütterung wurde bis auf 20 Kilometer im Umkreise verspürt.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Mittwoch nachmittag 1 Uhr auf dem Güterbahnhof Lehrte. Ein von Braunschweig kommender Güterzug fuhr in den nach Berlin fahrenden Eilgüterzug. Der Dampfkegel der Maschine des Braunschweiger Zuges explodierte, wobei eine große Feuergrube emporstieg. 21 Wagen sind entgleist und zum größten Teil zertrümmert. Die Strecken nach Berlin und Braunschweig waren bis 5 Uhr nachmittags gesperrt. Die Folge wurden bis dahin über Braunschweig-Hildesheim geleitet. Vom Zugpersonal wurde niemand verletzt.

Durch eine Feuersbrunst wurde die Drifchast Trichtentricht bei Rabburg in Franken vorgestern fast vollständig eingeeäschert. Es wurden 25 Haupt- und Nebengebäude vollständig zerstört. Die Abgebrannten sind fast vollständig unversichert.

In Wien ist gestern der Genosse Josef Scheu, der Komponist des Liedes von der „Arbeit“ an Blinddarm-Entzündung gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Brandenburg 206. Für Einlagen, die jederzeit zurückgezogen werden können, 1 Proz. für solche mit vierteljährlicher Kündigungzeit 3 Proz. Die Reichsbank zahlt dafür keine Zinsen. Der Staat garantiert weder für die Einlagen bei der Deutschen Bank, noch bei irgend einer anderen der großen Kreditbanken. Ueber die Einzelheiten erfahren Sie näheres in jeder Depostitenkasse der betreffenden Bank. — H. H. 1a. Ja und nein. — 1b. Nein. — 2a. Ja. — 2b. Nein. — 3a. Nein. — 3b. Nein. — 4. Bisher nicht. — H. A. Petersburg. — 17. D. Nein. — B. R. 1779. — H. 77. Wolfgang Goethe. — 1358. Dur- und Rollmollen. — 555. Nüchlich zu erledigen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprachkunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Größe: 7 Uhr.

§. 100. 1. Rein. Die Armenverwaltung hat eventuell einzuspringen. 2. Rein. — H. R. 7. Zur Adoption ist ein notarielles oder gerichtliches Vertrag erforderlich, der gerichtlich zu genehmigen ist. Die Zustimmung folgender Personen ist erforderlich: Des Adoptierenden und dessen Ehegatten des Adoptierten, falls dieses über 21 Jahre alt ist. Falls das Adoptivkind noch minderjährig ist, ist die Zustimmung der Eltern des ehelichen, der Mutter des unehelichen Kindes erforderlich. Ferner ist Voraussetzung für die Adoption, daß der Adoptierende keine ehelichen Minderlinge (Kinder, Enkel) hat, das 50. Lebensjahr vollendet und 18 Jahre älter als das Adoptivkind ist. Von dem ältesten Kindeskind kann Dispens erteilt werden. Der Adoptionsvertrag verursacht 50 M. Kosten. — M. M. Rein. — H. R. 1. Ja. 2. Ja. Ausgenommen ist die Heimatgemeinde. — C. 2. 4. Sie können auf Jablung des Reichshofes unter Abzug des jeweiligen Verdienstes klagen. Eine Vertretung vor dem Gericht (durch einen Kollegen) ist erforderlich, wenn Sie nicht persönlich erscheinen können. — A. ramin. Der Betroffene erhält in seiner Gemeinde Geld, zu welcher Klasse seine Gemeinde zählt und wieviel an Quartiergeld (von der Gemeinde) zu zahlen ist. 50 Pf. bilden die Entschädigung lediglich für Morgenstunden. — H. R. 1. Gegen die Verfügung des Amtsdirektors müssen Sie Beschwerde einlegen und das Verwaltungsstreitverfahren. Die Rechtslage ist die, daß ein polizeiliches Einschreiten gegen ein Kontabularverhältnis dann für gerechtfertigt erachtet wird, wenn dies Kontabularverhältnis öffentliches Mergens erzeugt. 2. Die Ehe endet nicht durch Teilung, sondern lediglich durch Tod oder gerichtliches Erkenntnis. Daß in Ihrem Falle ein gesetzlich anerkannter Ehehebungsgrund vorliegt, läßt Ihre Darstellung nicht erkennen. — Kabelwert 29. Soweit über Darstellung erkennen läßt, ist der neue Vertrag (26 M.) gültig. — M. 1000. 1. Ja. 2. Rein.

Wartpreis von Berlin am 11. Oktober. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Bettzimmer: Weizen**), gute Sorte 17,00—17,57 M., mittel 17,54—17,51 M., geringe 17,48—17,45 M. Roggen**, gute Sorte 13,85—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,00—14,40 M., mittel 14,30 bis 13,30 M., geringe 13,20—12,20 M. Hafer**), gute Sorte 16,40—15,50 M., mittel 15,40—14,60 M., geringe 14,50—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Nüchlich 5,00—4,16 M. Hen 9,70—7,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schod 4,50—3,30 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 11. Oktober. Elbe bei Ruffig — 0,41 Meter, bei Dresden — 1,53 Meter, bei Magdeburg + 0,20 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,85 Meter. — Oder bei Rathow + 1,37 Meter, bei Dresden Ober-Bogel + 4,90 Meter, bei Dresden Unter-Bogel — 1,32 Meter, bei Ranzau — 0,45 Meter. — Weichsel bei Przemyslunde + 2,16 Meter. — Warthe bei Posen — 0,16 Meter. Rheine bei Ulf — — Meter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. Oktober 1904. Etwas kühler, zunächst ziemlich trübe und neblig mit leichten Regenfällen und spärlichen nordwestlichen Winden; später aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Kennen Sie unser Rabatt-System?

No. 348201.
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113
ANWEISUNG. Wir verfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Marke. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.
Von d. Rabatt-Vergünstigungen sind wenige Artikel ausgenommen

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

A. JANDORF & Co.

SPITTELMARKT 16/17 Ecke Leipziger Strasse | BELLE ALLIANCE-STR. 1/2 Am Blücherplatz | GROSSE FRANKFURTER-STR. 113 Ecke Andreas-Strasse | BRUNNEN-STR. 19/21 Ecke Veteranen-Strasse

Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit der Vorrat reicht.

Stoff- und Glacé-Handschuhe

Tricot-Handschuhe für Damen, bunt gemustert	33 Pf.	Tricot-Handschuhe für Damen, farbig oder schwarz mit schottisch. Futter u. Druckknöpfen	55 Pf.
Tricot-Handschuhe für Damen, weiss, schwarz oder farbig	38 Pf.	Tricot-Handschuhe für Damen, farbig, mit buntscheidenem Futter und Druckknöpfen	95 Pf.
Tricot-Handschuhe für Damen, schwarz oder farbig mit Druckknöpfen	48 Pf.	Damen-Handschuhe imitiert Schweden m. Druckknöpfen	95 Pf.
Tricot-Handschuhe für Damen, farbig mit Druckknöpfen	68 Pf.	Kinder-Handschuhe	von 28 Pf. an
Glacé-Handschuhe für Damen, mit 2 Druckknöpfen	1.35 1.65 1.90 2.25	Glacé-Handschuhe für Damen, weiss	1.25 1.65 2.00 2.25 2.50
		Glacé-Handschuhe für Damen, schwarz	2.00 2.50 2.90

Gelegenheitskauf! Glacé-Handschuhe für Damen, farbig, mit 2 Druckknöpfen, zum Aussuchen **1.10 M.**
Ein Posten 4800 Paar

Neuheit! Tricot-Handschuhe für Damen, mit imitiertem Fellfutter und Druckknöpfen 1.65 1.85 M. | Vorzügliche Handschuhwäsche Paar 12 Pf.

Schuhwaren

Herrn-Schnürstiefel Rossleder	7.50 8.50 M.
Herrn-Schnürstiefel Boxcalf	8.50 9.50 10.50 M.
Herrn-Schnürstiefel Chevreau	8.50 10.50 12.50 M.
Herrn-Zugstiefel Boxcalf	8.50 10.50 12.50 M.
Herrn-Filz-Schnallenstiefel	2.95 3.50 4.50 M.
Herrn-Filz-Hausschuhe	1.95 2.50 3.50 4.25 M.

Schnür- od. Knopfstiefel Rossleder	4.90 6.50 7.50 M.
Schnür- od. Knopfstiefel Boxcalf	6.50 7.50 9.50 10.50 M.
Schnür- od. Knopfstiefel Chevreau	7.50 9.50 10.50 M.
Filz-Schnallenstiefel	2.50 2.90 3.50 M.
Filz-Hausschuhe	1.35 1.50 1.75 2.50 M.
Leder-Hausschuhe mit Filzfutter und Absatzlecke	2.25 2.75 3.50 M.
Pantoffel	33, 45, 65, 75, 95 Pf. 1.25 M.

Salonschuhe weiss Glacéleder	2.50 2.90 3.50 M.
Spangenschuhe weiss Glacéleder	2.75 3.90 4.50 M.
Salonschuhe Lackleuch	1.95 M.
Spangenschuhe Lackleuch	2.50 M.
Salonschuhe Leder	2.50 M.
Salonschuhe Lackleder	3.25 3.75 4.50 M.
Spangenschuhe Lackleder	4.50 5.50 6.50 M.

Knaben-Schnürstiefel

Rossleder 38/40 5.90 6.30 M. Boxcalf 38/40 7.50 8.50 M.

Russische und Deutsche Gummi-Schuhe.

Mädchen-Filz-Hausschuhe 85, 90 Pf. 1.05 M.

Mädchen-Schnür- oder Knopf-Stiefel

Rossleder 25/28 2.80 27/30 3.50 31/35 4.75 M. Boxcalf 25/28 4.50 27/30 5.50 31/35 6.25 M.

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe schwarz, gestrickt, deutsch lang, „Wolle plattiert“	Paar 45, 65 Pf.
Damen-Strümpfe schwarz, gestrickt, deutsch lang „Reine Wolle“	Paar 75, 95 Pf.
Damen-Strümpfe schwarz, gewebt, engl. lang, Fuss ohne Naht, „Reine Wolle“	Paar 65 Pf.
Damen-Strümpfe gewebt, engl. lang, buntfarbig geringelt, „Reine Wolle“	Paar 80 Pf.
Herrn-Socken meliert, gestrickt, „Winterqualität“	Paar 28, 38, 48 Pf.
Herrn-Socken meliert, gestrickt, „Reine Wolle“	Paar 95 Pf.
Corsetschoner weiss, mit Spitzenpasse und Banddurchzug	Stück 33 Pf.
Corsetschoner mit langen Ärmeln, weiss, rosa, helblau	Stück 48 Pf.
Corsetschoner mit langen Ärmeln, „Reine Wolle“, weiss oder normalfarbig	Stück 75 Pf.
Strickwolle schwarz oder meliert, gute Qualität	Pfund 1.95 2.40 M.
Castor- und Zephyrwolle Ia Qualität in verschiedenen Farben	Pfund 2.90 M.

Kinder-Strümpfe schwarz, engl. lang, 1x1 gestrickt

für das Alter von	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-10	10-12	Jahren
„Wolle plattiert“ Paar	28	33	38	43	48	53	58	63	68	Pfennig
„Reine Wolle“ Paar	40	50	60	70	80	90	1.00	1.10	1.20	Pfennig

Tricotagen

Herrn-Hemden, Normalfaçon 3 Grössen	Stück 1.20 1.40 1.60 M.
Herrn-Hemden, Normalfaçon 3 Grössen	Stück 1.90 2.10 2.35 M.
Herrn-Hosen, Normalfaçon 3 Grössen	Stück 1.20 1.40 1.60 M.
Herrn-Hosen, Normalfaçon 3 Grössen	Stück 1.90 2.10 2.35 M.
Damen Unter-Jacken, „Wolle“, gestrickt, weiss, rosa normalfarbig	Stück 48 Pf.
Damen Unter-Jacken mit langen Ärmeln, „Wolle“, gestrickt weiss, rosa, normalfarbig	Stück 85 Pf.
Damen-Untertaillen gefüttert, 3 Grössen	Stück 75 Pf.
Tricot Damen-Röcke	Stück 2.65 M.
Zuaven-Jäckchen für Damen	Stück 95 Pf. 1.35 1.65 M.
Herrn-Westen gestrickt	Stück 2.75 3.50 4.50 M.

Herren- und Knaben-Sweaters in grosser Auswahl

Kinder-Tricots rosa gestrickt Ia Qualität

ca.	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	cm
Stück	30	38	45	55	60	65	75	80	85	90	Pfennig

Ein Posten Louisine-Seide „Reine Seide“ in all. Farb. Meter 1.25 M. | Ein Posten Ghiné-Seide „Reine Seide“ Meter 2.45 M. | Ein Posten Japon-Seide „Reine Seide“ ca. 60cmbr. Meter 1.20 M.

Neuheit! Taschen-Stereoscop mit 5 Bildern komplet 25 Pf. Neuheit!

Aussergewöhnlich vorteilhaftes Angebot!

Ein grosser Posten Damen-Paletots

In vorzüglicher Verarbeitung, schwarz, Wellinó, Eskimo u. andere Stoffe.

Ein grosser Posten Damen-Unterröcke

Velour „Reine Wolle“

Serie I: 5.50 M.	Serie II: 7.50 M.	Serie III: 9.50 M.
------------------	-------------------	--------------------

Serie I: 3.95 M.	Serie II: 5.95 M.	Serie III: 7.95 M.
Regulärer Wert bis 6.50 M.	Regulärer Wert bis 8.50 M.	Regulärer Wert bis 12.50 M.

Achtung!

Gewerbegerichts Wahl.

Achtung!

Parteigenossen Berlins!

Sonntag, den 16. d. Mts., findet von mittags 12 bis 5 Uhr nachmittags in den bekannt gegebenen Wahlbezirken die Wahl von 70 Beisitzern (Arbeitnehmern) statt. Das Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend beansprucht davon ebensoviele neue Kandidaten ernennen zu können, wie alte Beisitzer seiner Richtung ausscheiden.

Es sind neun Kandidaten — die bisherige Vertretung — aufgestellt worden. Es sind dies die Genossen:

Karl Baberschke, Fliesenleger, Petersburgerstr. 81.
Theodor Fischer, Zimmerer, Dantsigerstr. 70.
Wilhelm Haackstein, Maurer, Swinemünderstr. 123.

Hermann Kluge, Hausdiener, Straßburgerstr. 33.
Erhardt Schlenker, Mechaniker, Kaufmännische Str. 8.
Heinrich Wehke, Maurer, Eberswalderstr. 19.

August Peters, Kürschner, Arndtstr. 42.
August Wilms, Instrumentenmacher, Friedenstr. 67.
Hermann Norgel, Bauarbeiter, Petersburgerstr. 95.

Parteigenossen! Die ersten vier Kandidaten kandidieren in zehn Wahlbezirken, wo vier Beisitzer zu wählen sind, die letzteren fünf in sechs Wahlbezirken, in denen fünf Beisitzer zu wählen sind.

Den Partei-Vertrauensleuten ist eine Liste der vorstehenden Kandidaten eingereicht worden.

Der Ausschluß des Gewerkschafts-Kartells für Berlin und Umgegend.

„Polnische Wirtschaft“.

Um hochstaplerisches Treiben im großen Maßstabe handelt es sich in einem umfangreichen Prozeß, welcher gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang nahm und verschiedene Tage in Anspruch nehmen soll. Die Anklage richtet sich gegen den aus dem Posenischen stammenden Grafen

Stanislaus v. Potulski

und fünf Mitangeklagte, denen Straftaten zur Last gelegt werden, welche sich in den meisten Fällen als Betrug, in den übrigen Fällen als Beihilfe dazu, versuchter Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung und Bedrohung kennzeichnen. Der Hauptangeklagte, Graf v. Potulski, ist flüchtig geworden und bisher nicht zu ermitteln gewesen, es wird deshalb nur gegen die folgenden mitbeschuldigten Personen verhandelt: 1. die Schriftstellerin **Margarethe Walcowski**, 2. deren Bruder, den Ingenieur **Willy Walcowski**, 3. ihre Mutter, die Privatierin **Julia Walcowski**, 4. den Kaufmann **Hermann Hubert**, ehemaliger Bräutigam der **Margarethe Walcowski**, und 5. **Agent Konrad Erdmann**. Diese Angeklagten haben in mehr oder weniger engen Beziehungen zu dem flüchtigen Grafen Potulski gestanden, Erdmann ist eine Zeitlang dessen Privatsekretär gewesen. Sie sollen über die Vermögensverhältnisse des tatsächlich mittellosen Grafen die überschüssigsten Behauptungen aufgestellt und dadurch eine Menge Geschäftsleute betrogen haben, ihm hohen Kredit zu gewähren. Es waren zum Termin über 80 Zeugen geladen, den verschiedensten Berufsständen angehörig, welche mehr oder weniger geschädigt sind. Die Verhandlung findet im kleinen Schwurgerichtssaal statt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor, Geh. Justizrat **Koesler**, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt **Morsberger**, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwältin **Dr. Schmidt**, **Arndt**, **Hugo Caro** und **Würgardt**. Die Angeklagte **Margarethe Walcowski** ist jetzt 30 Jahre alt. Sie macht den Eindruck einer gebildeten Dame. Da sie augenscheinlich leinlich ist, so wird ihr gestattet, während ihrer Vernehmung vor dem Richterlich Platz zu nehmen. Sie spricht so leise, daß nur selten eine ihrer Antworten im Hörsaalraum und am Berichterstatterlich verständlich wird. Sie gibt an, daß sie und ihr Bruder **Willy** aus der ersten Ehe ihrer Mutter stammen, die Ehe sei geschieden worden. Ihr Vater, der zurzeit eine Stellung bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft im Ostpreussischen Kreise, habe wieder geheiratet und sei nicht in der Lage, seine Kinder aus erster Ehe zu unterstützen. Ihre Mutter, die auch kein Vermögen besitzt, sei 1892 nach Berlin übergesiedelt. Die Angeklagte habe eine Zeitlang als Comptabilistin bei **Westheim** gearbeitet, diese Stellung aber wieder aufgeben müssen, weil sie sich mit ihren Kolleginnen nicht vertragen konnte. Sie hatte sich vorher eine größere Wohnung eingerichtet und hiervon zwei Zimmer mietweise abgegeben. Später habe sie jungen Herren Unterricht im

Anstand und guten Ton

erteilt und damit sich und ihre Angehörigen notdürftig durchgeschlagen. Eine Versicherung ihrer Verhältnisse sei aber eingetretten als ihr Bruder **Willy** zur Marine eingezogen wurde. Er gebrauchte fortwährend Zuschüsse und ging in der dringenden Weise Mutter und Schwester um solche an. Einmal habe er gedroht, er müsse sich erschießen, wenn er kein Geld erhalte. Damals habe sie sich damit begnügt, Darlehnsgefuche zu veröffentlichen. Es sei eine trübe Zeit für sie gekommen. Wegen Mangel an Beteiligung habe sie die Anstandskurse eingeben lassen müssen und diese Einnahmequelle verloren. Nun habe sie sich mit schriftstellerischen Arbeiten beschäftigt, sie habe Romane, Skizzen und Dramen verfaßt, aber keinen Abnehmer gefunden. Auch mit den von ihr veranstalteten Vortragsabenden habe sie kein Glück gehabt. Nun habe sie in größerem Maßstabe Anzeigen zur Erlangung von Geldbarleihen veröffentlicht. Sie habe sich dabei selbstverständlich als kreditfähig hingestellt. Bald war es „eine Dame aus der besten Gesellschaft“, bald „eine Künstlerin“, bald „eine vornehme Schauspielerin“, welche das Darlehen suchte. Es wurde stets besonders hohe Vergütung in Aussicht gestellt und dadurch wurden Geldmänner angelockt. Die Angeklagte ist tatsächlich auf kurze Zeit in den Vorstand eines Schriftstellervereins gekommen, sie verwendete damals Visitenkarten mit der Aufschrift: „**Marga Walcowski-Waldegg**, Schriftstellerin.

Vorsiehende der Unterstützungskasse

des Allgem. Schriftstellervereins“. Diese Karten machten auch auf die Darlehnsgeber Eindruck. Verlangten diese eine besondere Sicherheit, so war die Angeklagte stets bereit, ihr kostbares Mobiliar, welches sie auf Abzahlung entnommen hatte, zu verpfänden. So war der ins Rollen gekommene Stein nicht mehr zu halten. Ihre Mutter ließ die Angeklagte schalten und walten wie diese wollte, auch sie sagte den Darlehnsgebern keineswegs die Wahrheit über ihre Vermögensverhältnisse, sondern unterstützte ihre Tochter in tatkräftigster Weise. Waren Wechsel auszustellen, so unterschrieben Mutter und Tochter. Inzwischen hatte **Margarethe Walcowski** den Mitangeklagten **Hubert** kennen gelernt. Dieser war seit längerer Zeit ohne Stellung und in schlechter Vermögenslage. Trotzdem suchte er sich als reicher Mann auf. So gab an, daß er sowohl bei **Hamburg** wie bei **Amsterdam** Besitztümer habe und erging sich in den überschüssigsten Schilderungen seiner angeblichen Reichtümer. Wagte es jemand Zweifel zu äußern, so schwor er „beim Grabe seines Mutter“. Er wollte Verbindungen gemacht haben, die ihm Millionen einbringen sollten. Im November 1900 hatte **Hubert** die Angeklagte **Margarethe Walcowski** in einem Heiratsvermittlungsbureau kennen gelernt. Die letztere schenkte ihm über ihre Verhältnisse reinen Wein ein und wurde nun von **Hubert** bestärkt, ihm ebenfalls Darlehen zu besorgen. Die beiden Gleichgesinnten arbeiteten von jetzt ab zusammen und zwar mit unerwartetem Erfolg. — Im Winter 1902 machte **Margarethe Walcowski** wieder einen Versuch, eine Erwerbstätigkeit zu beginnen. Sie begründete ein

Damenbrettel

und veranstaltete damit im Theater „Schall und Rauch“ am 2. Februar 1902 eine Aufführung. Aber sie erntete wieder einen entsetzlichen Mißerfolg. Bald darauf wurde das Verhältnis zwischen **Hubert** und **Margarethe Walcowski** gelöst, und nun trat der Graf v. Potulski in Erscheinung. Dieser ist der Bruder des Majoratsheeren **Sigismund v. Potulski** auf dem Gute **Prodnosno** in der Provinz **Posen**. Da dieser einen Sohn hat, so hat der Angeklagte v. Potulski keine Aussicht, Majoratsherr zu werden. Sein Bruder ist auch nicht in der Lage, ihn zu unterstützen. Gänzlich mittellos und ohne Erwerb legte auch v. Potulski sich auf Darlehnschwindeln. Er stellte sich als Majoratsherr von **Prodnosno** vor, erzählte bald von einem Hagelschlag, der seine Ernte vernichtet habe, bald fabelte er von einer Verzögerung der Auszahlung seiner Rente, um ein Darlehnsgefuch zu begründen. Wurde dem Grafen hier der Boden zu heiß, so begab er sich auf kurze Zeit nach **Paris** oder **London**. Ueberhaupt führte er ein unsägliches Abenteuerleben, er verstand es, seine Anmeldungen nach einem Wohnungswechsel zu verhängen, änderte häufig seinen Namen und gab seinen Gläubigern falsche Adressen an. Zu ihrem Unglück lernte **Margarethe Walcowski** diesen Mann kennen und verlobte sich mit ihm. Der Graf spielte sich auch ihr gegenüber als

Majoratsherr

auf. Trotdem war er häufig in Selbstverlegenheit. Bald entwickelte sich zwischen ihnen daselbstes Verhältnis, wie früher zwischen dem **Hubert** und der **Margarethe Walcowski**. Jetzt mußten die Erfindungen über die angeblich glänzenden Verhältnisse Potulskis ihre Wirkung tun. Besonders bemühte die **Walcowski** sich, Akzente ihres Bräutigams unterzubringen. Viele Darlehnsgeber wurden wiederum geprellt. Am den Seiten besonders Reichthums zu erweisen, hielt der Graf sich in der Person des Mitangeklagten **Erdmann** einen Sekretär. Dieser erteilte natürlich den Geldgebern über den Grafen und dessen Braut die glänzendsten Auskünfte. Ungefähr zu gleicher Zeit beteiligte sich auch **Willy Walcowski** an den Schwindeln. Er hatte seinen Abschied genommen und war nach **Berlin** gekommen. Er führte hier ein lockeres Leben. Im Sommer 1902 unterhielt er ein Liebesverhältnis mit einer **Berlinerin**. Als diese ihm den Kaufpaß geben wollte, bedrohte er sie mit dem Tode und machte sich dadurch der Bedrohung schuldig. Seine Schwester war ihm eine gute Lehrmeisterin. Schon als er in **Kiel** war, hatte sie stets von ihm als den „**Herrn Marine-Offizier**“ oder dem

Herrn Polizeileutnant

gesprochen. Unter ähnlichen selbst beigelegten Titeln trat er dann in **Berlin** auf. Auch nannte er sich bisweilen „Ingenieur“, weil er einen Apparat zur Hebung versenkter Minen erfunden haben will. Er erzählte den Darlehnsgebern Wundergeschichten von den polnischen Erfolgen, die er dadurch zu erzielen im Begriffe stehe.

Im Oktober 1902 ging das Verhältnis zwischen dem Grafen v. Potulski und **Margarethe Walcowski** in die Brüche. Der letzteren und ihren Angehörigen fiel es immer schwerer, sich über Wasser zu halten. Es mußten neue Vorspiegelungen erfunden werden. **Margarethe Walcowski** gab jetzt vor, das **Wilhelm-Theater** übernehmen zu wollen, dessen notwendiger Umbau allein 50 000 R. erfordert hätte, während die Wiete jährlich 18 000 R. betragen sollte. Sie ließ sich ferner folgende Verlobungsanzeige drucken, auf Grund deren sie ihre baldige vornehme Verheiratung in Aussicht stellte: **Margarethe Walcowski-Waldegg**, **Karl Freiherr v. Reiner**, Königl. Kammerherr, Verlobte.“ Auch hierdurch wurden einige Geschäftsleute gefügig gemacht. Schließlich erfolgte dann die unausbleibliche Katastrophe.

Die Vernehmung der Angeklagten, die im wesentlichen geschildert waren, nahm den ersten Sitzungstag in Anspruch.

Aus der Frauenbewegung.

Berichterstattung über Frauenkonferenz und Parteitag.

Eine von den sozialdemokratischen Frauen veranstaltete Volksversammlung tagte am 11. Oktober in den Reminshallen, Kommandantenstraße, um den Bericht von der Frauenkonferenz und vom Parteitag entgegen zu nehmen. Genossin **Clotilde Baader** entrollte zunächst ein Bild der wichtigsten Verhandlungen und Entscheidungen der dritten Konferenz sozialistischer Frauen. Einleitend hob sie hervor, diese letzte Konferenz habe sich vortrefflich von den früheren unterscheiden, nicht nur durch sachlicheren Verlauf, sondern auch durch die Diskussions, die Zeugnis ablegte vom wachsenden Bewußtsein aller behandelten Fragen. Bemerkenswert sei, daß Frauen aus Gegenden vertreten waren, wo man auf ein so baldiges Fortschreiten der sozialistischen Bewegung unter den Frauen nicht gehofft habe, zum Beispiel dem Ruhr- und Westfalengebiet. Nicht unerwähnt bleiben dürfe, daß im Gegensatz zu der vorherrschenden Meinung von der unendlichen Apathie der Frauen sich die Rednerinnen möglicher Schnappheit beseitigt hätten, wie auch schon aus den früheren Konferenzen. Die diesmalige Konferenz sei auch deshalb noch von Bedeutung, weil der Parteivorstand sich offiziell habe vertreten lassen und so gezeigt worden sei, daß die Institution der sozialistischen Frauenkonferenzen vom Parteivorstand als eine unter den heutigen Zuständen notwendige Einrichtung anerkannt werde.

Rednerin bestärkte lebhaft, daß die aufgeregten und tätigen Frauen nun auch energisch den Anregungen der Konferenz auf den verschiedensten Gebieten, auf welche sie näher einget, folgen müßten. Da sei die Agitation unter den Frauen für die Gewerkschaften, die man sich angeschlossen sein lassen müsse. Zu dem Zwecke seien von den politisch tätigen Frauen Kommissionen zu wählen, die in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften wirken sollten. Als ein wichtiges Mittel habe die Konferenz mit Recht auch die Beschwerdekommissionen angesehen, die in verschiedenen Orten schon beständen, um Beschwerden von Arbeiterinnen dem Gewerbe-Inspektor zu übermitteln. Nur hätten sie nach Meinung anderer und auch der der **Rednerin** bisher nicht so funktioniert, wie man wünschte, weshalb sie nicht

nur in allen Orten mit erwerbstätigen Frauen eingeführt, sondern auch selber ausgebaut werden sollten. Selbst in **Berlin** wären Frauen und Mädchen nur in vereinzelten Fällen zur Beschwerdekommission gekommen, um über Mißstände in Fabriken und Werkstätten Auskunft zu geben. Das sei zu ändern. Man wolle nicht mehr warten, bis Beschwerdeführerinnen zu den Mitgliedern der Beschwerdekommissionen kämen; letztere sollten vielmehr in die Gewerkschaften gehen und in Werkstuden- und Fabrikationen durch geschicktes Befragen die Arbeiterinnen betrogen, sich über die Uebelstände auszulassen. Zugleich könnte eine Belehrung über die winzigen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen damit verbunden werden. Selbstverständlich könnte das nur geschehen, wenn die Leiter der Gewerkschaften damit einverstanden seien und die Frauen ihre Unterstützung hätten. In die Gewerkschaften würde man die Forderung stellen, das notwendige Gesetzmateriale zur Verfügung zu halten, eine leicht erfüllbare Forderung, zumal die ganze Arbeit auch den Gewerkschaften wieder Nutzen bringe.

Bei Erörterung der weiteren Verhandlungen der Konferenz betont **Rednerin**, daß natürlich auch in politischer Hinsicht die Frauen die Agitation nicht vernachlässigen dürften. Die bürgerliche Gesellschaft biete da Agitationsstoff genug, er brauche nur aufgegriffen werden. Die Reserate der Genossin **Jetkin** über die Schulfrage und der Genossin **Biep** über den Kinderzuschuß bezeichnete sie als Meisterstücke. Die Anleitungen, die darin und in den Beschlüssen gegeben seien, werde man sich in den nächsten Jahren zunutze machen und sie würden Früchte tragen. — Die ausführlichen Auseinandersetzungen über das Vereins- und Versammlungsrecht haben wieder die Wichtigkeit der entsprechenden Gesetzgebung im geeinten Deutschland hervortreten lassen. Und erst die Auslegung und Anwendung in den einzelnen Bundesstaaten, besonders aber in **Preußen**. Namentlich seit der Segment-Verordnung des **Herren von Hammerstein** sei in den Köpfen mancher Polizeibeamten eine wahre Verwirrung entstanden. Die Bestimmungen, die doch nur politische Vereine und ihre Versammlungen betreffen könne, werde öfter auf öffentliche Versammlungen übertragen, so im **Rheinland**. In einer öffentlichen Versammlung duldet der Beamte nicht „die Vermischung der Geschlechter“, sondern verwies die „Frauenspersonen“, wie er sich mit dem Worte des § 8 des reaktionären Gesetzes ausdrückte, auf die linke Seite des Saales. Die Genossin, welche als Referentin erschienen war, durfte als „Frauensperson“ nicht sprechen. Solche Geschwindschritte, die die Rechtslosigkeit der Frauen noch verschlimmere, dürfe man sich nicht mehr gefallen lassen. Aber auch mit der einfachen Beschwerde an die vorgesetzte Behörde dürfe man sich nicht begnügen; bis in die höchste Instanz müsse man gehen. Die ernstliche Agitation für ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht sei nach den Beschlüssen der Konferenz energisch weiter zu führen. Eigentlich müßten unsere patriotischen Schreier für das „einige“ Deutschland schon längst ein einheitliches Vereinsrecht durchgedrückt haben. Wie sonst, so sei es aber auch hier: die Herren brüllten nur immer vom Patriotismus, wir aber übten ihn aus, indem wir dafür einträten, daß in unserem deutschen Vaterlande Gesetze geschaffen würden, unter denen man sich wohlfühlen könne. Mit dem Ergebnis der Frauenkonferenz könne man zufrieden sein. Die Genossinnen hätten sichtlich ihre Aufgabe erfüllt. Sie seien bestrebt, den sozialistischen Gedanken in die Massen hinein zu tragen und zu sorgen für die politische und gewerkschaftliche Organisation der Frauen. Hoffentlich werde die neue Konferenz in zwei Jahren noch stärker besucht sein und uns zeigen, daß wir nicht umsonst gearbeitet, sondern Fortschritte und zwar große Fortschritte erzielt haben. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Dr. Wach** hat die Frauen, indem er an die Ausführungen über den Kinderzuschuß anknüpfte, dem soeben gegründeten Verein für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Interesse zuwenden. Der Verein soll den Uebergriffen gegen Lehrlinge und andere jugendliche Arbeiter entgegen wirken.

Die Berichterstattung vom Parteitag hatte ebenfalls Genossin **Baader** übernommen. Wegen der ausführlichen Berichterstattung beschränkte sie sich darauf, eine zusammenfassende Uebersicht zu geben und ihre Meinung zu einzelnen Fragen zu sagen. Was die Frage der Schaffung einer Jugendzeitung angeht, würdigte sie die Schwierigkeiten und meinte, sie könnte sich eine von der Partei herausgegebene, nur für die Jugend bestimmte Zeitschrift nur denken als im geistigen Zusammenhang mit unserer ganzen Bewegung stehend. Wo es sich aber darum handele, nur der Phantasie der Kinder bis zu einem gewissen Alter entgegen zu kommen, da reiche unsere Märchenliteratur (**Grimm** usw.) aus. Zu dem Antrag, die zur Jagde einberufenen jungen Leute einer besonderen Belehrung zu unterwerfen, bemerkte **Rednerin**, es sei ganz richtig gesagt worden, daß so kurz vorher eine solche Agitation keinen Zweck haben würde. Ihrer Meinung nach sei auch hier die Hauptfrage die Erziehung durch die Eltern. Die proletarischen Eltern könnten gar viel tun, um freie Menschen zu erziehen, die zugleich fähig seien, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Vorausgesetzt sei dabei die Abschaffung der Prügelstrafe, und daß man nicht absolut immer seine Autorität durchsetzen und nicht stets den Willen des Kindes brechen müsse. — Daß die Frage der Reorganisation einer Kommission überwiegen sei, die ihre Vorschläge ein Vierteljahr vor dem nächsten Parteitag zur Diskussion zu stellen habe, halte sie für sehr gut. Dabei werde wohl das Richtige herauskommen, eine Lösung gefunden werden, mit der auch die Genossinnen zufrieden sein könnten. Denn auf diese komme es auch mit an. Sie wollten ja nicht hindern, daß sich die Partei eine vollkommenere Organisation gebe, sie meinten aber doch, man solle auch die zukünftige Organisation so gestalten, daß die sozialistischen Frauen sich im Rahmen der Partei betätigen und sich ganz als Genossinnen fühlen könnten. — Ueber die Resolution in Sachen der Alkoholbekämpfung spricht **Rednerin** ihre Genugtuung aus. Eine Diskussion und Klärung der Frage des politischen Massenstreiks als gelegentliches Abwehr- und Kampfmittel erscheint der **Rednerin** geboten, wenngleich sie sich ebenso ablehnend, wie der Parteitag, gegenüber **Friedeberts** An-

sichten verhält. — Von der Resolution Bebel und dem Amendement
Rechtlicher in Sachen Schippel erhofft sie eine gute, warnende
Wirkung auf diejenige. Der von A. Körsten auf dem Parteitag, ver-
tretenen Ansicht über das Verhalten der Fraktion bei sozialpolitischen
Gesetzen trat sie lebhaft entgegen. — Eine Diskussion über den
Bericht erfolgte nicht.

Die Vertrauenspersonen gaben ihren Geschäftsbericht. Die
Genossinnen B u l f und B a u s c h e nahmen gemeinsam 361,30 M.
ein und gaben 346,72 M. aus, so daß ein Bestand von 14,58 M. ver-
blieb. Die gemeinsame Kasse der Genossinnen B e n g e l s und
L u b hatte eine Einnahme von 1264,89 M., der eine Ausgabe von
1260,45 M. gegenüberstand. Bestand: 4,44 M. Den Vertrauens-

personen wurde Decharge erteilt. Aus der Neuwahl gingen hervor
die Genossinnen B a n z e r a m, B a u s c h e, L u b und B u l f.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den
17. Oktbr. abds. 8 1/2 Uhr, in den Armienhallen, Kommandantenstr. 20:
Vortrag des Hrn. Dr. Krone über: „Schule und Haus“. Gäste willkommen.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 13. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Carmen.
Neues königl. Opern-Theater.
Ein trüblicher Tag.
Deutsches Rettungslieber.
Berliner. Kapfenreich.
Festung. Traummusik.
Westen. Die Niederländer.
Thalia. Der Weberkönig.
Zentral. Der Bettelstudent.
Volk-Alliance. August Zimmermann
als Einzel Bräutigam.
Anfang 8 Uhr:

National. Jar und Zimmermann.
Schiller O. (Wallner-Theater).
Großstadtluft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater). Johannis-
feuer.
Neues. Minna von Barnhelm.
Kleines. Elektra.
Reitbahn. Eine Hochzeitnacht.
Kunstspielhaus. Niederleute.
Trianon. Gastons Frauen.
Luisen. Hamlet.
Deutsche Volksbühne. Maria
Stuart.
Cassino. Mutter Gräbert.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.

Uphollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Palast. Vom Himmel zur Hölle. —
Spezialitäten.
Herrfeld-Theater. Nur eine Nacht.
Am andern Morgen.
Passage-Theater. Dida. Spezial-
itäten. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Elitiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr im Theater. Im
Sonnkreis der Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62. Stern-
warte. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Zentral-Theater
Heute Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Bettelstudent.
Operette in 3 Akten von C. Willinger.
Freitag: Die schöne Helena.
Sonntag: Die Fledermaus.
Der Bettelstudent. Abends: Die Puppe.

Luisen-Theater.
Hamlet.
Freitag und Sonnabend: Der Re-
gistrator auf Reisen.
Sonntag nachm.: Hamlet. Merks:
Der Registrator auf Reisen.
Montag: Der Registrator auf Reisen.

National-Theater
Weinbergsweg 12a-13b.
Donnerstag, den 13. Oktober 1904:
Zar und Zimmermann.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: 1. Gastspiel Bonci:
Rigolotto.

Deutsch-Amerikanisches
Theater. Köpenickerstr. 67.
Heute zum Gastspiel Adolf Philipp.
364. „Ueber'n grossen
Teich.“
Anfang 8 Uhr.
MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
„Ueber'n grossen Teich.“

Deutsche Volksbühne.
Carl Weib-Theat., Gr. Franzstr. 132.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Morgen bis Sonntag: Maria Stuart.
Sonntag nachm.: Die Waise aus Lowood.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
8 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.
(Une Nuit de Noce.)
Schwank in 3 Akten von H. Stérol
und H. Barre.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Das Pfeffer-Rüsil
aus Frankfurt am Main.
Romantisches Schauspiel von Charlotte
Borch-Pfeffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Etablissement Nygenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Diensttag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Ratsersaal:
30 Tanz.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schwank in 4 Akten v. Oscar Blum-
thal und Gustav Kadelburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzschreiber.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Johannisfeuer.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Johannisfeuer.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann
Eudermann.
Freitag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.

Kleines Theater
Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr:
Elektra.
(Elektra: Eysoldt, Rhythmetra: Korn,
Christophen: Hus, Dreft: Licho.)
Freitag: Nachtsyl.
Sonnabend: Des Pastors Rieko.
Sonntag: Nachtsyl.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr:
Minna von Barnhelm.
(Minna: Helma, Franziska: Höflich,
Bibi: Engels, Just: Pagay, Tellheim:
v. Winterstein, Bener: Kayllier.)
Freitag: Die Kronpräsidenten. (7 Uhr)
Sonnabend: Erdgeist. (8 Uhr)
Sonntag: Die Kronpräsidenten. (7 Uhr)

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Durchschlagender Lederfisch!
Der Weiberkönig.
(Guido Thielischer, Lina Abarbanell,
Fritz Helmolding, Josephine Dora
in den Hauptrollen.)
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben
Preisen: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr: Letztes Gastspiel von
August Junkermann
als
Onkel Bräutigam.
Morgen, Freitag: Wegen Vor-
bereitung geschlossen.
Sonnabend: Zum erstenmal: Novität.
Die Tugendglocke.

Freie Volksbühne
Die Vorstellungen müssen pünktlich um
2 1/2 Uhr beginnen. Die Mitglieder werden dringend
gebeten, 2 1/2 Uhr spätestens zu erscheinen.
Sonntag, den 9. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr:
7. Abteilung. 4. Abteilung.
Götz von Berlichingen. Die Komödie der Liebe.
229/16 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Germania-Prachtsäle
Chausseestrasse 103. Arnold Scholz.
Jeden Donnerstag:
Elite-Militär-Konzert
der Regimentsmusik des II. Garderegiments zu Fuß. Dirigent:
Kgl. Musikdirektor Frz. A. Berger.
Nach dem Konzert: Familien-Ball
bei stark besetztem Orchester. 676L
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Alle Genossen, Freunde und Bekannte erlaube ich mir zu meinem am
Sonntag, den 16. Oktober, stattfindenden
Wurst-Essen
unter Mitwirkung der ganzen Handpelle ganz ergebenst einzuladen.
6962* Alex Kieburg, Gastwirt, Adalbertstr. 86.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Die neuen Oktober-Spezialitäten.
Hierauf:
Berliner Luft.
Ansetzung-Burleske von Benno
Jacobson. Musik von Paul Lincke.
Sonntag, den 16. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, bei ermäßigten
Preisen: Frühlingluft. Ope-
rette von Josef Strauß. Vorher:
Spezialitäten.

Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Auf 23.8. Sonntag 7 1/2
Das schönste neue Oktober-Programm.
Neu: Barock und Smiles. Neu!
Das Brillard-Zeppel-Duett.
Mutter Gräbert.
Vollständ. in 3 Akten v. H. Heisingen.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Der Doniziani.

Metropol-Theater
Josef Giampietro a. D.
Bender. Josephi. Grünfeld. Frid-Frid.
Der größte Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr.
Gr. dram.-satir. Revue in 5 Bildern
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags: Madame X.

Berliner Luft.
Ansetzung-Burleske von Benno
Jacobson. Musik von Paul Lincke.
Sonntag, den 16. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, bei ermäßigten
Preisen: Frühlingluft. Ope-
rette von Josef Strauß. Vorher:
Spezialitäten.

Skala-Theater.
Eintr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Familie Schmekeles
Pöffe mit Gelang in einem Akt,
sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Stadt-Theater Moabit.
All-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Ebnel.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. 1. 20 Pf.
Sonntag, den 16. Oktober: Prä-
loin Schnabels Verlobung.

Abnormitäten - Ausstellung
Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Feodora, das Weib mit
den Löwentatzen.
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. groß.
Charlesto, das rätselhafte
medizinische Wunder.
Nada und Mimos.
Gedankenleser.
Eintritt 10 Pf.

Stadt-Theater Moabit.
All-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Ebnel.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. 1. 20 Pf.
Sonntag, den 16. Oktober: Prä-
loin Schnabels Verlobung.

Stadt-Theater Moabit.
All-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 4 Akten von G. Ebnel.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. 1. 20 Pf.
Sonntag, den 16. Oktober: Prä-
loin Schnabels Verlobung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises (Ost).

Sonntag, den 16. Oktober 1904, nachmittags 4 Uhr
in Kellers Festsälen, Koppenstrasse 29

Stiftungsfest.

Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert.
Turnerische Aufführungen von Mitgliedern d. Turnvereins Fichte.
Auftreten der Harburger Sänger.

Von 6 Uhr ab Tanz im kleinen Saal. — Nachdem Konzert im grossen Saal.
Alles Nähere im Programm.
Billets vorher 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Der Vorstand.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTIUM.

Friedrichstr. 165.

Rosa

das gelehrte Pferd!

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvort. 8 Uhr.
Nehm. Wochent. 5, Sonntag 3 Uhr.
Das grossartige
Oktober-Programm:
Hans Fredey, Humorist.
Geschw. Fiocali, Tanzduo.
Engelski-Truppe, Russ. Ges.- u.
Tanz-Ensemble
die Erschaffung
eines Weibes
aus dem Nichts.
Dida
14 neue erstklass. Nummern.

Palast-Theater.

Bürgerliche Schauspiele.
Burgstr. 22. Anfang 8 Uhr.
Nur noch bis Donnerstag:
Vom Himmel zur Hölle
mit Direktor Richard Winkler
als Jupiter.
Vorher: Das phänomenale
Spezialitäten-Programm.
Freitag, den 14. Oktober:
4. großer Elite-Abend
unter Mitwirkung namhafter Gäste.
„Marianne“
oder: Ein Weib aus dem Volke.

Gebrüder Herrfeld-Theater

Ueber 200 Mal:
der grösst. Herrfeld-Schlager
Nur eine Nacht
zwei Akte aus einer Ehe, und
Am andern Morgen
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit
Anton und Dora Herrfeld in den
Hauptrollen.
Anf. (auch Sonntags) 8 Uhr.

Skala-Theater.

Eintr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
Familie Schmekeles
Pöffe mit Gelang in einem Akt,
sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Otto Pritzows Abnormitäten - Ausstellung

Münzstr. 16, am Alexanderpl.
Feodora, das Weib mit
den Löwentatzen.
Lebend! Lebend!
32 Jahre alt, 70 cm. groß.
Charlesto, das rätselhafte
medizinische Wunder.
Nada und Mimos.
Gedankenleser.
Eintritt 10 Pf.

Zirkus Busch.

Für das Wohl des Pferdes!
Auftreten d. norweg. Rittmeisters a. D.
Herrn Grimsgaard. Frau Mohnke,
Schulmeisterin auf „Abdallah“. Herr
Dr. Busch, 6 engl. Bockstier. Hr.
Binta mit seiner dress. Gänsehunde.
Die berühmte frz. Reiterf. Lécussou.
15 Polarbären von Mr. Henriksen.
10 dress. Elefanten. Südwest-Afrika
und die vorzügl. Programmnummern.

WINTER GARTEN

Neues Programm.
LIANE DE VRIES
Pariser Sängerin.
Edi Stadler, Jodler.
Die Asahis, japanische Akrobaten.
Morton und Elliot,
Papier-Manipulatoren.
Pas de Deux oriental.
Die 4 Harveys, Drahtseilkünstler.
Die Harmony Four, amerik. Quartett.
Marcell Salzer, Vortragskünstler.
Howard de Grey, Barfußstänzerin.
Permane Bros, Clowns.
Agost-Familie, Jongleure.
Larive, französische Soubrette.
Das Motogirl.
Romsakoffe, weibliche Kosaken.
Der Diograph.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt. Mont. Donnerst.
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
Nach jeder Soliste:
Tanzkränzchen.
Jed. Dienstag u. Mittwoch:
Theater-Abend.
Alle ausgegebenen Vor-
zugskarten gelten.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Weisel, Pietro, Britton,
Steibl, Blättner, Böhme,
Böckmann, Walden,
Schwader).
Anfang:
Montags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten- Theater.

Frankfurter
Allee 55.
Das vorzügl. Oktober-Programm.
30 Nummern.
Neu! Der mysteriöse Elefant
(Wunder der Dressur).
Neu! Der Schneider in
tausend Acagsten.
Grosse Pöffe.
Anfang 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr.

Kronleuchter - Fabrik

für Gas u. Petroleum.
Grösste Auswahl.
400 Kronen
von 10-700 M.
Verk. zu billigst. Fabrik-
preisen an Private.
Auf Wunsch Teilzahlung
ohne Preisermäßigung.

Siegel & Co.

Prinzenstrasse 33.
Berliner Ullk-Trio.
Felix Scheuer Ullk-Str. 1.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 13. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
u. a.: Die beliebte jugendliche Schu-
lerin in Ref. Dora Schumann.
Solisten: La table tournante.
Sohn des
Herr Albert Carré, formerly
niederländischer Zirkusdirektor Oskar
Carré, mit seinen Freiheitsbrettern.
Zum erstenmal auf dem Kontinent:
Chinko, m. l. phänomen. Leistungen.
Der französische
Forscher Pernelet
mit seinen
40 Krokodilen
Georg Lurich.
XX. Jahrhunderts
Die neuesten Orig.-Schul-Freiheits-
brettern des Direktor Alb. Schumann.
Kerner sämtliche Spezialitäten.
Zum Schluss: Juno 20. Male:
Abendlich hürmischer Beifall:
Michael Strogoff oder:
Der Kurier des Zaren.
Grosses mimisches Drama in 8 Bildern
mit neuen feinsten Licht- und
Wasser-Effekten.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.
Heute sowie jeden Donnerstag
Gr. Tanzkränzchen.
Freitag u. Sonntag:
Herrn Nordd. Sänger.
Tagl.: Gr. Bürg. Mittags-
essen. Säfte zu Special-
preisen. Versammlun-
gen usw. zu tulan-
den Bedingungen.

Ausnahmepreis!

Reichgestickte Portieren

Die komplette Dekoration
(bestehend aus 2 Flügeln und
1 Quorbekhang)
in Plüsch . . . 10⁵⁰ (Wert
16,00)
in schwerer Wollserge 7⁵⁰ (Wert
10,50)
in Victoriauche . . . 8²⁵ (Wert
13,50)
Eine Partie Wollportieren
mit allerliebster Blumenkante
per Shawl 2 Mark.
Teppich-Special-Kaus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstraße 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog
etwa 600 Abbildungen
gratis u. franco.
Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen Webfehlern!

VI. Wahlkreis.

Achtung! Schönhauser Vorstadt. Achtung!

Sonntag, den 16. Oktober, abends 5 Uhr, in den „Verolinasälen“, Schönhauser Allee 28:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen E. Dittmer über: „Dativismus und die Arbeiterfrage“. 2. Diskussion.
Nach Schluß: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: Selbstverwaltung, Konstitution und Absolutismus. 2. Diskussion.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vertrauensmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9070.
Arbeitsnächste Zimmer 24. Amt IV, 3353.

Achtung! Bau-Anschläger! Achtung!

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung sämtlicher Bau-Anschläger Berlins und Umgegend in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Stellungnahme zu unserer Lohnforderungen und Stellungnahme dazu.
Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist es notwendig, daß ein jeder erscheint.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Rahmenvergolder! Achtung!

Freitag, den 11. Oktober 1904, abends 8 Uhr:
Außerordentl. Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Berliner Vergoldermeister auf unsere Lohnforderungen und Stellungnahme dazu.
2. Verschiedenes.
Zu zahlreichem Erscheinen aller in der Rahmenbranche Beschäftigten erwartet
Der Vorstand der Filiale Berlin.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

Eingeschriebene Hülfskasse No. 3 (Hamburg). Verwaltung Berlin G.
Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, in „Fleisch Heilsälen“, Fruchtstr. 36a:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Die Sprechstunden des Bevollmächtigten und Kassierers fallen an diesem Abend aus. — Beiträge werden in der Versammlung vom Kassierer entgegengenommen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“

(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes).
Donnerstag, den 13. Oktober 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:

Außerordentliche Vereinsversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Gewaltstreik des Provinzial-Schulkollegiums.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedskarte legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorsitzende: Paul Richter.

Bildhauer!

Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Vortrag von Georg Bernhard über:
Handelsverträge u. Arbeiterinteressen.
Wäfte, auch Damen, willkommen.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Scheruchs Festsäle

Rüdersdorferstr. 45
Sonnabends u. Sonntags noch frei.
Ergebenst Albert Scheruch.

Berliner Ressource

Kommandanten-Strasse 57.
Empfehle meine hochlegierten, renovierten, großen u. kleinen Festsäle für Festlichkeiten und Versammlungen.
Fernsprecher Amt IV, 9075.
Sonnabende und Sonntage noch frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Böhmisches Brauhauses, Landwehrberger Allee Nr. 11:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu der Aussperrung der Holzindustriellen.
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Jede Werkstatt muss vertreten sein.
Vertreter bis 10 Kollegen entsenden 1 Delegierten, bis 20 Kollegen 2 Delegierte, bis 30 3 u. f. f.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!

Donnerstag, 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Ist die Einführung des achtstündigen Arbeitstages im Berliner Maurergewerbe notwendig? 2. Diskussion. 3. Die Gewerkegerichtsverfahren am 16. Oktober 1904 und das Verhalten der Berliner Gewerkschaftskommission zu denselben.
Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend. 3. A.: Heinrich Metzke.
Bureau jetzt: Hirtenstr. 20, Seitenflügel barriere. Telefon: Amt VII. 4090.
NB. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Maurer eingeladen. D. O.

Rabatt-Spar- u. Konsum-Verein „Süd-Ost“.

4 Mitglieder-Versammlungen
für
Berlin
Donnerstag, den 13. Oktober 1904, abends 8 Uhr
im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75;
im Lokal des Herrn Gansewig, Reichenbergerstraße 147.
Montag, den 17. Oktober 1904, abends 8 Uhr
im Lokal Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Montag, den 17. Oktober 1904, abends 8 Uhr
im Lokal des Herrn Thiel, Bergstraße Nr. 151/152.
Tages-Ordnung in allen vier Versammlungen:
„Die hygienische Brotproduktion“.
Referenten die Leiter des Bäder-Verbandes Karl Hetzschold u. Franz Schneider.
In Anbetracht der für die Volksernährung so wichtigen Tagesordnung bittet um zahlreiches Besuch
Der Vorstand.

Lustspielhaus Biederlente.

Friedrichstraße 236.
Anfang 8 Uhr.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassensatzes besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassensmitglieder und der Arbeitgeber.
Die Kassensmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgang zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeauftragte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.
Für 1904/1905 sind zu wählen:
von den Kassensmitgliedern 458 Vertreter,
von den Arbeitgebern 225
Die Wahl der Vertreter der Kassensmitglieder findet am
Sonntag, den 30. Oktober cr.,
vormittags präzise 10-11 1/2 Uhr,
im großen Saal des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15
statt. (Um 11 1/2 Uhr wird der Wahl geschlossen.)
Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassensmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Zur Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckereibesitzer gebeten, dasselbe quittiert den oben angeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl anzuhändigen.
Ohne Quittungsbuch ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.
Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahl-Versammlung am
Mittwoch, den 26. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Buchgewerbe-Saal, Friedrich-Str. 231,
und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.
Berlin, den 10. Oktober 1904.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Johannes Blenz, Vorsitzender. Otto Wanzicki, Schriftführer.
Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Prinz Allee 82 nahe der Badstraße ein
Restaurationslokal mit Speisewirtschaft
eröffnet habe. Für gute Speisen und Getränke werde stets sorgen. Kalte mein Lokal sowie Vereinszimmer mit Pianino auch zu Festlichkeiten bestens empfohlen.
O. Bachgänger.

Kartoffeln!!

Neuere rote Kartoffeln in Tüten, a 1/2 Zentner Inhalt, franco Haus Berlin 30/4
liefert für 6 M. netto
Kasse das Kartoffel-Exportgeschäft von Karl Müller, Schwedstr. 30/4.
Kartoffeln werden in diesem Winter sehr teuer, ich führe alle bis zum 1. November einlaufenden Aufträge zu obigem Preise aus. Alle Bestellungen werden der Reihe nach expediert.
Begr. 1864
Pelzwaren-Fabrik
Neue Königstraße 21, u.
verkauft nach beendeter Engros-Season Reismuster, Kollern, Stolas, Muffen etc. zu billigsten Engros-Preisen.
Es gelangt nur wirklich reelle Kürschnorware zum Verkauf.

Möbel ab Fabrik

Gebiegene Arbeit.
Eine erste ansehnliche Möbel-fabrik ist bereit, an Beamte, Brautpaare etc. kompl. Einrichtungen (sowie einzelne Gegenstände bei 1/2 oder 1/3 Anzahlung laut Katalog) abzugeben. Adressen bitten unter L. 1 in der Hauptpost, d. W. abzugeben. Fordern Sie die kostfreie Zusendung des Kataloges.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen u. Maß, tabell. Maß, Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg,
An der Jannowbrücke 1, 1.
Bühnen Jannowbrücke

„Bad Gesundheit“

Berlin N., Eisasserstrasse 30, am Trandenburger Tor. 6262
Peinlichste Sanberkeit. Gewissenhafte Behandlung.
Dampf-, Lohannis u. Kräuterbäder, Heißluft, Kohlensäure-, Sool- und Wannen-Bäder.
Zämtliche Manipulationen genau nach ärztlicher Vorschrift.
Bäder für Mitglieder sämtlicher Krankenkassen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 9. d. M. verstarb unser Wohlgeb. der Vorbereiter
Franz Knicker
Strelitzerstr. 59.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Elisabeth-Nichthof, Prinzen-Allee, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. 153/9
Zweigverein Berlin.
Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
August Barnowsky
am 6. d. M. im Alter von 44 Jahren plötzlich verstorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Markus-Nichthof in Wilhelmshagen statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Heute vormittags 9 1/2 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden im Alter von 27 Jahren unser einzig geliebter Sohn
Hermann.
Dies zeigen hierdurch an
Trepptow, den 10. Oktober 1904
Rieschgr. 22
Julius Schmidt, Restaurateur, nebst Frau.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Trepptower Kirchhofes aus statt.

Am 12. Oktober starb sanft nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Selma Schmidt
geb. Honkol
im 34. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntagvormittag 2 Uhr von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in der Landwehrberger Allee aus statt. 20908
Um stillen Beileid bitten
Walter Schmidt nebst Kindern.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
G. S. Nr. 2, Hamburg.
Ortliche Verwaltungsstelle Berlin. Filiale 5.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Karl Fährmann
am 11. Oktober an einer Blind-pergung plötzlich gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hindenburg-Nichthofes in Wilhelmshagen statt.
2505
Der Vorstand.

Danksagung.
Allen Leidtragenden bei dem Begräbnis unserer geliebten Tochter und Schwester Emma sagen hiermit unsern besten Dank.
6985
M. Deutschmann nebst Familie.

Danksagung.
Dem Grabe zurückgeführt, sagen wir allen Leidtragenden, ebenso für die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters den herzlichsten Dank.
6079
Blüwe John nebst Kindern.

Danksagung.
Für die künzige Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen, insbesondere meinen Kollegen, sowie dem 2. Berliner Wahlkreis, dem Zentralverband und Herrn Richter unsern herzlichsten Dank.
21045
Wwe. Gerlach nebst Kindern.

Innungs-Krankenkasse der Glaser-Zwangs-Innung zu Berlin.
Montag, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
General-Versammlung der Delegierten.
Tages-Ordnung:
1. Statuten-Änderung.
2. Verschiedenes.
Die Herren Delegierten werden hierzu höflich eingeladen und ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen.
275/13
Berlin, den 12. Oktober 1904.
Der Vorstand.
3. A.:
West-Altshaus, Zelltowerstr. 13.

